



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Belgien unter der Herrschaft von Maria Theresia und
Joseph II. Wandel der Reformpolitik.“

verfasst von

Nina Gehlen

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 190 333 313

Studienrichtung lt. Studienblatt: Lehramtstudium Deutsch und Geschichte, Sozialkunde und Politische
Bildung

Betreut von: Univ. Prof. (i.R.) Dr. Waltraud Heindl

In jede hohe Freude mischt sich eine Empfindung der Dankbarkeit.

Marie von Ebner-Eschenbach

An dieser Stelle möchte ich mich bei meiner Familie, meinen Freunden und KommilitonInnen sowie bei meiner Betreuerin bedanken für ihre Unterstützung und Inspiration, die mir beim Schreiben der Arbeit sehr geholfen haben.

Inhalt

1. Einleitung	3
2. Maria Theresia und Joseph II.	5
2.1 Wichtigste Eckpunkte ihrer Biographien	5
2.1.1 Maria Theresia	5
2.1.2 Joseph II.	10
2.2 Österreich unter Maria Theresia und Joseph II.	11
2.2.1 Österreichischer Erbfolgekrieg (1740-1748)	12
2.2.2 Die Verwaltung der Habsburgermonarchie	16
3. Die Geschichte Belgiens im 18. und 19. Jahrhundert – ein Überblick	31
3.1 Geographische Gegebenheiten	31
3.2 Politische Entwicklungen	36
3.3 Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande	41
3.3.1 Zur Zeit Karls VI.	41
3.3.2 Zur Zeit Maria Theresias	53
3.3.3 Zur Zeit Josephs II.	65
3.4 Wirtschaftliche Veränderungen	67
4. Belgien unter österreichisch-habsburgischer Herrschaft	71
4.1 Spanischer Erbfolgekrieg	71
4.2 Belgien unter der Herrschaft von Maria Theresia und Joseph II.	72
4.2.1 Die Sprache in den Österreichischen Niederlanden	73
4.2.2 Veränderungen und Reformen	75
4.2.3 Reformpolitik Maria Theresias und Josephs II. im Vergleich	76
4.2.4 Die Provinz Limburg	90
4.2.5 Die Reform der Universität Löwen	93
5. Brabanter Revolution	98
5.1 Anfänge und Gründe der Brabanter Revolution	98
5.2 „Statisten und Vonckisten“	99
5.3 Entwicklung der Brabanter Revolution	101
5.4 Leopold II.	106
5.5 Auswirkungen der Brabanter Revolution auf die Provinz Limburg	111
6. Abtretung Belgiens an Frankreich	112
7. Unter preußischer Herrschaft	114
8. Schlussfolgerung	117
9. Literatur	119

Anhang.....	123
BILDDOKUMENTE	123
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	127
INDEX.....	128
ABSTRACT	133
LEBENS LAUF	135

1. Einleitung

Die Habsburger waren eine der wenigen Herrscherfamilien, die von sich behaupten können, dass ihnen ein so großes Ausmaß an europäischen Nationalitäten gedient hat. Dazu gehörten unter anderem die Deutschen, Niederländer, Burgunder, Italiener, Spanier, Franzosen, Iren, Skandinavier.

Die größte Machtausdehnung erreichte das Land unter Karl V. Er konnte mit Recht von sich behaupten, dass er ein Land besaß, in dem die Sonne nie unterging.¹

In meiner Arbeit werde ich mich zunächst mit den beiden Persönlichkeiten Maria Theresia und Joseph II. beschäftigen und die wichtigsten Eckdaten ihrer Biographien vorstellen. Die beiden unterschiedlichen Charaktere und ihre Gemeinsamkeiten sowie ihre Differenzen bezüglich der Politik sollen dabei dargestellt werden. Im Anschluss wird es um Österreich gehen und die Verwaltung der Habsburgischen Monarchie, um später dann einen Vergleich zur Verwaltung in den Österreichischen Niederlanden ziehen zu können. Welche Reformen wurden auch in diesem Gebiet durchgeführt und welche beschränkten sich lediglich auf Österreich? Wie reagierte die Bevölkerung auf diese gravierenden Veränderungen? Der Wandel der Reformen in den Österreichischen Niederlanden stellt den Kern dieser Arbeit dar. Im Mittelpunkt dieser Betrachtungen steht ein Vergleich zwischen den Reformen Maria Theresias und den späteren Reformen ihres Sohnes Joseph II. Unter Joseph II. lehnte sich die Bevölkerung der Österreichischen Niederlande schließlich gegen ihren Herrscher auf. Eine solche Abwehrhaltung war unter Maria Theresia nie der Fall gewesen, da sie mit sehr viel mehr Feingefühl Reformen durchbrachte. Sie besaß zwar auch eine gewisse Strenge, wollte Reformen aber nicht um jeden Preis durchbringen, im Gegensatz zu ihrem Sohn. Dieser war sehr viel fortschrittlicher und ungeduldiger eingestellt. Die Unruhen in der Bevölkerung gipfelten schließlich in der Brabanter Revolution. Auf das Herzogtum Limburg lege ich bei diesen Betrachtungen ein besonderes Augenmerk.

Um diese politischen Ereignisse unter der habsburgischen Herrschaft genauer beleuchten zu können, ist es nötig zusätzliche Informationen, wie unter anderem über die geographischen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen der Österreichischen Niederlande mehr zu erfahren. Wo genau befanden sich die Österreichischen Niederlande und über welches Gebiet breiteten sie sich aus? Wirtschaftlich gesehen bedeutete die habsburgische Herrschaft für diese Gebiete eine Hochzeit, die sie schon lange nicht mehr erlebt hatten. Durch ihre geographische Lage wurden die Österreichischen Niederlande in zahlreiche Kriege hereinge-

¹ Wandruszka, Adam: Das Haus Habsburg. Die Geschichte einer europäischen Dynastie. 7. Auflage. Herder Verlag. Wien. Freiburg. Basel. 1989, S. 18.

zogen und als Kriegsschauplatz genutzt. Dies zerstörte immer wieder aufs Neue die Wirtschaft. Durch die zahlreichen Kriege dieser Zeit kam es auch immer wieder zu wechselnden Herrschern. Auch dies soll kurz aufgezeigt werden. Diese Themengebiete werden in einem eigenständigen Kapitel behandelt und dienen dem allgemeinen Überblick.

In den letzten beiden Kapiteln beschäftige ich mich dann mit dem Übergang zur französischen Herrschaft und schließlich zur preußischen Herrschaft und mit den wirtschaftlichen und politischen Veränderungen, die damit einhergingen - und welche Meinung in der damaligen Bevölkerung über die neuen Herrscher bestand.

Die Arbeit soll einen Blick sowohl über die österreichischen Verhältnisse zu dieser Zeit als auch die Verhältnisse in den Österreichischen Niederlanden widerspiegeln.

2. Maria Theresia und Joseph II.

2.1 Wichtigste Eckpunkte ihrer Biographien

2.1.1 Maria Theresia

„Am 29. November 1780 starb die Kaiserin. Ihre Persönlichkeit gab einer ganzen Epoche das Gepräge. Unbeugsam im Kampf um das Erbe, glücklich in der Wahl ihrer Mitarbeiter, anpassungsfähig in der Schöpfung eines neuen Bündnissystems, erfolgreich in der inneren Umgestaltung ihres Reiches ist sie unvergessen geblieben. Spätere Urteile haben sie aus der Bedingtheit menschlicher Schwäche und Unvollkommenheit geradezu entrückt. Die menschlich berührende Kraft und die seelische Stärke, die ihren Tod auszeichnen, sprechen eine lebendigere Sprache als jede Würdigung ihrer Person.“ So fasst Gerda Mraz das Leben der Maria Theresia treffend zusammen.²

Maria Theresia wurde am 13. Mai 1717 als eines von vier Kindern von Karl VI. und seiner Ehefrau Elisabeth Christine von Braunschweig-Wolfenbüttel in Wien geboren.³ Sie war die letzte Alt-Habsburgerin. Mit ihr ging die Herrschaftsreihe der Habsburger, die mit König Rudolf ein halbes Jahrtausend vorher begonnen hatte, zu Ende.⁴

Als Maria Theresia sechs Jahre alt war, kam Franz Stephan von Lothringen an der Wiener Hof zur Ausbildung. Dort lernten sich die beiden kennen und verliebten sich ineinander. Bei ihnen handelte es sich also wirklich um eine Liebesheirat und nicht um eine Vernunftheirat, wie es sonst häufig der Fall war. Politisch gesehen brachte die Hochzeit dem Land Österreich nicht viel. Deshalb verwendete Maria Theresia auch einige Zeit darauf, um ihren Vater Karl VI. von der Heirat zu überzeugen. Schließlich gab dieser aber klein bei.⁵ Franz Stephan musste allerdings, durch die Heirat, sein Stammland Lothringen gegen das Großherzogtum Toskana tauschen, da die Hofburg nur auf diese Weise nach dem Ende des Polnischen Erbfolgekriegs die Pragmatische Sanktion erhalten konnte. Dieses Abkommen mit den Franzosen stellte sich allerdings als wertlos heraus, da die Franzosen nach dem Tod Kaiser Karls VI. die Pragmatische Sanktion dennoch nicht anerkannten.⁶

Franz Stephan war zwar ihr Gemahl und wurde auch zum Kaiser gekrönt, allerdings kümmerte sich immer Maria Theresia um die politischen Angelegenheiten. Franz Stephan kümmerte sich dagegen um die Geldangelegenheiten, wofür er ein sehr gutes Händchen hatte

² Zentner, Christian (Hrsg.): Chronik. Österreich von den Anfängen bis heute. Otus verlag. St. Gallen. 2008, S. 129.

³ Zentner, 2008, S. 152.

⁴ Wandruszka: Das Haus Habsburg. Die Geschichte einer europäischen Dynastie, S. 157.

⁵ WDR 5 Zeitzeichen: 20. Oktober 1740: Die Regierung Maria Theresias.

⁶ Wandruszka: Das Haus Habsburg. Die Geschichte einer europäischen Dynastie, S. 157.

und schon nach wenigen Jahren einer der reichsten Männer der Welt wurde. Außerdem brachte er die Wirtschaft des Landes in Schwung. In Ungarn gründete er Manufakturen und spekulierte und produzierte erfolgreich das, was der Markt brauchte. Die Popularität seiner Frau nutzte er, um die silbernen Maria-Theresien-Taler⁷ herstellen zu lassen.



Abbildung 1 - Maria-Theresien-Taler

Schon im Alter von 23 Jahren wurde Maria Theresia gekrönt. Sie hatte damals schon drei Kinder mit ihrem Ehemann Franz Stephan von Lothringen, aber politisch war sie komplett unerfahren. Dies wollten die anderen Großmächte ausnutzen. Als ihr Vater Karl VI. noch lebte, hatten sie der Pragmatischen Sanktion zugestimmt, beziehungsweise sich dafür teuer bezahlen lassen. Als es schließlich soweit war und Maria Theresia ihr Erbe antreten sollte, stellten sie sich ihr in den Weg und wollten ihr Erbe an sich reißen. Daraus entstand auch die lebenslange Feindschaft zu Friedrich II., der sich zu dieser Zeit Schlesien aneignete.

Eine der wichtigsten Charaktereigenschaften Maria Theresias, die ihr auch in der Politik half, war ihr Durchhaltevermögen. Sie war sehr gut ausgebildet worden am Hof, hatte zur Zeit ihres Regierungsantritts jedoch, wie erwähnt, absolut keine politischen Erfahrungen. Dies musste sie erst mit den Jahren lernen.⁸ In einem Brief an Feldmarschall Graf Khevenhüller schrieb Maria Theresia einst:

⁷ Abbildung in: http://www.muenzeoesterreich.at/var/ezflow_site/storage/images/produkte/maria-theresien-taler/17720-1-ger-DE/muenze_produkt_maria-theresien-taler.png (download: 25.10.2013).

⁸ WDR 5 Zeitzeichen: 20. Oktober 1740: Die Regierung.

„Hier hast du eine von der ganzen Welt verlassene Königin vor Augen mit ihrem männlichen Erben; was vermeinst du, will aus diesem Kinde werden? [...]“⁹

Als Unterstützung für ihre politischen Aktivitäten suchte sich Maria Theresia fähige Berater und im Falle von Unsicherheiten ließ sie dieselben Reformen durchführen, die auch ihr Erzfeind Friedrich II. ins Leben gerufen hatte.¹⁰ So kann man in der damaligen Zeit zahlreiche Parallelen zwischen dem preußischen und dem habsburgischen Reich feststellen. Durch Joseph II. wurde dieser militärisch-bürokratische Stil dann noch verstärkt. Man kann daran erkennen, dass zwischen Maria Theresia und Friedrich II. von Preußen zwar ein Leben lang eine Feindschaft bestand, beide sich allerdings respektierten und die Fähigkeiten des jeweils anderen zu schätzen wussten. Vielleicht kann man in diesem Falle sogar so weit gehen, dass gerade weil sie sich ebenbürtig waren, diese Feindschaft für beide interessant war und wie eine Art Wettkampf wahrgenommen werden konnte. Nachdem Friedrich II. allerdings das erste Mal in Schlesien einmarschiert war, herrschte auch eine Rivalität in der Haltung, dem Stil und der Ideenwelt der beiden Dynastien. Maria Theresia mochte Friedrich II. aber auch charakterlich nicht, deshalb hatte sie es schwer zu ertragen, dass sie bei ihrem eigenen Sohn Joseph II. ähnliche Charaktereigenschaften entdecken konnte.

Aus dieser Feindschaft heraus ist auch das Bündnis zwischen ihrer Tochter Marie Antoinette und dem französischen König, dem ehemaligen Erbfeind Österreichs, entsprungen. Maria Theresia hatte nämlich die Hoffnung, dass durch die Heirat die Rivalität zwischen dem habsburgischen und dem bourbonischen Haus für immer beendet sei. Doch dies war eine Fehleinschätzung und die Heirat führte nicht zu dem erwarteten politischen Ergebnis. Marie Antoinette wurde während der Französischen Revolution hingerichtet. Dies geschah allerdings erst nach dem Tod ihrer Mutter, sodass Maria Theresia dies nicht mehr miterlebte.

Maria Theresia entwickelte eine ganz neue Art zu regieren. Sie hatte ihren eigenen Stil und stellte eine neue Beziehung zwischen dem Volk und dem Herrscher bzw. der Herrscherin her. Unter ihr begann das „bürgerliche“ Zeitalter der Dynastie.¹¹

Ihre Kinder, wovon sie und Franz Stephan schließlich 16 bekamen, wurden liebevoll, aber dennoch streng erzogen.¹² Diesbezüglich schrieb sie an eine ihrer Schwiegertöchter: „Man kann nicht genug davon haben, in diesem Punkt bin ich unersättlich.“¹³ Sie schrieb ihnen sogar spezielle Pläne, an die sie sich zu halten hatten, wie beispielweise, dass sie sich jeden Tag zu waschen hatten, etc. Außerdem war ihr die künstlerische Ausbildung ihrer Kinder

⁹ Wandruszka: Das Haus Habsburg. Die Geschichte einer europäischen Dynastie, S. 160.

¹⁰ WDR 5 Zeitzeichen: 20. Oktober 1740: Die Regierung.

¹¹ Wandruszka: Das Haus Habsburg. Die Geschichte einer europäischen Dynastie, S. 157ff.

¹² WDR 5 Zeitzeichen: 20. Oktober 1740: Die Regierung.

¹³ Wandruszka: Das Haus Habsburg. Die Geschichte einer europäischen Dynastie, S. 159.

sehr wichtig. Sie selbst sang auch liebend gerne und spielte Theater. Allerdings war sie in speziellen Angelegenheiten auch eine sehr strenge Mutter, wie beispielsweise bei der Heiratsfrage. Für alle ihre Kinder war es Maria Theresia, die entschied, wen sie zu heiraten hatten. Die einzige Ausnahme war ihre Lieblingstochter Marie Christine. Meistens sah sie ihre Kinder, die sie bereits verheiratet hatte nie oder kaum wieder. Sie hielten allerdings Briefkontakt und machte ihnen auch dann noch Vorschriften, beispielsweise wenn es um die Enkelkinder ging. Auch an die Schwiegersöhne schrieb Maria Theresia Briefe mit genauen Forderungen, wie sie ihre Töchter zu behandeln hatten, sogar in sexueller Hinsicht.

Eines ihrer liebsten Hobbies war das Glücksspiel. Häufig kam es vor, dass sie ganze Güter dabei verlor, für die ihr Mann Franz Stephan dann aufkommen musste. Er zahlte dies aus der eigenen Tasche.

Franz Stephan und Maria Theresia waren ein glückliches Paar, dennoch vergnügte er sich immer wieder mit anderen Frauen. Als er jedoch plötzlich verstarb ging die einstige Fröhlichkeit der Kaiserin verloren. Die Historikerin Brigitte Hamann beschreibt dies in einem Interview mit dem WDR 5 folgendermaßen: „Von dem Tag an hat sie nie mehr irgendeinen Schmuck getragen. Sie hat ihren ganzen Schmuck verschenkt, an ihre Töchter. Sie ist nur noch im Witwenkleid erschienen und sie wurde sehr streng.“ Nach dem Tod ihres Mannes entwickelte Maria Theresia richtige Ticks, wie beispielsweise besuchte sie regelmäßig das Grab ihres Mannes in der Kapuzinergruft in Wien. Allerdings führte zu der Gruft nur eine sehr schmale Wendeltreppe, die Maria Theresia nur sehr schwer hinuntersteigen konnte, wegen ihrer Körpermasse. In den nächsten Jahren nahm sie noch mehr zu und konnte diese gar nicht mehr eigenständig hinabsteigen, so dass eine Art Aufzug für sie eingebaut werden musste. Allgemein wurde sie immer schrulliger und ihre Schattenseiten immer ausgeprägter. Wie auch in Bezug auf die Religionsintoleranz. Sie war nun überhaupt nicht mehr bereit dazu, Andersgläubigen ihren Glauben zuzugestehen und zu tolerieren.¹⁴ Über die Juden schrieb sie im Jahre 1777 an die Hofkanzlei: „Ich kenne keine ärgere Pest für den Staat, als diese Nation.“¹⁵ Schon im Jahr 1745 hatte sie die Austreibung der Juden aus Prag erzwungen. Dies geschah mitten im Winter. Erst durch internationalen Druck ließ sie dies wieder rückgängig machen. Aber nach dem Tod ihres Mannes wurde die Missachtung der Juden noch stärker als je zuvor. Friedrich II. von Preußen war ähnlich starrsinnig wie Maria Theresia. Allerdings ging er nicht so hart gegen die Juden und Andersgläubigen vor, da diese seinem Land mehr Wohlstand und mehr Steuern einbrachten. Er äußerte sich zu diesem Thema folgendermaßen:

¹⁴ WDR 5 Zeitzeichen: 20. Oktober 1740: Die Regierung.

¹⁵ <http://www.hansbolte.net/antisemitischezitate.php> (download: 25.10.2013).

„alle Religionen Seindt gleich und guht wan nuhr die leüte so sie profesiren Erlische leüte seindt, und wen Türken und Heiden kähmen und wollten das Land Pöpliren, so wollen wier sie Mosqueen und Kirchen bauen.“¹⁶

Dies kann man folgendermaßen übersetzen:

„Alle Religion sind gleich und gut, wenn nur die Leute ehrlich sind, und wenn Türken und Heiden kämen und sich in unserem Land niederlassen, so wollen wir ihnen Moscheen und Kirchen bauen.“¹⁷

Die Kaiserin war eine große Reformerin, eigentlich eine Revolutionärin, die es aber trotzdem verstand mit den Menschen richtig umzugehen. Sie war einfühlsamer als ihr Sohn Joseph II. und aus diesem Grunde wurden ihre Reformen auch vom Volk besser angenommen. Ihre Regierungszeit war keine leichte Zeit. Auf der einen Seite hatte sie Kriege zu führen und dennoch musste sie sich auch um das Land kümmern und es innenpolitisch in Takt halten und weiterbringen. Ihr gelang es trotz der schwierigen außenpolitischen Lage grundlegende und umwälzende Neuerungen durchzuführen, die sich auch über einen längeren Zeitraum bewährten. Nach dem Dresdner Frieden im Jahr 1745 konnte sie sich nun in Ruhe der Staatsreform widmen, denn sie hatte als Ziel den Herrschaftsbereich der böhmisch-österreichischen Länder in einen zentralistisch-bürokratischen Einheitsstaat zu verwandeln. Wenn man sich heute die österreichische Geschichte anschaut, dann findet man kaum einen Bereich, auf den Maria Theresia keinen Einfluss genommen hat.¹⁸

Besonders bedeutend für Österreich war sie, weil sie das Land neu organisierte. Sie verdoppelte die Stärke ihrer Armee, straffte die Verwaltung, unter ihr mussten zum ersten Mal auch Adel und Klerus Steuern zahlen, die natürlich wenig erfreut auf diese Neuigkeit reagierten, außerdem strich sie 23 Feiertage, sie verbot die Folter und führte die allgemeine Schulpflicht ein. Dies ist ein kurzer Überblick über die besonders prägnanten Neuerungen, die das Land Österreich durch sie erfahren hat.¹⁹

Auch in der Geschichte Belgiens spielte sie eine große Rolle. Durch ihre Reformen hat sie die Länder weiterentwickelt und vereinheitlicht. Sie war eine sehr beliebte Monarchin zur Zeit des Aufgeklärten Absolutismus.

In den letzten Jahren ihrer Herrschaft kam es politisch gesehen aber zu keinem Fortschritt mehr. Sie kopierte die Schulreform von Friedrich II. und stimmte nur sehr widerwillig der 1.

¹⁶ <http://www.archive.org/stream/preussenunddiek06grangoog#page/n23/mode/2up> (download: 25.10.2013).

¹⁷ WDR 5 Zeitzeichen: 20. Oktober 1740: Die Regierung.

¹⁸ Wandruszka: Das Haus Habsburg. Die Geschichte einer europäischen Dynastie, S. 159ff.

¹⁹ WDR 5 Zeitzeichen: 20. Oktober 1740: Die Regierung.

Polnischen Teilung 1772 zu, die bereits von ihrem Sohn und späteren Herrscher, Joseph II., ausgehandelt worden war. Was ihn betrifft, waren Friedrich II. und Maria Theresia sich ausnahmsweise einmal einig, sie wollten beide, dass Joseph II. der nächste Herrscher über Österreich werden sollte. Und so unterstützte Friedrich II. von Preußen Maria Theresia auch dabei ihren Sohn auf den Thron zu setzen.

Das Schloss Schönbrunn wurde zum Inbegriff für die Dynamik Maria Theresias. Auch nach dem Tod ihres Mannes, als sie nur noch schmucklos und schwarzgekleidet war, ließ sie die Zimmer und Säle des Schlosses prunkvoll und farbenfroh gestalten, wie beispielsweise mit Landschaftsmalereien.²⁰

Am 29. November 1780 stirbt Maria Theresia in Wien als Erzherzogin von Österreich und Königin von Ungarn und Böhmen.²¹

Nach ihrem Tod zollte auch Friedrich II., in einem Brief an Jean Baptiste le Rond d'Alembert, ihr Respekt: „Sie hat ihrem Thron und ihrem Geschlecht Ehre gemacht.“²²

2.1.2 Joseph II.

Joseph II. wurde am 3. April 1763 zum deutschen König gekrönt. Von 1765 bis 1790 war er der römisch-deutsche Kaiser und neben seiner Mutter Maria Theresia Mitregent in Österreich. Erst im Jahre 1780, nach dem Tod seiner Mutter, wurde er zum Alleinherrscher von Österreich und zum König von Böhmen und Ungarn. Bis ins Jahr 1790 er diesen Posten.²³

Er war Vertreter des aufgeklärten Absolutismus. Seine Reformen waren sehr fortschrittlich, meist sogar zu fortschrittlich, so dass sich die Bevölkerung heftig gegen diese sträubte. Jedoch hat er durch sein „Toleranzpatent“ den Juden, Protestanten und Griechisch-Orthodoxen die Möglichkeit gegeben ihre Religion frei auszuleben. Dies war eine positive Entwicklung, die auch von der Bevölkerung weitgehend anerkannt wurde. Weitere wichtige Reformen, die hier kurz zu nennen sind, betrafen die Verwaltung der katholischen Kirche, bei der es einen enormen Einschnitt gab, da Joseph II. die meisten volkswirtschaftlich unproduktiven Orden schließen ließ und ihre Verwaltung rationalisierte. Dies sind nur zwei wichtige Reformen, die er durchsetzen ließ, mehr zu diesem Thema wird im Kapitel der Reformen behandelt.

²⁰ WDR 5 Zeitzeichen: 20. Oktober 1740: Die Regierung Maria Theresias.

²¹ Zentner, 2008, S. 152.

²² http://www.zeit.de/2005/21/P-G_9fnzel (download: 25.10.2013).

²³ Zentner, 2008, S. 148ff.

Am 20. Februar 1790 stirbt Joseph II. in Wien. Joseph II. hinterließ keine erbberechtigten Nachkommen, so dass sein Bruder Leopold nach ihm an die Macht kam und am 30. September 1790 einstimmig zum Kaiser gewählt wurde.²⁴

2.2 Österreich unter Maria Theresia und Joseph II.

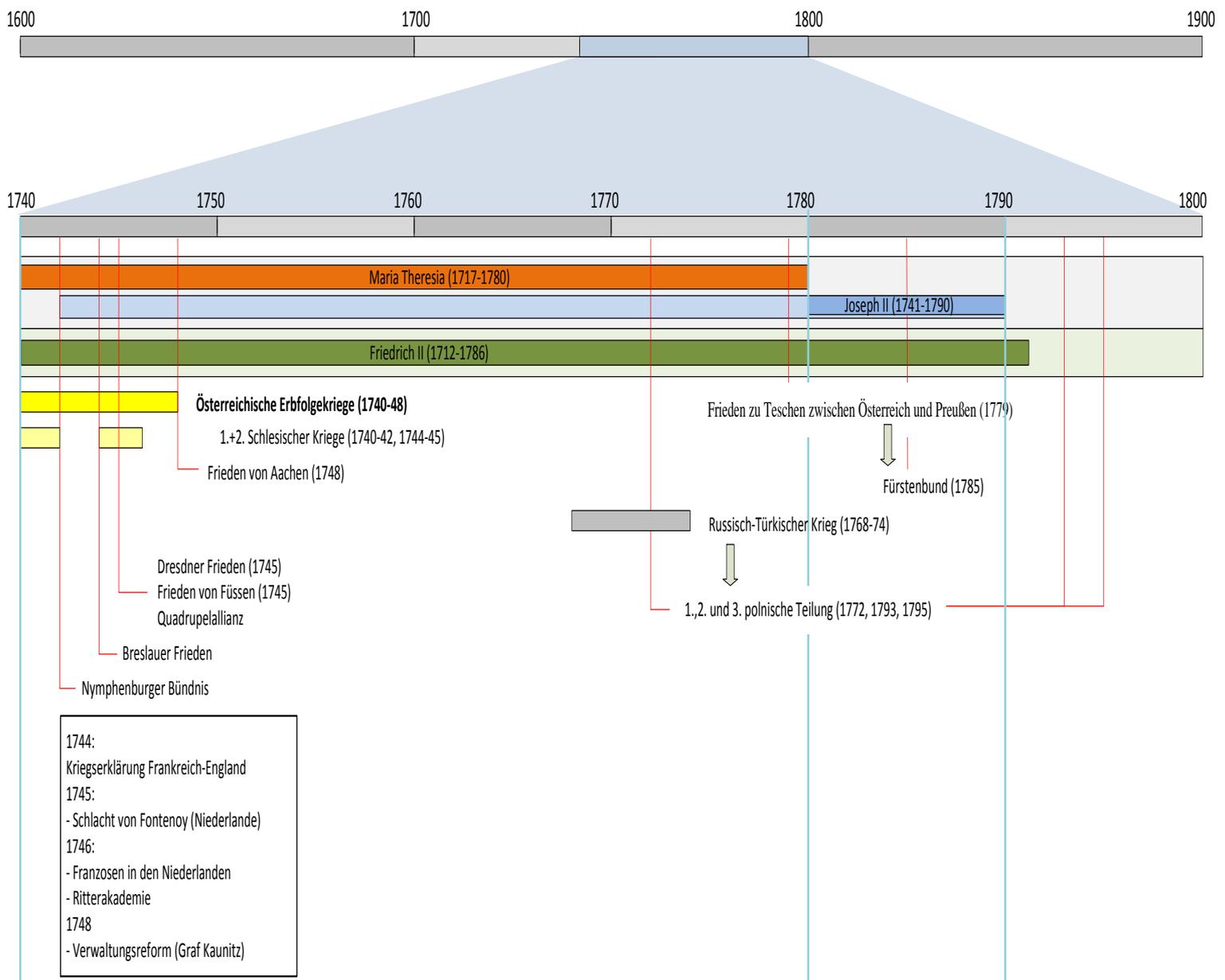


Abbildung 2 - Österreich unter Maria Theresia und Joseph II. (1740-1800) – eigener Entwurf

²⁴ Zentner: Chronik, S. 155.

2.2.1 Österreichischer Erbfolgekrieg (1740-1748)

Vor dem Tod Karls VI. hatten alle anderen Länder, bis auf Bayern, der Pragmatischen Sanktion zugestimmt bzw. sich diese teuer abkaufen lassen. Doch nach seinem Tod war es keinesfalls so, dass sie sich an ihr Wort hielten. Kurfürst Karl Albert von Bayern erklärte, dass der Verzicht, den seine Gemahlin Maria Amalie, der Tochter Josephs I., zu ihrer Vermählung im Jahr 1722 geleistet hatte, ungültig sei. Er berief sich dabei auf das Testament Ferdinands I. aus dem Jahr 1543 und den Ehevertrag aus dem Jahr 1546 von dessen Tochter Anna, die den bayerischen Prinzen Albert V. geheiratet hatte. Bei der Auslegung dieser Dokumente kam es allerdings zu einem gravierenden Fehler, wie bei der Einsicht der Originalpapiere schnell klar wurde: Es war nicht so, dass im Falle des Aussterbens der männlichen Nachkommen Ferdinands und Karls V. ein Erbfolgeanspruch zustand, sondern im Falle des Aussterbens der ehelichen Nachkommenschaft, egal, ob weiblich oder männlich. Dennoch blieb Karl Albert von Bayern bei seinen Ansprüchen.

Auch Sachsen stellte sich gegen Maria Theresia und verweigerte die Übertragung der böhmischen Kurstimme an Franz Stephan.

Diese beiden Mittelstaaten sollten militärisch gesehen für Österreich nur eine geringe Bürde darstellen. Bayern wurde zwar namentlich von Frankreich unterstützt, jedoch machte der Leiter der französischen Außenpolitik, Kardinal Fleury, schnell klar, dass er sie nicht im kriegerischen Vorgehen unterstützen würde. Als es jedoch zu einem erfolgreichen Angriff Preußens auch im Westen Europas kam, entschied man sich doch für einen Krieg gegen Österreich.

In Preußen war es auch zu einem Machtwechsel kurz vor dem in Österreich gekommen. Friedrich II. bestieg den Thron der Hohenzollern. Preußen besaß ein starkes und schlagkräftiges Heer, das schon im spanischen Erbfolgekrieg und im nordischen Krieg erfolgreich gekämpft hatte. Auch politisch gesehen war Preußen zu dieser Zeit der übrigen deutschen Staatenwelt überlegen. Denn dort gab es bereits eine erfolgreiche dynastische Politik. Bisher war aber trotzdem die Stimmung zwischen Preußen und Österreich nicht ausgesprochen feindlich gewesen. Da nun ein neuer, noch unbekannter König, an der Macht war, neigte man in Österreich dazu die drohende Gefahr zu unterschätzen. Schon bald fand Friedrich II. ein Motiv, um gegen Österreich in den Krieg zu ziehen. Es ging um Teile Schlesiens, auf die er Anspruch erhob. Zunächst kam es zu Verhandlungen, doch Maria Theresia merkte bald, dass für eine Großmacht wie Österreich ein Verzicht dieser Größe untragbar sei. Kurz bevor der Krieg ausbrach, starb die Zarin Anna von Russland, so dass Österreich auf einen wichtigen Verbündeten verzichten musste. Und Großbritannien, ein weiterer Verbündeter Öster-

reichs, war im Kolonialkrieg mit Frankreich und Spanien und konnte somit Österreich auch keine Unterstützung anbieten.

Am 16. Dezember 1740 überschritten preußische Truppen die österreichischen Grenzen. Vom protestantischen Bevölkerungsteil Schlesiens wurden sie freundlich aufgenommen und die meisten Städte wurden fast kampfflos eingenommen. Als am 10. April 1741 die österreichische Truppe, die der preußischen weit unterlegen war, bei Mollwitz geschlagen wurde, war dies das allgemeine Startsignal für alle anderen Gegner Österreichs auch in den Krieg einzutreten. Darunter fielen Bayern, Sachsen, Frankreich und Spanien. Diese hatten sich sogar schon über die Aufteilung des Staates Gedanken gemacht. An Bayern sollte demnach Böhmen, Oberösterreich, Tirol und die Vorlande gehen. Sachsen sollte Mähren und Teile von Schlesien bekommen. Frankreich wollten die Niederlande erhalten und Spanien den habsburgischen Besitz in Italien. Bayern wurde während dieses Krieges von französischen Truppen unterstützt. Die Lage wäre für Maria Theresia noch aussichtsloser geworden, hätte Karl Albert sich gegen Wien gewandt, doch er zog erst über Oberösterreich und schließlich nach Böhmen. Im späteren Vormarsch gegen Wien kam er nur bis zur Traisen. Die missliche Lage änderte sich für Maria Theresia erst im Herbst 1741, als es ihr gelang den ungarischen Reichstag für sich zu gewinnen. Damit dies gelang, sicherte sie der Versammlung zu ihre Verfassung zu achten und dieses Versprechen hielt sie auch später weiter.

Ein weiterer Vorteil Österreichs war, dass es nun innerhalb der Gegner zu Auseinandersetzungen kam. Dadurch dass auch Sachsen Ansprüche auf Teile Schlesiens erhob, fühlte sich Friedrich II. gezwungen den Geheimvertrag von Kleinschnellendorf mit Österreich abzuschließen. Darin verzichtete Österreich auf Niederschlesien und verpflichtete sich dazu die Festung Neiße zu räumen. Als dieser Vertrag jedoch bekannt wurde, erklärte Friedrich II. ihn für nichtig und nahm den Kampf gegen Österreich erneut auf. Diese kurze Pause kam Österreich allerdings zu Gute, da man die Zeit nutzte, um eine Armee um Wien herum zu versammeln. Ende 1741 gingen die österreichischen Truppen in die Offensive und eroberten am 24. Jänner Linz zurück.

Zur selben Zeit wurde Karl Albert von Bayern in Frankfurt zum römisch-deutschen Kaiser gewählt. Dies war seit 300 Jahren der erste Nicht-Habsburger, der diese Würde bekleidete.

Im Februar 1742 gelang es Österreich auch München zu besetzen. Doch auch Friedrich II. ging wieder in die Offensive und forderte nun auch Teile Böhmens, genauer gesagt, die Kreise von Königgrätz und Pardubitz. Diese Forderungen wies Maria Theresia entschieden zurück. Am 17. Mai 1742 schlug Friedrich II. bei Chotusitz eine österreichische Armee, die unter dem Befehl von Karl von Lothringen, dem Bruder von Franz Stephan, stand. Unter englischen Vermittlungen kam es nun zu Friedensverhandlungen. Am 28. Juli 1742 kam es

zum Frieden von Berlin, in dem Österreich unterzeichnete, dass es auf Schlesien, mit Ausnahme der Herzogtümer Teschen, Troppau und Jägerndorf verzichtet. Somit war der erste schlesische Krieg beendet. Im September 1742 schloss sich schließlich auch Sachsen dem Frieden an.

In England kam es kurze Zeit darauf zu einem Wechsel im Kabinett. Robert Walpole wurde durch Lord Carteret ersetzt. Er setzte sich stark für Österreich ein und dank seiner Vermittlungen trat nun auch Karl Emanuel III. von Sardinien auf die Seite Maria Theresias. Auch in Sachsen erfolgte bald ein gewisser Stimmungswandel. Die Eifersucht wuchs gegen das mächtige Preußen.

Das Jahr 1743 war ein sehr erfolgreiches für Österreich und seine Verbündeten. In Italien bei Camposanto am Panaro siegte Graf Traun gegen die Spanier und in Dettingen am Main konnte die „pragmatische Armee“, die aus englischen, holländischen und österreichischen Männern zusammengesetzt war, am 27. Juni 1743 die Franzosen in die Flucht schlagen. Preußen versuchte das wankende Kaisertum durch einen Fürstenbund mit antiösterreichischer Tendenz zu stützen. Durch den Wormser Vertrag vom Herbst 1743 war das Bündnis zwischen Österreich, England und Sardinien bekräftigt worden. Dies hatte die Kriegserklärung Frankreichs zur Folge. Im Sommer 1744 rückte die österreichische Armee unter Karl von Lothringen immer mehr Richtung Straßburg vor. Friedrich II. fürchtete um sein schlesisches Territorium und marschierte daraufhin in Böhmen ein. Aus diesem Grund wurden die österreichischen Truppen vom Rhein zurückgerufen.

Da nun aber auch Sachsen erneut in den Krieg eintrat, diesmal aber gegen Preußen, musste Friedrich II. mitten im Winter den Rückzug antreten. Dadurch musste er erhebliche Verluste einstecken. Kaiser Karl VII., der sich durch das französische Bündnis allgemein unbeliebt gemacht hatte, musste bereits zum dritten Mal sein bayerisches Stammland für österreichische Truppen räumen. Bereits am 20. Jänner 1745 war seine Kaiserzeit beendet, da er unerwartet verstarb. Die Verbündeten Bayerns, Frankreich und Preußen, konnten sich bei der Wahl des Nachfolgers nicht einigen und so kam es, dass Karl Alberts Sohn und Nachfolger Maximilian Joseph am 22. April 1745 mit Maria Theresia den Friedensvertrag von Füssen schloss. Darin erkannte er die Pragmatische Sanktion an und versprach, dass er seine Kurstimme Franz Stephan zusichern würde. Dieser wurde dann auch am 10. Oktober 1745 in Frankfurt gewählt und zum Kaiser gekrönt.

Nun hatte man die Hoffnung, dass die Besiegung Preußens nur noch eine Frage der Zeit sein würde, doch Friedrich II. gelang ein Sieg bei Hohenfriedberg am 4. Juni 1745 gegen das von Karl von Lothringen angeführte österreichisch-sächsische Heer. Auch konnte er einen weiteren Angriff bei Soor zurückschlagen, der am 30. September 1745 erfolgte. Und auch

bei Kesseldorf konnte ein anderes preußisches Heer, das unter der Leitung von Leopold von Dessau stand, die Sachsen zurückschlagen. Als die Sachsen schließlich den Kampf aufgaben, nahm Maria Theresia die Verhandlungen mit Preußen wieder auf. Diese führten zum Frieden von Dresden, am 25. Dezember 1745 und somit auch zum Ende des zweiten schlesischen Krieges. Auch Großbritannien war mit diesem Friedensschluss sehr zufrieden, da es auf die Hilfe Österreichs im Kampf gegen den eigenen Hauptfeind Frankreich hoffte.

An den Landfronten verlief der Krieg gegen Frankreich nicht wie erhofft. Zur See dagegen konnten sich die Engländer durch ihre Stärke zahlreiche Siege sichern. Der Stuartprätendent Prinz Charles wollte den Krieg weiter nach England tragen. Dieses Vorhaben sah zunächst sehr vielversprechend aus, doch letztendlich kam es zu einer Niederlage bei Culloden im Jahr 1746. In Italien dagegen errang die österreichische Armee nach einer ganzen Reihe von Misserfolgen im Juni 1746 einen großen Sieg bei Piacenza. Dennoch blieb der Versuch bis in die Provence vorzudringen erfolglos. Russische Truppen kamen zu Hilfe und stärkten die Position Maria Theresias. Doch trotzdem blieben die militärischen Möglichkeiten sehr eingeschränkt und so kam es zu den Friedensverhandlungen in Aachen, die schließlich im Oktober 1748 zum Friedensschluss führten. Die eroberten Gebiete wurden im Allgemeinen auch den Eroberern gelassen, doch Österreich musste auf Parma, Piacenza und Guastalla zugunsten von Don Philipp von Spanien verzichten. Preußen dagegen wurde der Besitz von Schlesien vertraglich garantiert.

Der Friede von Aachen stellte auch das Ende der österreichischen Erbfolgekriege dar. Österreich hatte sich dabei besser geschlagen, als man ursprünglich gedacht hatte, nur der Verlust Schlesiens, die wirtschaftlich hoch entwickelte Provinz, tat weh. Der Gegensatz zwischen Österreich und Preußen blieb auch weiterhin bestehen und stellte auch zukünftig das Hauptproblem der Reichsverfassung und der österreichischen Außenpolitik dar, während Westeuropa mit dem französisch-britischen Antagonismus beschäftigt war.²⁵

²⁵ Zöllner, Erich: Geschichte Österreichs. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. 6. Auflage. Verlag für Geschichte und Politik. Wien. 1979, S. 305-309.

2.2.2 Die Verwaltung der Habsburgermonarchie



Abbildung 3 – Österreich und Österreichische Niederlande (1789) ²⁶

Die Habsburgermonarchie am Anfang des 18. Jahrhunderts war keinesfalls ein einheitlicher Zentralstaat mit organisierten Verwaltungsstrukturen. Man muss sich dies mehr als ein feudalistisch strukturiertes Länderkonglomerat vorstellen, deren Territorien alle ständisch organisiert und autonom verwaltet wurden. ²⁷

Bis zum spanischen Erbfolgekrieg war Spanien lange Zeit Ansprechpartner für die neuen österreichischen Erbländer. In Barcelona blieb das katalanische Sekretariat als Kanzlei der Statthalterin Elisabeth Christine bestehen und in Wien wurde eine neue Behörde errichtet, das „Secretaria de Estado y de Despacho por la Monarquia de España“. Diese Behörde sollte die Aufgabe des Vermittlers zwischen den regionalen Behörden, den Räten und dem Kaiser übernehmen. Alle Entschlüsse, Verfügungen und Verordnungen des Kaisers muss-

²⁶ http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Habsburg_Monarchy_1789.svg (download: 15.01.2014).

²⁷ Zedinger, Renate: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795). Studien zu den Zentralisierungstendenzen des Wiener Hofes im Staatswerdungsprozess der Habsburgermonarchie. Böhlau Verlag. Wien. Köln. Weimar. 2000, S. 18-19.

ten zunächst den Weg über diese Behörde nehmen. Und auch auf dem umgekehrten Weg wurde diese Zwischenetappe eingehalten. 1711 wurde der ehemals spanische König Karl III. nun Kaiser Karl VI., österreichischer Herrscher. Dadurch, dass Kaiser Karl VI. sich als rechtmäßiger Erbe der spanischen Länder fühlte, wurde am Wiener Hof zu dieser Zeit viele spanische Traditionen und Eigenheiten, wie beispielsweise die spanische Mode, das Zeremoniell oder auch der Lebensstil, übernommen. Besonders die erste Halbzeit seiner Regierung war durch diese Einflüsse geprägt. Der spanische Zuwandererteil in Österreich bildete das Gegengewicht zu den bisherigen Ratgebern und Inhabern der Hofämter. Der Kaiser war sehr dankbar für ihre Anwesenheit und ließ sie in zahlreichen Dekreten auch dafür belohnen. Die übrige Bevölkerung war allerdings nicht immer so angetan von den neuen Mitbürgern, so dass dies schon bald zu einem sozialen Problem wurde. Zunächst hatte man mit dem „Höchsten Spanischen Rat“, der am 29. Dezember 1713 ins Leben gerufen wurde, versucht die spanischen Emigranten einzubürgern. Es musste sich um die Bezahlung von Pensionen, die Verwendung im kaiserlichen Dienst und die Beschaffung von Wohnmöglichkeiten gekümmert werden. Zahlreiche Spanier, die dem Militärdienst zugeordnet wurden, wurden in Ungarn stationiert, andere Emigranten, die nicht in den Militärdienst aufgenommen wurden, mussten mit anderen zivilen Aufgaben beschäftigt werden. Ansonsten hatte der Höchste Spanische Rat den Zuständigkeitsbereich innerhalb der Wiener Zentralregierung und kümmerte sich um die Verwaltung der ehemals spanischen Nebenländer, das heißt um Neapel, Sardinien, Mailand und Flandern. Flandern wurde im spanischen Sprachgebrauch „Flandría“ genannt. Die Lösung des Emigrantenproblems wurde durch ein Dekret vom 12. Mai 1716 festgelegt, in dem alle Personen, die nicht in die Verwaltung oder Armee eingebunden waren, Wien verlassen mussten und sich stattdessen in den Österreichischen Niederlanden, Neapel oder Mailand niederlassen sollten. Dort sollten ihnen dann ihre Pensionen aus deren Patrimonia (Heimatland) ausgezahlt werden.

Durch die Friedensverträge von Wien 1725 wurde das Problem mit den spanischen Emigranten gelöst, da Spanien ihnen nun die Rückkehr und die Zurückerstattung ihrer Besitztümer zusagte. Der spanische Einfluss am Wiener Hof blieb allerdings weiterhin über Jahre bestehen, da spanische Mitarbeiter, die ein hohes Amt bekleideten, wie Marqués de Rialp, weiterhin im Land blieben.

Über das Spanische Staatssekretariat wurden nun alle Geschäfte und der gesamte Schriftverkehr mit den ehemaligen spanischen Nebenländern abgewickelt. Don Ramón de Vilana Perlas Marqués de Rialp wurde von Karl VI. als Mittler für die gesamte diplomatische Korrespondenz eingesetzt. Er war somit einer der wichtigsten spanischen Persönlichkeiten in der Verwaltung. Zusätzlich begleitete er auch den Kaiser häufig auf seinen Reisen. Als Be-

lohnung dafür erhielten Marqués de Rialp und seine gesamte Familie eine hohe gesellschaftliche Position.

Im Spanischen Staatssekretariat waren außer ihm noch fünf weitere Offiziale angestellt. Auch bei ihnen handelte es sich um spanische Emigranten.

Der „Höchste Spanische Rat“ hatte bald eine so große Macht, wie sie keine andere Behörde je besaß. Hier wurden Berichte, Weisungen und Depeschen bezüglich der italienischen Besitzungen bearbeitet, wie auch die der Österreichischen Niederlande. Außerdem waren sie für Bitten und Rechtsbeschwerden der Untertanen, die Einsetzung von Beamten, die Verleihung von Offizierschergen, die Steuereingänge und vieles mehr, zuständig. Eigentlich mussten Vorschläge des „Höchsten Spanischen Rats“ zunächst vom Kaiser genehmigt werden, doch in der Realität war es so, dass diese Vorschläge bereits beschlossene Sache waren, auch ohne die Zustimmung des Kaisers. Der erste Präsident war Don Fray Antonio Folch de Cardona. Ihm unterstanden zahlreiche Sekretäre, Kanzlisten und Offiziale.²⁸

Die Länderverbindung wurde erst unter Maria Theresia und Joseph II. immer stärker in Richtung eines Staates im Sinne des aufgeklärten Absolutismus entwickelt. Der Grundgedanke dieser Geistesbewegung, die sich langsam über ganz Europa ausbreitet, war, dass das Wesen des Menschen durch seine Vernunft ausgemacht wird. Die Vernunft und somit auch der Mensch seien der Wertmaßstab aller Dinge. Der Mensch sei nicht fremdbestimmt, sondern der Träger der allein maßgebenden Vernunft und sei deshalb selbst in der Lage seine Lebensverhältnisse zu bestimmen. Somit sollte in der Aufklärung auch der Staat den Zwecken des Individuums unterstellt werden. Ein Herrscher konnte nur dann legitimiert werden, wenn die einzelnen Individuen sich darauf einigten und ihm die Regierungsbefugnisse übertrugen. Der Träger der Staatsgewalt war im Absolutismus einzig und alleine der Monarch. Dieser musste bei seinen Handlungen allerdings immer das Wohl der Untertanen vor Augen haben und fördern.²⁹

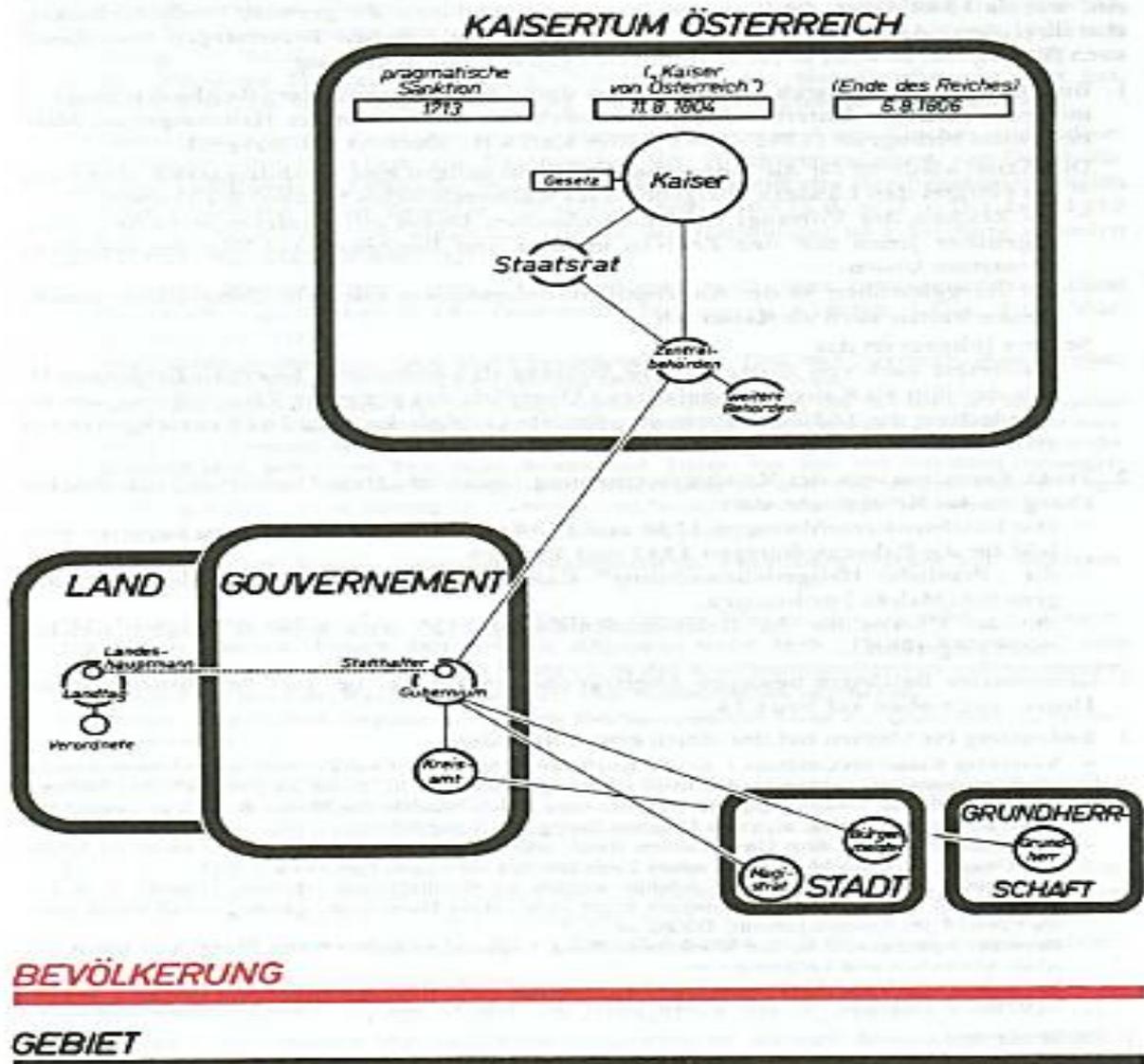
In der habsburgischen Monarchie kam es durch den aufgeklärten Absolutismus nicht nur zu einem Wandel der Regierungsform, sondern auch zu einer tiefgreifenden Verfassungsänderung. Diese Änderung lag daran, dass die Verfassung nun auf der Ebene der Länderverbindung etabliert wurde und sich nicht mehr nur auf die einzelnen Länder bezog. Somit vollzog sich ein Wandel von einer unionsartigen Monarchie hin zu einem organisierten Staat, der die Länder aus dieser Position verdrängte. Es kam zu einer ersten Behördenreform im Jahr 1745 und 1749 zu einer tiefgreifenden Staatsreform. Diese bestand aus einer Reihe von Einzelmaßnahmen, die eine neue materielle Verfassungslage für die gesamte Länderverbin-

²⁸ Zedinger: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795), S. 23ff.

²⁹ Brauneder, Wilhelm; Lachmayer, Friedrich: Österreichische Verfassungsgeschichte. 11. Auflage. Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung. Wien. 2009, S. 79ff.

dung darstellte. Ausgangspunkt dieser Veränderungen waren praktische Überlegungen, die aus dem Kriegsgeschehen der österreichischen Erbfolgekriege resultierten, wie beispielsweise die Erhaltung eines 108.000 Mann-Heeres oder auch die Steigerung der Staatseinnahmen. Vorbild für die Reformen war Preußen, die während der Kriegsjahre gezeigt hatten, wie effektiv ihre Staatsführung war.³⁰

1749–1848 (Stand 1830)



Bez.: Volk

Abbildung 4 - Verwaltung der Habsburgermonarchie von 1749 – 1848³¹

³⁰ Brauneder; Lachmayer: Österreichische Verfassungsgeschichte, S. 82ff.

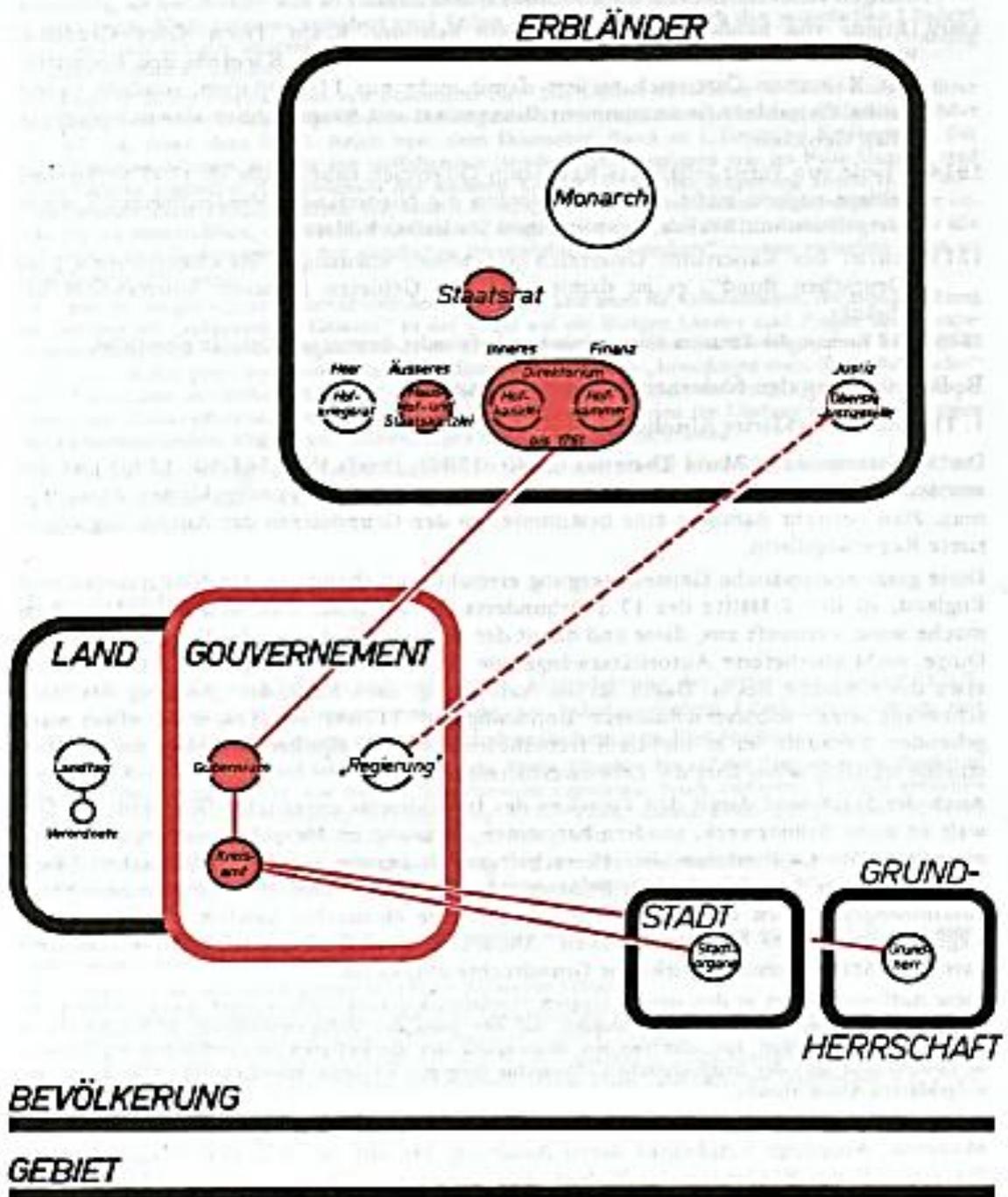
³¹ Abbildung in: Brauneder; Lachmayer: Österreichische Verfassungsgeschichte, S. 78.

Schon zu Beginn der militärischen Auseinandersetzung mit Preußen und den anderen Gegnern, musste man in Österreich einsehen, dass Preußen sowohl finanziell als auch militärisch überlegen war. Außerdem war dieses Gebiet schon damals ein zentralistisch organisierter Staat. Aus diesem Grunde begann man in Österreich mit den erwähnten Verwaltungsreformen. Diese verliefen anfangs jedoch nicht nach einem speziellen Plan, sondern wurden eher versuchsweise durchgeführt.³² Es wurden neue Zentralbehörden geschaffen, die nach vorwiegend sachlichen und nicht mehr, wie vorher, nach territorialen Kriterien eingeteilt wurden. Diese besaßen einen engeren sachlichen Wirkungsbereich, aber dafür einen breiteren territorialen. So wurde unter anderem die bisherige Trennung in eine böhmische und eine österreichische Hofkanzlei aufgehoben.³³ Die außenpolitischen Agenden und die Angelegenheiten des Herrscherhauses wurden 1742 der Hofkanzlei entzogen und stattdessen der neu eingerichteten „Hof- und Staatskanzlei“ zugewiesen. Graf Kaunitz übernahm die Leitung dieser neuen Hofstelle. Außerdem wurde das zentrale Haus-, Hof- und Staatsarchiv 1749 gegründet, um einen besseren Überblick über die wichtigen Urkunden und Akten zu gewährleisten. Auch die Hofkammer wurde reformiert und es wurde versucht eine Trennung von Justiz und Verwaltung zu erreichen. Der erste Versuch missglückte jedoch. Zudem kam es zu Reformen in der Militärverwaltung. Das Generalkriegskommissariat wurde 1746 vom Hofkriegsrat ausgegliedert und zu einer selbstständigen Hofstelle erhoben. Schon lange herrschte ein Konflikt zwischen den Wiener Hofstellen, den ungarischen Ständen und den südungarischen Serben, um diesen zu beseitigen wurde eine neue Behörde gegründet, die „Hofdeputation in Banaticis, Transsylvanicis et Illyricis“.

³² Zöllner: Geschichte Österreichs, S. 313ff.

³³ Brauneder; Lachmayer: Österreichische Verfassungsgeschichte, S. 83.

Behörden ab 1749.



Farbe: Organisationsreform / Rot: Verwaltung / Rosa: Justiz

Abbildung 5 - Behörden ab 1749³⁴

³⁴ Abbildung in: Brauneder; Lachmayer: Österreichische Verfassungsgeschichte, S. 82.

Die grundlegenden Reformen konnten allerdings erst nach dem Aachener Frieden durchgeführt werden, da dieser eine mehrjährige kriegerische Atempause gewährleistete. Nun konnte man sich einer richtigen Staatsreform widmen. Die leitende Funktion dabei übernahm der Graf Friedrich Wilhelm von Haugwitz. Er war ein schlesischer Konvertit und besaß nach dem Verlust des größten Teils seines Heimatslandes an Preußen das Amt des Leiters der Verwaltung von Restschlesien in Troppau. Haugwitz war sehr davon beeindruckt, wie es Preußen gelang in Schlesien so viel höhere Einnahmen zu erzielen, als dies noch unter der Herrschaft von Österreich der Fall gewesen war. Friedrich II. war es gelungen die Trennung der landesfürstlichen Finanzen von den ständischen zu überwinden. Dies versuchte Haugwitz nun, durch die Schaffung von Behörden, die sowohl für politische als auch für die Finanzverwaltung verantwortlich waren, auch für Wien und die anderen habsburgischen Länder zu erreichen. Diese Reform wurde erst in Österreich-Schlesien, dann in Kärnten und Krain durchgeführt. Maria Theresia ließ sich auf diesen Reformversuch ein, obwohl die meisten Räte davon abrieten. Nun wurde als oberste Behörde für die politische und Finanzverwaltung der österreichischen Länder, außer Ungarn und die Österreichischen Niederlande, das „Directorium in publicis et cameralibus“ ins Leben gerufen. Diesem unterstanden in den einzelnen Ländern die „Repräsentation und Kammer“ und als kleinste Behörden kamen die „Kreisämter“ dazu. Die Kreisämter hatten die Möglichkeit die Stände stärker zu überwachen, als das vorher möglich gewesen war. Innerhalb des Adels war diese neue Behörde deswegen besonders unbeliebt. Es kam sogar zu einigen Sabotageversuchen, doch dagegen griff Haugwitz von Anfang an hart durch. Durch die Schaffung einer Obersten Justizstelle war nun eine komplette Trennung zwischen Rechtspflege und Verwaltung möglich.

Diese neuen Behörden galten für alle österreichischen und böhmischen Länder. Für Ungarn und die Niederlande galten allerdings weiterhin ihre älteren feudalen Institutionen. Maria Theresia war aber dennoch bemüht auch dort Maßnahmen auf der Verwaltungs- und Wirtschaftspolitischen Ebene zu schaffen, die es ermöglichten den Zusammenhang mit Österreich zu festigen. Dabei ging sie aber äußerst behutsam vor.

Schwierig wurde es für die neuen Organisationsformen während des Siebenjährigen Krieges. Der Staatskanzler Kaunitz gab die Schuld an der Erschöpfung des Staatswesens den Schwächen der Reformversuche Haugwitz'. In der Tat war es so, dass das Direktorium die Erwartungen, die man gehabt hatte, nicht ganz erfüllen konnte. So wurden auch im Jahr 1760 die Finanzen von der politischen Verwaltung getrennt. Die Finanzen wurden von nun an in der Hofrechnungskammer und die politischen Verwaltungen in der vereinigten österreichisch-böhmischen Hofkanzlei geregelt.³⁵ Erst in den Jahren zwischen 1782 bis 1790 wur-

³⁵ Zöllner: Geschichte Österreichs, S. 313ff.

den diese beiden wieder vereinigt als „Vereinigte Hofstelle“. ³⁶ Die Landesstellen, die von nun an „Gubernien“ hießen, wurden auch gewissen Neuerungen unterzogen. Sie sollten stärkere Kompetenzen erhalten. Ein Staatsrat wurde 1761 erschaffen, der eine für alle anderen Hofstellen übergeordnete, beratende Körperschaft darstellte. ³⁷

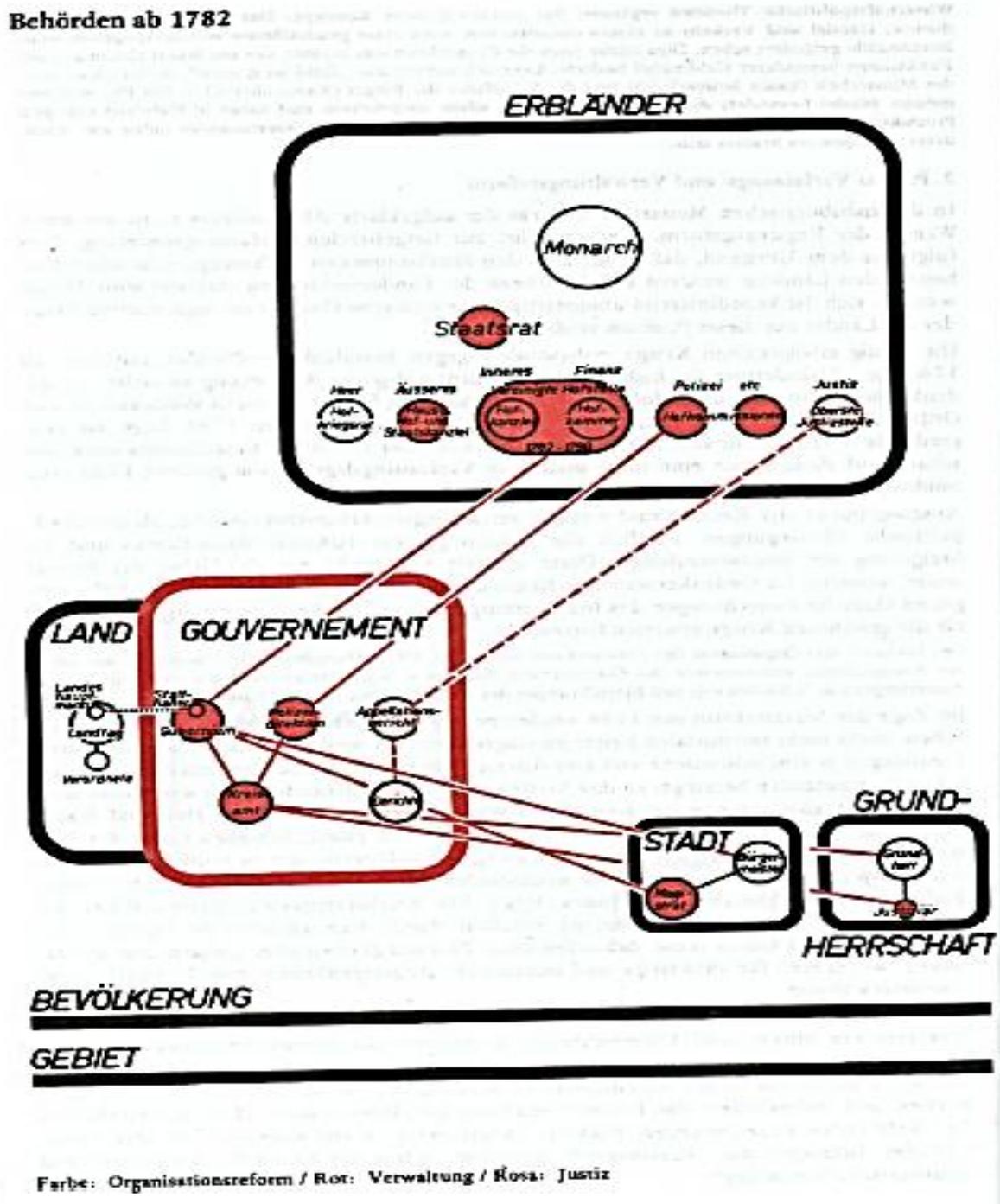


Abbildung 6 - Behörden ab 1782 ³⁸

³⁶ Brauneder; Lachmayer: Österreichische Verfassungsgeschichte, S. 85.

³⁷ Zöllner: Geschichte Österreichs, S. 313ff.

³⁸ Abbildung in: Brauneder; Lachmayer: Österreichische Verfassungsgeschichte, S. 84.

Eine weitere wichtige Neuerung war, dass zu den ursprünglichen Zentralbehörden, die reorganisiert wurden, Mittel- und Unterbehörden in den Gouvernements hinzukamen. Die neuen Behörden haben die Aufgabe in der allgemeinen Verwaltung den Willen des Monarchen zu repräsentieren und außerdem die Finanzverwaltung zu führen. Daraus ergibt sich die Bezeichnung der „Repräsentation und Kammer“. Ihre Unterbehörden sind, wie erwähnt, die „Kreisämter“. Diese sind vor allem für die Kontrolle der Grund- und Stadtherrschaft zuständig. Vor allem im Gesetzwesen, im Zivil-, Straf- und Verfahrensrecht, wurde reformiert. Die Tendenz ging zur Vereinheitlichung in „Allgemeine Gesetze“. Außerdem werden Grundgesetze und grundrechtsähnliche Bestimmungen dafür genutzt, um eine materielle Verfassungsgrundlage im Sinne des absoluten monarchischen Staates zu schaffen. Im Jahr 1804 schließlich findet sich diese Wandlung auch im einheitlichen Staatsnamen „Kaisertum Österreich“ wieder.³⁹

Unter Maria Theresia waren die Reformen mehr pragmatisch inspiriert. Unter ihr wurde auch die Theresianische Militärakademie, die Akademie der Orientalischen Sprachen, die heute noch als Diplomatische Akademie besteht, und im Jahr 1746 die Theresianische Akademie, die im Schloss Favorita zu einer Schule umformiert wurde. Es wurden drei Ausbildungswege angeboten: für die Verwaltung, die Armee und die Diplomatie. Dies diente dem Dienst am Staat. Schon im Jahr 1745 legte Maria Theresia fest, dass alle Altersstufen an der Theresianischen Akademie unterrichtet werden sollten. So konnten auch schon sehr junge Menschen auf eine entsprechende Karriere vorbereitet werden.⁴⁰

Auch eine Universitätsreform wurde durchgeführt. Bisher oblag die Leitung des Unterrichtes dem Jesuitenorden, doch die Kritik an dessen Methoden wurde immer lauter. Unter Maria Theresia wurde der kaiserliche Leibarzt Gerard van Swieten aus Leiden berufen und zur zentralen Person dieser Reformen. Betroffen von seinen Änderungen waren insbesondere die medizinische Fakultät, aber auch die drei übrigen. Das Amt des Studiendirektors wurde eingeführt und dadurch erhielt der Staat Einfluss auf alle wichtigen Angelegenheiten des Studiums betreffend. Der Jesuitenorden wurde immer weiter verdrängt und bis er im Jahr 1773 ganz aufgehoben wurde. Die Aufgaben übernahmen nun Weltliche oder Jesuiten, die aus dem Orden ausgetreten waren. In den späteren Jahren wurden auch Menschen anderer Konfessionen zum Studium zugelassen, wie 1778 die Protestanten und 1782 die Juden. Die Studienpläne wurden speziell nach den Interessen und Erfordernissen des Staates ausge-

³⁹ Brauneder; Lachmayer: Österreichische Verfassungsgeschichte, S. 80ff.

⁴⁰ <http://www.theresianum.ac.at/gymnasium/ueber-uns/geschichte/> (download: 05.02.2014).

richtet. Beispielsweise sollten zahlreiche Ärzte ausgebildet werden, als Joseph II. den Bau des Allgemeinen Krankenhauses 1784 in Auftrag gab.⁴¹

Bei Joseph II. gingen die Reformen - sehr viel ausgeprägter als bei seiner Mutter - auf das Konzept des aufgeklärten Absolutismus zurück. Um dies realisieren zu können, sollte ein durchorganisierter Gesetzes- und Behördenstaat entstehen. Er legte aus diesem Grund ein besonderes Augenmerk auf die Reform des Rechts und der Gerichte. Durch die „Allgemeinen Gesetze“ wurde in den Deutschen Erbländern eine formelle Rechtseinheit herbeigeführt. Ungarn, Siebenbürgern und die Niederlande wurden dabei nur teilweise mit einbezogen. Im Gerichtswesen wurde die „Oberste Justizstelle“ zum einzigen Höchstgericht und auf der Gouvernementebebene wurden Appellationsgerichte als Berufsinanz über den weitestgehend vereinheitlichten erstinstanzlichen Gerichten etabliert.

Die Reformen sowohl von Maria Theresia als auch von ihrem Sohn, Joseph II., stellten eine tiefgreifende Zäsur dar. Es war ein Bruch mit der bisher bestehenden Verfassungs- und Regierungsform. Dies kam vor allem durch die Entmachtung der Landesstände, die von nun an nicht mehr originärer Herrschaftsträger der Landes-, Grund- und Stadtherrschaft waren und auch keinen Einfluss mehr auf den Behördenapparat hatten.⁴²

Fürst Wenzel Anton von Kaunitz-Rietberg

Fürst Wenzel Anton von Kaunitz war fast vierzig Jahre lang amtierender Staatskanzler für die Habsburgermonarchie. Er gilt als Schöpfer des modernen Außenministeriums und des diplomatischen Dienstes des Habsburgerreiches. Außerdem war er einer der leitenden Personen der Aufklärungspartei und führender Kulturpolitiker der Monarchie. Seine Politik wurde allerdings nicht von allen gut und teilweise als veraltet angesehen. Die politische Richtung, die in seinen letzten Jahren ab 1792 eingeschlagen wurde, vertrat er nicht und versuchte immer wieder seine Vorstellungen mit einzubringen, jedoch vergebens. Durch diese Wendung in der Politik, sah er seine bisherigen politischen Leistungen im außen- und innenpolitischen Bereich gefährdet.

Über Kaunitz findet man in der Literatur zahlreiche Werke, allerdings sind nicht alle wissenschaftlich korrekt.

⁴¹ Heindl, Waltraud: Beamte, Staatsdienst und Universitätsreform. Zur Ausbildung der höheren Bürokratie in Österreich, 1740–1848. In: Das achtzehnte Jahrhundert und Österreich 4. 1987, S. 35-53.

⁴² Brauneder; Lachmayer: Österreichische Verfassungsgeschichte, S. 85.

Eine besonders wichtige Leistung Kaunitz' war die nach dem Siebenjährigen Krieg, geführte defensive Friedenspolitik. Er konzentrierte sich von nun an mehr auf die Innenpolitik. Dort förderte er eine wirksame Entwicklungspolitik, die auf wirtschaftliche, soziale und auch kulturelle Bereiche Einfluss genommen hat. Daraus entstand schließlich ein Reformprogramm. Außerdem hatte er eine besondere Vorstellung, wie sich die mitteleuropäische Völkergemeinschaft entwickeln sollte.

Politisch gesehen legte Kaunitz seinen Schwerpunkt auf die böhmischen und österreichischen Länder, den Kern der Monarchie. Er vertrat die Meinung, dass die Länder am Rande der Habsburgermonarchie einen weniger bedeutenden Rang einnehmen sollten. Er befürwortete sogar einen Verzicht auf einige dieser Länder, wenn dadurch die Stärkung der Kernländer möglich war.

Nach dem Eindringen Friedrichs II. von Preußen in Schlesien, das für Kaunitz ein Eindringen in das „Herz der Monarchie“ darstellte, war Preußen laut Kaunitz von nun an der wichtigste und gefährlichste Feind der Habsburgermonarchie. Deshalb forderte er, dass alle anderen Interessen auf Eis gelegt wurden und dieser Verlust wieder gutgemacht werden sollte. Es wurde eine Koalition mit Russland, die zu dieser Zeit bereits zu den „natürlichen Verbündeten“ Österreichs zählte, und Frankreich gegen Preußen geschlossen, doch sie waren, wie beschrieben, der preußischen Herausforderung nicht gewachsen. Es gab einige Thesen darüber, welche Gründe diese Niederlage haben könnte, am wahrscheinlichsten ist die Theorie aus dem 19. Jahrhundert, die besagt, dass es zu einem Versagen auf Kommandoebene kam und dies die Hauptursache für den Ausgang des Krieges war. Denn das österreichische Heer wäre sehr wohl im Stande gewesen, das preußische zu schlagen. Durch diese Niederlage entstand allerdings der „Friedrich-Mythos“. Friedrich II. selbst war allerdings so ehrlich und stellte richtig, dass sein Sieg im Siebenjährigen Krieg einzig und allein mit Glück und „göttlicher Torheit“ zu erklären sei. Durch den gewonnenen Krieg, gelang Preußen nun der Aufstieg zu einer europäischen Großmacht.

Aus diesem Krieg zog Kaunitz seine Lehren und stellte die Theorie auf, dass Preußen nur mit Schlesien eine Großmacht sein konnte. Schlesien war somit quasi eine Existenzfrage für Preußen. Trotz des Friedens von Hubertusburg sollte sich an der Feindschaft zwischen Österreich und Preußen nichts ändern.⁴³

„Hieraus ergibt sich von selbst [kam Kaunitz zum Schluss], daß zwar in so lang, als es die Umstände anrathen, mit aller Mäßigung und äusserlichem guten Vernehmen gegen Preußen zu Erk zu gehen, aber diesem Hofe niemalsen und in keinem Fall vollkommen zu trauen, sondern unsere größte Aufmerksamkeit, Be-

⁴³ Szabo: Wenzel Anton Kaunitz-Rietberg und seine Zeit, S. 11ff.

arbeitung und politischer Betrag gegen Preußen zu richten und nach diesem Grundsatz unser gantzes Staats-Sytsema auszumeßen sey.“⁴⁴

Gegen Preußen hatte sich Frankreich nicht als sonderlich hilfreich herausgestellt, aber durch dieses Bündnis war es möglich gewesen, die belgischen, rheinischen und italienischen Randgebiete ruhig zu halten, da man durch das Bündnis mit den Bourbonen keine Gefahr von Seiten Frankreichs und Spaniens erwarten musste, konnte man die volle Konzentration auf den Kampf gegen Preußen richten. Kaunitz selbst sagte dazu:

„Da dem Ertzhausz statt der Vorhinigen Vielen Feinden nur die gefährliche nachbarschaft des Königs in Preußen und der Pforte übrig geblieben ist [...] [war es] dahero bey dem letzteren Preußischen Friedensbruch nicht mehr erforderlich, die Oesterreichische Macht zu Vertheilen, sondern sie konnte aus den entfernten Landen zu Vertheidigung des Herzes der Monarchie zusammengezogen und NB. ganz gegen den ernannten König gebraucht werden; welcher Umstand vor sich allein alle andere Betrachtungen überwieget.“⁴⁵

Um nun das Gleichgewicht der Mächte in Europa zu halten, nachdem Preußen zu einer Großmacht geworden war, und um den Frieden im Westen und Süden zu gewährleisten, war es nötig in der Folge das freundschaftliche Verhältnis zu den Bourbonen aufrecht zu erhalten. Dies wurde durch zahlreiche Eheverträge zwischen österreichischen Erzherzögen und Erzherzoginnen und bourbonischen Prinzen und Prinzessinnen noch gestärkt.

Die zweite Lehre, die Kaunitz aus dem Siebenjährigen Krieg zog, war, dass die Freundschaft zu Russland nicht ohne Nachteile aufrechterhalten werden konnte. Russland drängte immer mehr nach Westen und wollte mehr Gebiete für sich einnehmen. Dies stellte eine Gefahr für das österreichische Territorium dar. Nach dem Siebenjährigen Krieg erhielt Russland die ganze große polnisch-litauische Adelsrepublik. Somit wurde Russland noch mächtiger. Kaunitz ursprünglicher Plan, nur den Status quo beizubehalten, stellte sich nach dem russisch-türkischen Krieg von 1768 bis 1774 als unmöglich heraus. Es kam zur Teilung Polens, die Kaunitz zwar nicht befürwortete, allerdings war dies seiner Meinung nach, die Option, die für die Habsburgermonarchie am wenigsten destabilisierend war.

In zahlreichen Werken über Kaunitz wird beschrieben, als wäre sein größtes Anliegen gewesen, das habsburgische Territorium weiter auszubreiten, um das Gleichgewicht der Großmächte beizubehalten. Dies war aber nicht der Fall. Ihm war viel mehr daran gelegen, wie bereits erwähnt, sich auf die Kernländer zu konzentrieren. Den einzigen Tausch, den er be-

⁴⁴ Beer: Denkschriften, S. 78.

⁴⁵ Beer, Adolf (Hrsg.): Denkschriften des Fürsten Wenzel Kaunitz-Rittberg. In: Archiv für österreichische Geschichte 48. 1872., S. 65.

fürworten würde, war der Belgiens gegen Bayern, doch dazu kam es ja, wie bekannt, nie. Ansonsten war Kaunitz gegen jeden territorialen Zuwachs der Monarchie.⁴⁶ Er erklärte dies folgendermaßen: „jede Vergrößerung des Erzhauses relative ihren Werth verlieret, so bald dem Berliner Hofe eine gleiche zugeht.“⁴⁷

Die Zarin von Russland, Katharina II. legte Kaunitz im Herbst 1782 ihre Pläne zur Zerstörung des türkischen Reiches vor. Kaunitz realisierte, dass die russische Expansionspolitik nun nicht mehr aufzuhalten war. Österreich hatte nun nur mehr drei Möglichkeiten: Entweder stellten sie sich gegen dieses Expansionsvorhaben, dies wäre nur unter Einsatz des Militärs möglich gewesen, oder man behielt Neutralität, oder die dritte Möglichkeit war es sich mit Russland zu verbünden und bei der Expansion mitzumachen. Einen militärischen Widerstand hätte sich Österreich zu dieser Zeit kaum leisten können. Durch Neutralität wäre die Expansion Russlands einseitig weitergeführt worden. Somit blieb Möglichkeit Nummer drei, die einzig realistische, auch wenn es sich dabei nicht um eine erwünschenswerte handelte, aber sie war die am wenigsten bedenkliche Möglichkeit.

Für Eroberungspolitik und die Idee, dass die Großmächte im Gleichgewicht sein sollten, hatte Kaunitz nur wenig übrig. Somit kommen wir zur dritten Lehre, die Kaunitz aus dem Siebenjährigen Krieg gezogen hat: dass die Stärke der Habsburgermonarchie von einer progressiven sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungspolitik abhängig ist.⁴⁸ Er formulierte dies folgendermaßen, dass: „Österreich seine *größte* Aufmerksamkeit auf die innerliche Vermehrung der Lands Kräften durch Verbeßerung der cultur, manufactures, des commercij und Finanz Weesens“⁴⁹ richten solle.

Durch diese Einstellung wurde Kaunitz zum wichtigsten Befürworter des aufgeklärten Absolutismus in Österreich. Zahlreiche HistorikerInnen vertreten die Meinung, dass eigentlich Kaunitz das eigentliche Zentrum des aufgeklärten Absolutismus war.

Kaunitz spielte im Reformprozess eine leitende Rolle. Seine Biographie spiegelt die Verbreitungs- und Beschleunigungsdynamik des aufgeklärten Absolutismus wider. Kaunitz beschäftigte sich sein Leben lang mit der Aufklärung und kannte sich in den Schriften zahlreicher Aufklärungsdenker aus. Zu Voltaire hatte Kaunitz sogar Briefkontakt.

Kaunitz war bereits seit 1749 Mitglied der Geheimen Konferenz, die sich meistens mit außenpolitischen Fragen befasste. 1753 wurde er zum Vorstand der Konferenz gewählt. Als man im Juli 1756 einen Kriegsausbruch bereits erahnen konnte, wurde unter Kaunitz ein

⁴⁶ Szabo: Wenzel Anton Kaunitz-Rietberg und seine Zeit, S. 15ff.

⁴⁷ Zitiert nach Szabo: Wenzel Anton Kaunitz-Rietberg und seine Zeit, S. 15: HHStA. Staatskanzlei: Vorträge. Karton 136. Kaunitz an Joseph II. „Betrachtungen“ vom 26. Oktober 1782.

⁴⁸ Szabo: Wenzel Anton Kaunitz-Rietberg und seine Zeit, S. 18ff.

⁴⁹ Beer: Denkschriften, S. 67.

Ministerrat aufgestellt. Nun hatte Kaunitz die Stellung des Premierministers, auch wenn dies zu dieser Zeit nicht mit dem passenden Titel bestätigt wurde. 1758 setzte sich Kaunitz bereits für die Entstehung eines Staatsrates ein, der schließlich 1760 ins Leben gerufen wurde. Der Staatsrat sollte nun den Ministerrat verbessern. In verwaltungsstruktureller Hinsicht stellte dies aber keinen Fortschritt, sondern einen Rückschritt dar, weil er sich nun mit mühsamer Verwaltungsarbeit beschäftigen musste.

Er war immer gegen Krieg, da er diesen für „eine Störung der natürlichen Ordnung“⁵⁰ hielt, der „überhaupt ein verderbliches Unternehmen, und nur alsdann zu rechtfertigen, wenn ihn die Selbsterhaltung [...] nothwendig macht.“⁵¹ In seiner Reformpolitik spiegelt sich ganz deutlich der humanitär-philosophische Impuls wider. Dies gilt sowohl für die Außen- wie auch für die Innenpolitik. Bei Kaunitz' Ideen ging es darum eine Alternative zu entwickeln zu der bestehenden Ordnung der mitteleuropäischen Völkergemeinschaft. Er versuchte Zeit seines Lebens die barocke, konfessionelle und ständische Struktur der Monarchie in einen säkulareren, offenen und progressiven Rechtsstaat zu wandeln. Es sollte ein neuer überdimensionaler Gemeinschaftssinn entstehen.⁵² So schrieb er 1767 an Maria Theresia:

„Dieser Trieb wird durch nichts so sehr, als durch eine Gewisse Art der Freyheit des Volcks, und des rechten National Geists angefrischet; Und wo selbiger Vorhanden ist, alda pflegt die Industrie auf das höchste zu steigen, und das Volk sich zu bereichern. England und Holland dienen desfalls zum Beyspiel; Und meines Orts wünschte ich zum Besten des Staats, daß die Sclavische Denkens-Art aus der Erbländen verbannt, und dagegen ein, die Freyheit liebender Industrial-Geist eingepflanzet [werde]“⁵³.

Kaunitz forderte „eine auf Vernunft, Recht und Billigkeit gegründete Regierung“⁵⁴ und außerdem „daß [...] die gemeinsame Wohlfahrt aller Erbländer erfordere, einander wechselseitig alle mögliche Hülfe zu leisten, und hierunter eine völlige Gleichheit zu beobachten“.⁵⁵

Mit den Vorstellungen von Joseph II. zum Reformwandel stimmte Kaunitz nicht überein. Er schrieb schon 1765:

⁵⁰ Zitiert nach Szabo: Staatskanzler Fürst Kaunitz und die Aufklärungspolitik Österreichs. In: Korschatzky, Walter (Hrsg.): Maria Theresia und ihre Zeit. Salzburg. Wien. 1979, S. 43: HHStA. Staatskanzlei: Vorträge. Karton 128. Vortrag Kaunitz' vom 16. März 1779. Vgl. Franz A.J.

⁵¹ Beer: Denkschriften, S. 75.

⁵² Szabo: Wenzel Anton Kaunitz-Rietberg und seine Zeit, S. 20ff.

⁵³ Zitiert nach Szabo: Wenzel Anton Kaunitz-Rietberg und seine Zeit, S. 20: HHStA. Österreichische Akten: Österreich Staat. Fasz. 5. Kaunitz an Maria Theresia. 21. April 1767.

⁵⁴ Zitiert nach Szabo: Wenzel Anton Kaunitz-Rietberg und seine Zeit, S. 20: HHStA. Kabinettsarchiv: Kaunitz- Voten. Karton 6. 3203 aus 1793. Staatsratsvotum. 15. September 1793.

⁵⁵ Zitiert nach Szabo: Wenzel Anton Kaunitz-Rietberg und seine Zeit, S. 21: HHStA. Staatskanzlei: Vorträge. Karton 90. Kaunitz'Aufsatz: „umd die Hungarischen Magnaten von der Nothwenigkeit der Hülffe zu überzeugen“. 25. November 1762.

„Despotische Regierungen mögen sich mit Einschüchterung und Bestrafungen begnügen. In einer Monarchie aber, und da wir es mit kultivierten Nationen zu tun haben, müssen wir auch Sorge tragen, Verdienste zu belohnen, einen gewissen seelischen Aufschwung, die Liebe zu Fürst und Vaterland nicht zu ersticken und uns nicht der Vorzüge jener Werke zu berauben, die vom Denken und Fühlen beschaffen werden. Nicht zu vergessen, daß es eine größere Freude und einer edlen Seele würdiger ist, freie und denkende Wesen zu regieren, als über niedrige Sklaven zu herrschen“⁵⁶.

Nach dem Tod des Kaisers äußerte sich Kaunitz folgendermaßen dazu:

„Seine geäußerte wenige Neigung und Achtung für Wissenschaften und Schriften hemmten nicht nur auf der anderen Seite das Aufkeimen der österreichischen Literaturcultur [...], sondern beförderte auch hauptsächlich die allgemeine Verbreitung einer widrigen und in manchen Gelegenheiten sehr schädlich befundenen Stimmung gegen dessen Regirungsanstalten und Schritte. Je nachahmungswürdiger die Absichten und die Tätigkeiten dieses Regentens in mehreren Rücksichten waren, desto freimütiger glaubte ich die Schädlichkeit des von demselben in diesem Stück angenommenen Betragens unter Umständen erheben zu sollen“.⁵⁷

An diesem deutlichen Zitat erkennt man, dass Kaunitz in keinster Weise mit den Vorstellungen Josephs II. übereinstimmte und dies auch öffentlich kundtat. Für Kaunitz bestand ein klarer Zusammenhang zwischen einem Aufschwung des wirtschaftlichen und des geistigen Niveaus der mitteleuropäischen Völker. Diese Denkweise steht deutlich im Sinne einer Aufklärungspolitik. Auch Joseph II. war durch die Aufklärung beeinflusst, doch er hatte für die Menschen, die dahinter standen, nicht so ein gutes Gespür, wie es Kaunitz hatte:⁵⁸

„Das Beispiel, welches in dem gegenwärtigen Augenblicke die englische Nation vor Augen legt, beweiset, daß, verbunden mit einer weisen und milden Regierung, Aufklärung das sicherste Mittel ist, die Ruhe und Anhänglichkeit des Unterthanen zu befestigen.“⁵⁹

⁵⁶ Fejtő, François: Joseph II. Porträt eines aufgeklärten Despoten. München. 1987, S. 101.

⁵⁷ Mályusz, Elemér: Kaunitz über die Kulturpolitik der Habsburgermonarchie. In: Südostforschungen 2. 1937, S. 11.

⁵⁸ Szabo: Wenzel Anton Kaunitz-Rietberg und seine Zeit, S. 24ff.

⁵⁹ Mályusz: Kaunitz über die Kulturpolitik, S. 11.

3. Die Geschichte Belgiens im 18. und 19. Jahrhundert – ein Überblick

3.1 Geographische Gegebenheiten

Belgien wird von den Historikern A.W. Ward und G.P. Gooch, in ihrem Werk „The Cambridge History“, als „Schlüssel zu Europa“ oder auch „der belgische Raum als Schlachtfeld Europas“ bezeichnet. Dies liegt an seiner geographischen Lage, die dieses Gebiet zu einem neuralgischen Punkt machte innerhalb der verschiedenen Interessen der Großmächte. Wichtige Verbindungswege fanden hier ihren Knotenpunkt zwischen Frankreich und Deutschland. Das heutige Belgien war quasi ein „Niemandland“, das keine abgesicherten Grenzen besaß und dadurch für Feinde leicht einzunehmen war. Der Hafen von Antwerpen spielte auch eine sehr wichtige Rolle. Er war für kommerzielle Faktoren als auch als strategischer Ort von Bedeutung. Aus diesen eben genannten Gründen kam dieses Gebiet eigentlich seit der Zeit Cäsars kaum zur Ruhe. Wenn man nur den Zeitraum zwischen 1648 und 1815 nimmt, zählte der Historiker Jean Baptiste Nothomb zwölf Kriege.⁶⁰

„Ihre weiten Ebenen bieten das günstige Terrain zu ausgedehnten Kriegsoptionen dar; die Fruchtbarkeit ihres Bodens und der Wohlstand ihrer starken Bevölkerung sichern den dort zusammentreffenden Heeres-Massen ausreichende Verpflegungs-Mittel auf längere Zeit.“⁶¹



Abbildung 7 - Österreichische Niederlande (1789)⁶²

⁶⁰ Heuser, Wolfgang: Kein Krieg in Europa. Die Rolle Preußens im Kreis der europäischen Mächte bei der Entstehung des belgischen Staates (1830-1839). Band 30. Centaurus-Verlagsgesellschaft. Pflaferweiler. 1992, S. 21-22.

⁶¹ Bernstorff-Bülow. Berlin 15.02.1831. ZSA Me. 2.4. 1. Abt. I. 8470. Bl 9.

⁶² Abbildung in: http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Austrian_Netherlands_1789.svg (download: 15.01.2014).

So wurde dieses Gebiet immer wieder zum Streitobjekt zwischen den Großmächten. Besonders Frankreich interessierte sich lange Zeit für das damalige Belgien. Dadurch blieb auch das Interesse Deutschlands und Englands dafür wach, da sie verhindern wollten, dass dieses Gebiet an Frankreich fiel. Denn wenn man das Kernland besaß, das strategisch richtig gelegen war, hatte man eine Schlüsselposition Europas erreicht. Und so würde die Einnahme Frankreich von diesem Raum das Gleichgewicht zwischen den Großmächten durcheinander bringen. Dies wollten die anderen Großmächte auf jeden Fall verhindern. Aus diesem Grund richteten alle Großmächte ein besonderes Augenmerk auf diesen Teil Europas, denn jeder Zugriff darauf durch eine Großmacht konnte den Frieden in Europa zum Erliegen bringen.

Durch den Wiener Kongress wurde den Expansionsbestrebungen Frankreichs der Riegel vorgeschoben und die Niederlande, der südliche und nördliche Teil sowie das Fürstentum Lüttich, wurden zu einem Staat erklärt. Dieser neue Staat wurde als Barriere gegen Frankreich genutzt. Bis ins Jahr 1820 wurde das Festungssystem um die Südlichen Niederlande immer weiter ausgebaut und schließlich vollendet. Am 15. November 1818 wurde die „Convention de forteresses“ geschlossen zwischen englischen und preußischen Truppen. Diese sollte Frankreich im Schach halten bis auch die übrigen Mächte die Zeit hatten einzugreifen. Die Großmächte waren sich darüber im Klaren, dass eine solche Vereinigung durchaus auch Risiken barg. Ihre Hoffnung, dass der Zusammenschluss dennoch eine positive Wirkung haben würde, schlug allerdings fehl. Denn die Gegensätze zwischen Norden und Süden waren schon zu groß, als dass ein Zusammenschluss problemlos funktionieren konnte. Außerdem waren auch die neu aufkommenden Ideen und fundamentalen Umwälzungen in diesem dynamischen Jahrhundert zu stark.⁶³

Bei der immer wieder veränderten politischen Zugehörigkeit, stellt sich die Frage, was man genau unter „Belgien“, „Belgier“ und „belgisch“ verstehen kann.

Im 17. Jahrhundert und in den ersten beiden Dritteln des 18. Jahrhunderts bestand Belgien aus Provinzen, die man zwar als relativ selbstständig bezeichnen könnte, aber dennoch durch das Haus Habsburg dynastisch miteinander verbunden waren. Das heutige Belgien war damals auch als „Südliche Niederlande“ bekannt.

Zunächst ist zu erwähnen, dass der Belgienbegriff vor den sechziger Jahren des 18. Jahrhunderts keine wirklich klar erkennbaren, gesellschaftspolitischen Konnotationen besaß. Erst danach wird der Belgienbegriff mit dem Nationsbegriff in Beziehung gesetzt und mit deutlich artikulierten gesellschaftspolitischen Vorstellungen versehen.

⁶³ Heuser: Kein Krieg in Europa, S. 22ff.

Bei der Bezeichnung des damaligen belgischen Raumes entstanden immer wieder Verwirrungen, da auch Begriffe, wie „Niederlande“, „Niederdeutschland“ und „Flandern“ verwendet wurden. Diese Begrifflichkeiten haben sich in der damaligen Zeit mit dem Belgienbegriff, aber auch untereinander häufig überschritten. In zahlreichen Schriften wurden diese identisch verwendet, in anderen dagegen zur Bezeichnung von unterschiedlichen Gebieten und Geschichtsräumen. So konnte es schnell zu Missverständnissen kommen. Auch die Begriffe „Niederlande“, „Niederdeutsch“ und „Flandern“ waren weder topographisch noch geopolitisch genau festgelegt und wurden daher von den Autoren nicht einheitlich für einen bestimmten geographischen Raum und seine jeweilige Bevölkerung verwendet.

Mitte des 18. Jahrhunderts hat man schließlich damit begonnen, alle Aussagen, die über die „Niederlande“, „Belgien“, „Niederdeutschland“ und „Flandern“ in Wörterbüchern, Lexika und anderen Werken gemacht wurden, miteinander zu vergleichen. Es sollte eine einheitliche Definition und geographische Festlegung für den belgischen Raum entstehen. So entwickelten sich verschiedene Varianten für den Begriff „Belgien“.

Die erste Variante, die verwendet wurde, war die, die die „Gallia Belgica“ als Ausgangspunkt gebrauchte. Die „Gallia Belgica“ wurde im ersten vorchristlichen Jahrhundert von Gaius Iulius Caesar als dritter Teil von Gallien erobert. Von Augustus wurde diese dann zu einer der drei gallischen Provinzen gemacht. Diese Variante besaß die größte territoriale Ausdehnung von den drei möglichen Varianten des Belgienbegriffs. Caesars Quellen über die geographische Lage und Größe Belgiens wurden von Historikern weithin akzeptiert. Zusätzlich gab es jedoch die Unterscheidung zwischen Caesars „Belgica“, die auch als „la Belgique“ bezeichnet wurde und dem sehr viel kleineren „Belgium“, denn darunter verstand man lediglich das Gebiet der Picardie.

Bei der zweiten Variante, die in vielen historischen Werken verwendet wurde, versteht man unter „Belgien“ die Gesamtheit der siebzehn Provinzen, die im 15. und 16. Jahrhundert aus dem Burgunderreich entstanden. Diese waren in der Zeit von Karl V. bis zum Dreißigjährigen Krieg Teil des habsburgischen Herrschaftsbereichs. Mit dem Westfälischen Frieden entstand schließlich eine Trennung zwischen den protestantisch-republikanischen und den katholisch-habsburgischen Niederlanden.⁶⁴

In den sechziger Jahren des 16. Jahrhunderts lösten sich die sieben nördlichen Provinzen langsam von der spanischen Herrschaft und bildeten schließlich eine Einheit mit der Republik der Vereinigten Niederlande und wurden zu einem eigenen Staat. Der Belgienbegriff wurde dann jedoch sowohl für die nördlichen, als auch für die südlichen Provinzen verwendet.

⁶⁴ Koll, Johannes: Die belgische Nation. Patriotismus und Nationalbewusstsein in den Südlichen Niederlanden im späten 18. Jahrhundert. Waxmann Verlag. Münster. 2003, S. 37 ff.

Die protestantischen Provinzen wurden dabei als „Belgium confoederatum“ oder als „Provinciae foederatae Belgiae“ bezeichnet und die unter habsburgischer Verwaltung gebliebenen südlichen Provinzen als „Belgium austriacum“ oder auch als „Belgia Regia“ . Für die katholischen Provinzen liest man immer wieder die Bezeichnung „la Belgique Allemande“, „la Belgique Autrichienne“ oder aber auch „la Belgique Australe“. Auch die nördlichen Provinzen nahmen bis ins 19. Jahrhundert den Belgienbegriff für sich in Anspruch.

Im Laufe der Zeit wurde der Belgienbegriff dann allerdings verengt auf die katholischen Provinzen im Süden.

Nach der Revolution von 1830/31 setzte es sich schließlich durch, dass der Belgienbegriff für den neu entstandenen Nationalstaat, der aus dieser Revolution hervorgegangen war, verwendet wurde. Das Königreich von Wilhelm I. und seinen Nachfolgern aus dem Haus Oranien wurde von nun an als „Niederlande“ bezeichnet. ⁶⁵

Im Jahr 1754 ließ Maria Theresia die ersten Volkszählungen durchführen. Dabei lag die Bevölkerungszahl der Österreichischen Niederlande bei ca. 2,5 Millionen. ⁶⁶



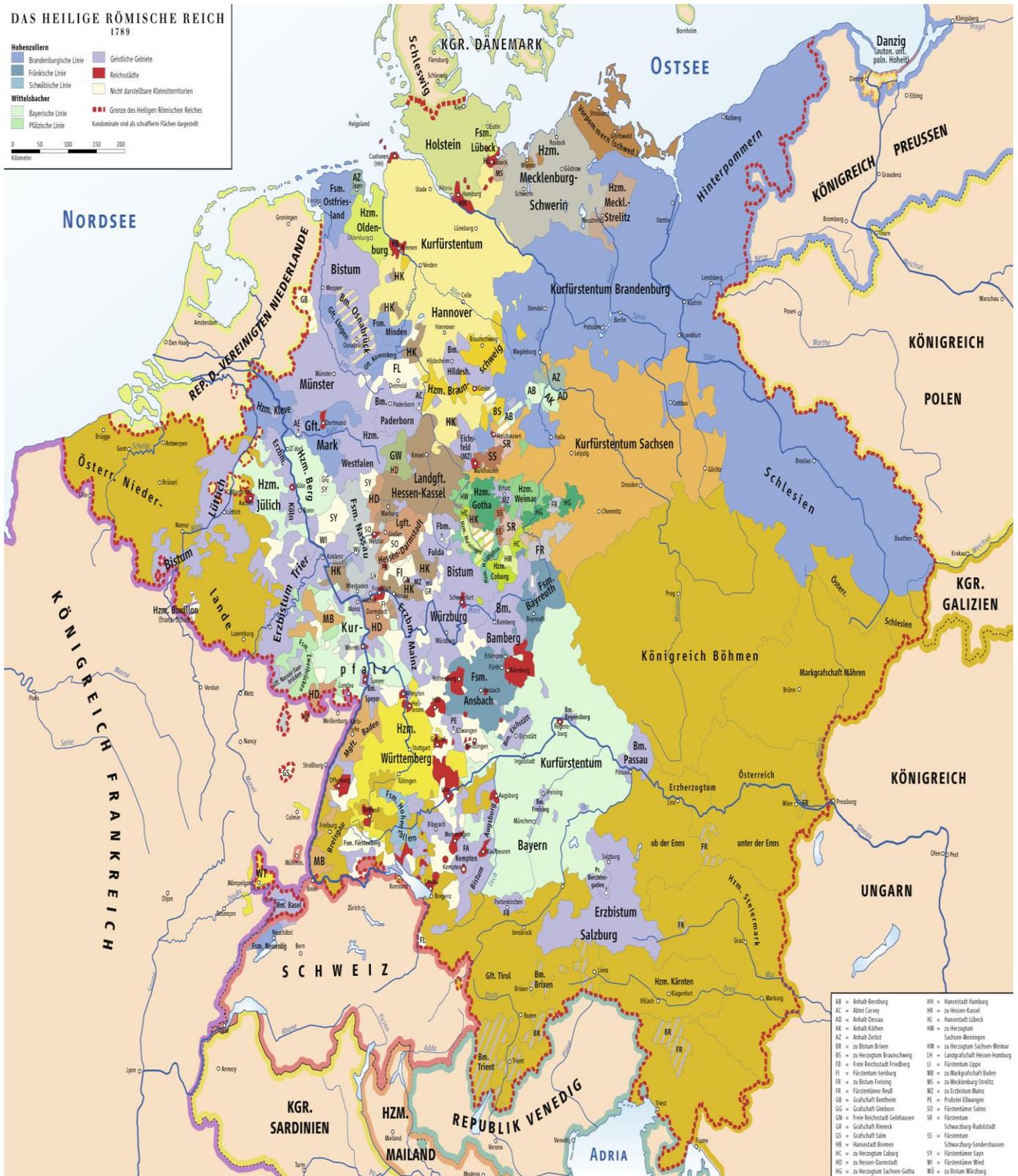
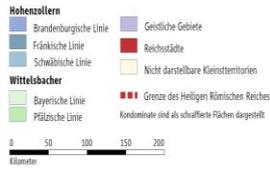
Abbildung 8 - Die Karte der 17 niederländischen Provinzen. Privatsammlung ⁶⁷

⁶⁵ Koll: Die belgische Nation, S. 37 ff.

⁶⁶ Cipolla, Carlo M.: The Economic Decline of Empires. Taylor & Francis. 2011, S. 54.

⁶⁷ http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/f/f9/1617_Leo_Belgicus_Kaerius.jpg (download: 20.09.2013).

**DAS HEILIGE RÖMISCHE REICH
1789**



AB = Anhalt-Bernburg	HH = Habsstadt Rastburg
AC = Anhalt-Cöthen	HK = zu Hessen-Kassel
AD = Anhalt-Desau	HL = Habsstadt Lübeck
AE = Anhalt-Köthen	HM = zu Herzogtum
AZ = Anhalt-Zerbst	HS = Sachsen-Weisingen
BR = zu Bistum Briren	HW = zu Herzogtum Sachsen-Weimar
BS = zu Herzogtum Braunschweig	LH = Landgrafschaft Hessen-Homburg
FB = Freie Reichsstadt Friedberg	LI = Fürstentum Lippe
FR = Fürstentum Fulda	MB = zu Markgrafschaft Baden
FR = zu Bistum Freising	MS = zu Mecklenburg-Strelitz
FR = Fürstentüm Reuß	MZ = zu Erzbistum Mainz
GB = Grafschaft Bentheim	PE = Pröbitch Elmangen
GS = Grafschaft Göttingen	SO = Fürstentüm Solms
GN = Freie Reichsstadt Gelnhausen	SN = Fürstentüm
GR = Grafschaft Rieneck	SW = Schwarzbürg-Rudolstadt
GS = Grafschaft Salm	SS = Fürstentüm
HB = Hansestadt Bremen	SB = Schwarzbürg-Sendenhausen
HC = zu Herzogtum Coburg	SY = Fürstentüm Sayn
HD = zu Hessen-Darmstadt	WI = Fürstentüm Wied
HG = zu Herzogtum Sachsen-Gotha	WÜ = zu Bistum Würzburg

Abbildung 9 - Die Ausprägung der Österreichischen Niederlande im 18. Jahrhundert ⁶⁸

⁶⁸ http://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Maps_showing_18th-century_history (download: 15.01.2014).

3.2 Politische Entwicklungen

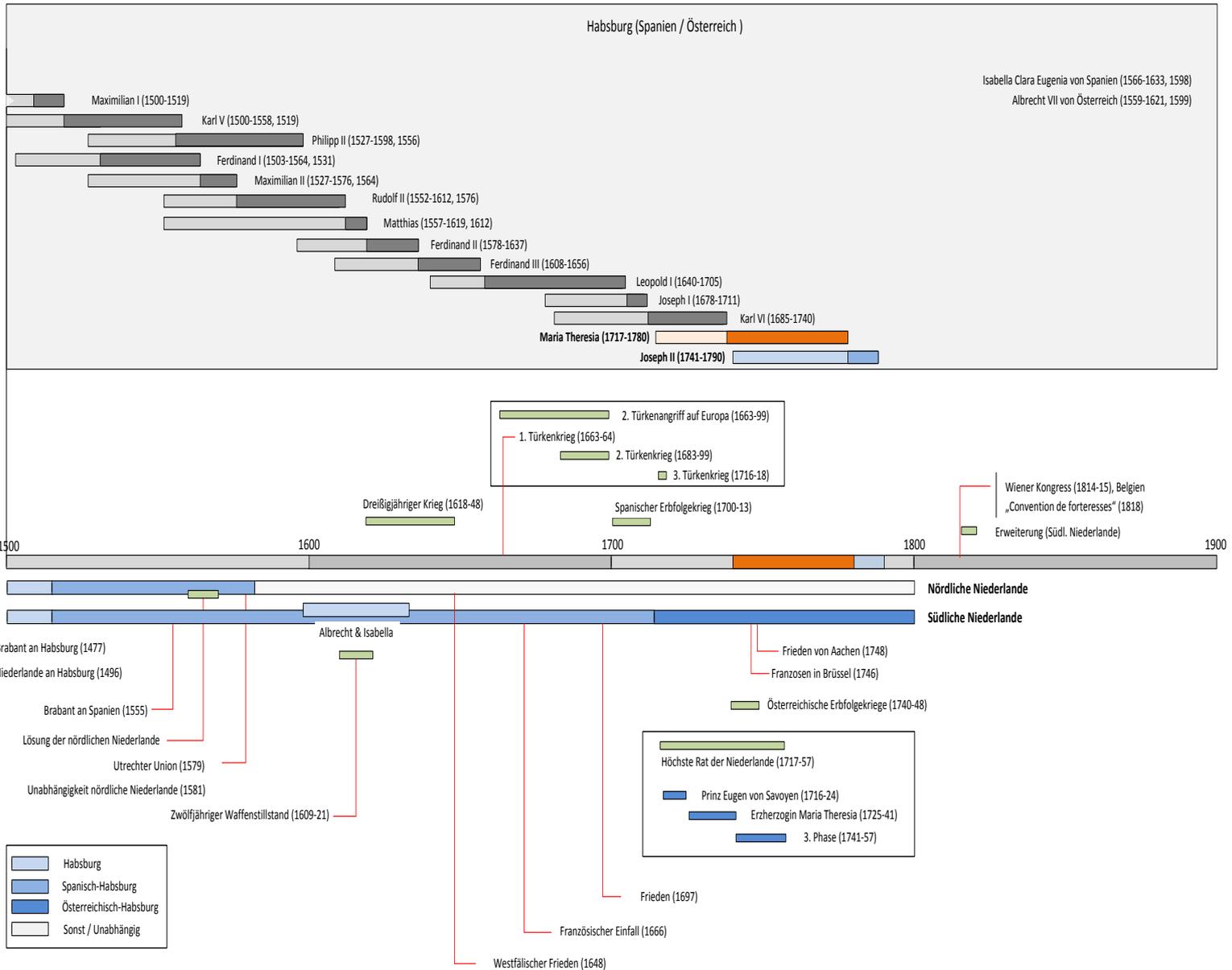


Abbildung 10 – Chronologie der Österreichischen Niederlande (1500-1900) – eigener Entwurf

Zwischen Mitte des 15. Jahrhunderts und dem 19. Jahrhundert wechselte der Herrscher über die südlichen Niederlande häufiger. Schon im Jahre 1477 fiel Brabant an das Haus Habsburg. Im Jahr 1555 wurde es weitergegeben an die spanische Linie des Hauses Habsburg. Im Jahre 1714 kam Brabant schließlich wieder unter österreichische Herrschaft.⁶⁹

⁶⁹ Gielen, Viktor: Das Eupener Land im Wandel der Zeit. Grenz-Echo-Verlag. Eupen. 1992, S. 34.

Im 15. Jahrhundert fielen die Niederlande an die Habsburger, da Kaiser Maximilian I. als Gemahl von Maria von Burgund diese erbte. 1496 fand die Hochzeit zwischen ihrem Sohn Philipp und Johanna, der Tochter Ferdinands von Aragon und Isabellas von Kastilien statt. Philipp erhielt Burgund und die Niederlande. Dieses Erbe bildete den Grundstein zu einem Reich „in dem die Sonne nie unterging“. ⁷⁰

Im Jahre 1515 kamen die Niederlande dann aber bereits an Spanien. Karl V. erbte zu dieser Zeit die Niederlande, Hochburgund, Spanien, einen Teil von Sizilien, spanische Kolonien in Amerika und das Kaiserreich Deutschland und Österreich.

Unter ihm wurden die Niederlande sowohl im Norden als auch im Süden erweitert. So bestanden sie schließlich bereits aus siebzehn Provinzen.

Diese Fläche der Niederlande entwickelte sich im Laufe der Jahrhunderte zu einem sehr beliebten Schlachtfeld innerhalb Europas und wurde so zum Spielball der Großmächte. Durch Eheschließungen oder Erbfolgekriege wechselten immer wieder die Herrscher der Niederlande. ⁷¹

Karl V. hinterließ seinem Sohn Philipp kein leichtes Erbe. Philipp II., der selber streng katholisch erzogen worden war, war es ein großes Anliegen, den Niederländern einen einheitlichen Glauben aufzuzwingen. Um dem katholischen Glauben wieder eine größere Macht zu geben, ließ er vierzehn neue Bistümer im Jahre 1559 errichten. Dies bewirkte bei den Niederländern jedoch, dass sie die Spanier immer mehr als fremde Unterdrücker ansahen, gegen die sie sich auflehnen wollten. Den Kampf gegen die Spanier führten die sieben Nordprovinzen, deren Mehrheit protestantisch war, an. Diese hatten sich 1579 in der Utrechter Union zusammengeschlossen und erklärten zwei Jahre später dann ihre Unabhängigkeit. ⁷² Sie nannten sich von nun an Republik der Vereinten Provinzen. Diese stimmen vom Gebiet her in etwa mit dem der heutigen Niederlande überein.

Die anderen zehn verbliebenen - südlich gelegenen Provinzen – hingegen blieben weiterhin unter spanischer Herrschaft. Sie wurden zu dieser Zeit katholische oder spanische Niederlande genannt. ⁷³

Die spanische Herrschaft wurde für einige Jahre durch österreichische Herrschaft unterbrochen. Am 6. Mai 1598 schenkte der spanische König Philipp II. seiner Tochter Isabella die Niederlande. Diese Schenkung sollte allerdings erst nach der Heirat mit dem österreichi-

⁷⁰ Minke, Alfred: Habsburg in Limburg. Grenz-Echo Verlag. Eupen. 2006, S. 7.

⁷¹ Blaise, Pierre; Desmarets, Alain; u.a. (Hrsg.): Belgien verstehen. 4. Auflage. De Boeck. Ligue des Familles – Bund der Familien. Brüssel. 2009, S. 4.

⁷² Minke: Habsburg in Limburg, S. 13.

⁷³ Blaise: Belgien verstehen, S. 4.

schen Erzherzog Albrecht in Kraft treten. Ihre Vermählung fand am 18. April 1599 statt. Im Anschluss daran nahmen Albrecht und Isabella die Regierung der Niederlande auf. Unter ihrer Herrschaft gelang es die unabhängigen Nordprovinzen wieder zurückzuerobern.

1609 wurde zwischen Albrecht und den Generalstaaten (die sieben Nordprovinzen) ein zwölfjähriger Waffenstillstand geschlossen. Seit vierzig Jahren herrschte nun zum ersten Mal wieder Frieden. Nun konnte auch der Wiederaufbau des verwüsteten Landes in Angriff genommen werden. Die Wirtschaft konnte sich nach einiger Zeit erholen und der erzherzogliche Hof wurde zu einem glänzenden kulturellen Mittelpunkt des Landes.

Albrecht und Isabella setzten sich auch besonders für die katholische Gegenreformation ein, die durch das Konzil von Trient (1545-1563) eingeleitet worden war. Es entstanden zahlreiche neue Ordensniederlassungen. Eine davon wurde 1543 gegründet und nannte sich Gesellschaft Jesu. Dieser kam besonders im Bildungswesen eine große Bedeutung zu. Auch die Universität Löwen wurde von Grund auf reformiert.

Nach dem Tod von Erzherzog Albrecht am 13. Juli 1621 ging diese Blütezeit allerdings schnell zu Ende. Erzherzogin Isabella war von ihrer Trauer überwältigt und vernachlässigte von nun an die Regierungsgeschäfte. Schließlich starb auch sie am 1. Dezember 1633. Im Anschluss daran kamen die niederländischen Provinzen wieder unter spanische Herrschaft. Dies stellte sich als schwere Zeit dar, „denn einer großen Kulturblüte standen eine stets auffälliger militärische Schwäche und eine dramatische Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse gegenüber“. ⁷⁴

Die Regierung der südlichen Niederlande wurde nun häufig von unfähigen Statthaltern übernommen.

Im Jahre 1648 wurde im Westfälischen Frieden festgelegt, dass König Philippe IV. die volle Unabhängigkeit der Generalstaaten anerkennen und diesen Teile Zeelands, Brabants und das Gebiet um Maastricht überlassen musste.

Die Herrschaft der Spanier dauerte eine relativ lange Zeit an, jedoch waren sie kaum in der Lage, die niederländischen Besitzungen zu verteidigen. Als Truppen der Generalstaaten die limburgischen Overmaaslande besetzten, konnten die Spanier nur tatenlos zuschauen. Bis 1661 zogen sich die Verhandlungen um die Niederlande hin. Schlussendlich kam es dann zu einer Teilung der Grafschaft Dathem sowie der Herrschaften Rolduc und Valkenburg zwischen der spanischen Krone und den Generalstaaten.

⁷⁴ Minke: Habsburg in Limburg, S. 13ff.

Unter den immerwährenden Kämpfen hatte besonders die Landbevölkerung zu leiden. Die Söldner der militärischen Truppen lebten auf ihre Kosten. Sie beschlagnahmten Vieh, Getreide, Futter für die Pferde, Kleidung, Möbel, Geld, etc.

Durch die Soldaten waren Hungersnöte und eingeschleppte Krankheiten an der Tagesordnung. Außerdem zogen Räuberbanden durch das Land, die versuchten, den Menschen ihr letztes Hab und Gut zu nehmen.

Erst während einer kurzen Kampfpause, konnten die Bauern ihr zerstörtes Feld wieder aufbauen und neu besähen. In dieser Zeit regten sich Handel und Gewerbe erneut, bis es zu einem weiteren Kriegsausbruch kam.

In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts stellte besonders der neue französische König, Ludwig XIV., für Spanien einen übermächtigen Feind dar. Dieser hatte sich als Ziel genommen, den Rhein als natürliche Grenze zwischen Frankreich und dem Norden und Osten zu verwenden. Um dies erreichen zu können, musste er die spanischen Niederlande erobern. Am 9. Mai 1666 fiel ein französisches Heer mit 50.000 Mann in den Süden der Niederlande ein. Und erneut wurden die zehn „katholischen Provinzen“ zum Schlachtfeld Europas und das über einen Zeitraum von fast 30 Jahren.

Für die Bevölkerung bedeutete das ein unglaubliches Elend. Morde, standrechtliche Hinrichtungen, Plünderungen und Brandschatzungen waren an der Tagesordnung. Erst im Jahre 1697 wurde der Frieden unterzeichnet. Die spanischen Niederlande waren nun aber nur noch ein Schatten ihrer früheren Erscheinung. Das Land und seine Bevölkerung hatten extrem unter den langjährigen Kämpfen gelitten.

Nun herrschte für die nächsten drei Jahre erneut Frieden. Als im November 1700 jedoch Karl II. verstarb, entbrannten die Streitigkeiten erneut. Sowohl Ludwig XIV. als auch der deutsche Kaiser machten sich Hoffnungen, den spanischen Thron mit ihrem jeweiligen Kandidaten besetzen zu können. Der spanische Erbfolgekrieg dauerte bis 1713 an und zog die Franzosen, Kaiserliche, Niederländer und Engländer immer tiefer in den Krieg.⁷⁵ Im Mai 1706 mussten die französischen Truppen bei Ramillies eine Niederlage einstecken. Die Stände von Flandern und Brabant kannten Erzherzog Karl von Österreich als ihren neuen Landesherren an.⁷⁶ 1711 verstarb unerwartet Kaiser Joseph I. der Habsburger, sodass seinem jüngeren Bruder, der bereits König von Spanien war, als Karl VI. die Kaiserwürde übertragen wurde. Wegen des Westfälischen Friedens von 1648, der bestimmte, dass gleichberechtigte Territorien bestehen mussten, damit die bestehende Ordnung garantiert werden konnte, gab

⁷⁵ Minke: Habsburg in Limburg, S. 17ff.

⁷⁶ Erbe, Michael: Belgien. Niederlande. Luxemburg. Geschichte des niederländischen Raumes. Verlag W. Kohlhammer. Stuttgart. Berlin. Köln. 1993, S. 167ff.

Karl VI. seine Bemühungen um seine Ansprüche in Spanien auf. Trotzdem konnte das Haus Habsburg durch die Friedensverhandlungen eine enorme Machterweiterung aufweisen. Neben Mailand, Neapel, Sardinien, den toskanischen Präsidien, Mantua und Mirandola waren auch die Spanischen Niederlande ein wichtiger Teil des alten burgundischen Erbes. Das Gebiet der damaligen Spanischen Niederlande umfasste ungefähr den Raum des heutigen Belgiens und Luxemburg, ausgeschlossen davon war das Fürstbistum Lüttich. Um dies etwas genauer zu formulieren: Das Herzogtum Brabant, Geldern, Limburg und Luxemburg und die Grafschaften Flandern, Hennegau und Namur und die Herrschaften Mecheln, Tournay und Tournay-Tournais gehörten zu den Spanischen Niederlanden. Diese wurden nun

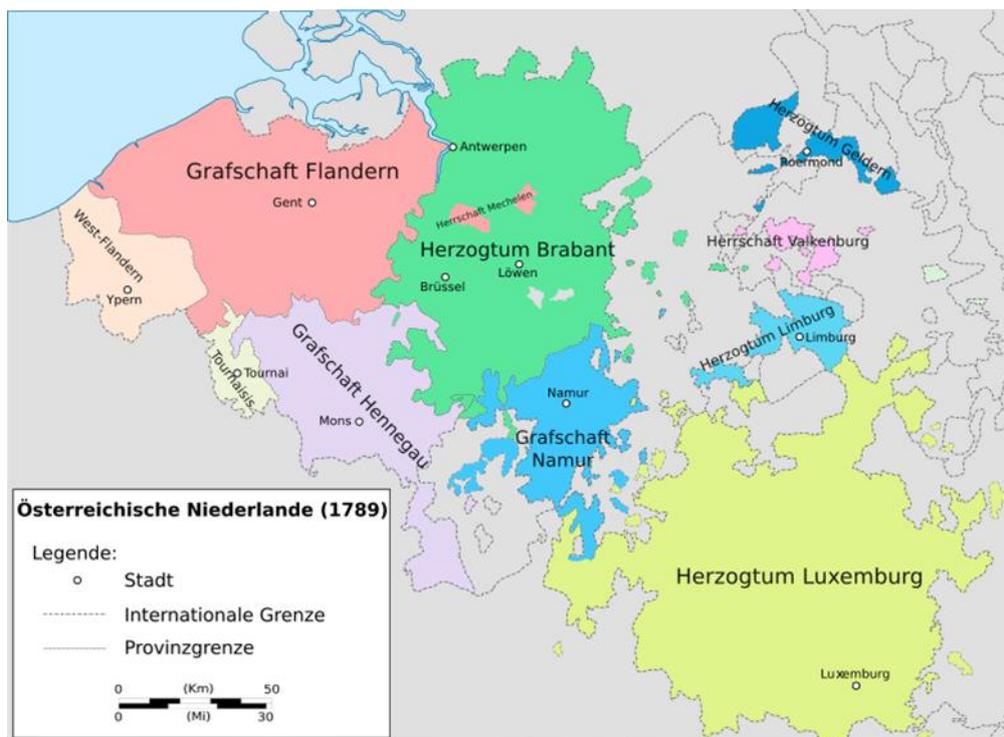


Abbildung 11 – Grafschaften, Herzogtümer und Herrschaften der Österreichischen Niederlande (1789) ⁷⁷

unter der Herrschaft Karls VI. als Österreichische Niederlande bezeichnet. Diese Territorien besaßen aber ihre eigenen Privilegien, Gebräuche und Gesetze. Der Landesherr musste geloben, dass er diese auch weiterhin aufrechterhalten würde und dies auch von den Ständen überwacht werden konnte. Die Gebiete wurden also zu dieser Zeit lediglich durch die Legitimität des Herrschers vereint.

Diese wieder errungenen Gebiete sicherten Österreich die Vormachtstellung auf der Apenninhalbinsel. Die Habsburgermonarchie erlangte so imperiale Dimension. Es gab eine Ent-

⁷⁷ Abbildung in: http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Carte_montrant_les_Pays-Bas_autrichiens_et_leurs_provinces,_tels_qu%27en_1789_de.svg (download: 15.01.2014).

wicklung Richtung Staatswerdung. Dafür war es allerdings nötig Reformen durchzuführen und die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die sich sowohl am Mittelmeer als auch an der Nordsee ergaben, zu fördern und neue Strukturen zu erschaffen nach dem Vorbild der merkantilistischen Prinzipien. Diese Maßnahmen erleichterten den Weg, den später auch Maria Theresia mit ihren Reformen im politischen, wirtschaftlichen und administrativen Bereich einschlagen würde.⁷⁸

3.3 Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande

3.3.1 Zur Zeit Karls VI.

Zwischen 1700 und 1714 herrschte ein andauernder Krieg in Europa, wegen dem Erbe des spanischen Habsburgers Karl II. Durch den Frieden von Rastatt wurden die Verhandlungen zwischen Frankreich und Karl VI. endlich abgeschlossen. Karl VI. erkannte schließlich, dass seine Ansprüche, die er jahrelang verteidigt hatte, nicht mit dem Konzept der europäischen Mächte unter einen Hut zu bringen waren. Kaiser Leopold I. hatte seinen Sohn Karl schon früh darauf vorbereitet, dass er einmal der Erbe der spanischen Länder sein würde. Deshalb fühlte Karl VI. sich zur Erbfolge legitimiert, obwohl das Testament des spanischen Königs etwas anderes vorsah, nämlich den französischen Prätendenten Philipp von Anjou. Durch die Friedensverhandlungen bekam die Habsburgermonarchie nun aber, wie erwähnt, Mailand, Neapel, Sardinien und die Spanischen Niederlande, die nun umbenannt wurden in die Österreichischen Niederlande, dabei handelte es sich um die südlichen niederländischen Provinzen: Zehn Provinzen, die eigene Gesetze und Privilegien besaßen, die sie auch eisern verteidigten.⁷⁹

Die Österreichischen Niederlande bestanden aus verschiedenen zusammengefassten Territorien, die aber keine wirkliche Einheit bildeten. Sie hatten ihre eigenen Privilegien, Gesetze, Gebräuche und Verfassungen. Dabei vermischten sich monarchische und aristokratische und republikanische Aspekte. Der jeweilige Herrscher musste schwören, dass er diese Privilegien aufrechterhalten würde. Die reichste Provinz war Brabant, denn dort befand sich das gesamte Vermögen Brüssels. Außerdem waren hier die Beschränkungen des jeweiligen Herrschers besonders streng geregelt. Es gab drei wichtige Besitztümer. Dies war zum einen

⁷⁸ Zedinger, Renate: Migration und Karriere. Habsburgische Beamte in Brüssel und Wien im 18. Jahrhundert. Böhlau Verlag. Wien. Köln. Weimar. 2004, S. 13.

⁷⁹ Zedinger: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795), S. 15ff.

ein schriftliches Dokument aus dem Jahre 1356, das „Joyeuse Entrée“. Hierin wurde die Einflussbreite des Herrschers limitiert.⁸⁰ Der legitime Landesherr musste im Rahmen der Inaugurationszeremonien geloben, dass er diese Privilegien und Gesetze nicht anfechten würde. Nur in Brabant wurde dies auch schriftlich fixiert. Die Einhaltung der darin verfügten Rechte oblag dem „Conseil de Brabant“, das direkt dem Statthalter unterstand.⁸¹ Zum zweiten gab es die Ratsversammlung in Brabant, die, wie die französischen „parlements“, Gesetzesentwürfe, die von der Regierung aufgestellt wurden, abweisen konnten. Über den provinziellen Ratsversammlungen stand der Staatsrat, dieser stellte das bedeutendste Gremium dar, aber dennoch musste er häufig mit den provinziellen Autoritäten zusammenarbeiten.⁸²

Karl VI. sah diese dazugewonnenen Gebiete als Rest seines spanischen Erbes an. Sie stellten aber die neue österreichische Vormachtstellung dar, die sie nun auf der Apenninenhalbinsel besaßen, aber dennoch war dies auch ein Schritt zurück zu der Situation, wie sie unter Maximilian I. bestanden hatte. Die Habsburgermonarchie erhielt eine imperiale Dimension. Durch diese politischen Entwicklungen waren Reformen bitter nötig. Und auch wirtschaftlich gesehen entwickelte sich zu dieser Zeit extrem viel weiter. Besonders am Mittelmeer und am Atlantik entstanden neue Märkte, neue Produkte wurden sowohl importiert als auch exportiert und neue Strukturen ermöglichten die Rückkehr zu traditionellen merkantilistischen Prinzipien. Karl VI. betrauerte sein Leben lang sein fehlendes spanisches Erbe und war weiterhin der Meinung, dass er der rechtmäßige Erbe sei.

Durch die spanischen Habsburger war die politische Verwaltung in den Niederlanden folgendermaßen aufgebaut worden: Der Landesherr wurde im Land selbst durch den „Gouverneur général“, das heißt den Statthalter repräsentiert. Im Vertrag von Arras wurde bereits im Jahr 1579 festgelegt, dass der Statthalter ein Mitglied des Königshauses sein musste. Der Statthalter schickte Berichte nach Madrid, in das extra eingerichtete „Consejo Supremo de Flanders y de Borgoña“, wodurch der Landesherr über das politische Geschehen auf dem Laufenden gehalten wurde. Außerdem gab es den „Conseil collatéraux“, die Kollateralräte, die den Statthalter in seiner Ausübung der Regierungsgeschäfte tatkräftig unterstützten. Die Kollateralräte bestanden wiederum aus dem „Conseil d’Etat“, dem Staatsrat, dem „Conseil privé“, das heißt dem Geheimen Rat und dem „Conseil des finances“, dem Finanzrat. Im 17. Jahrhundert wurde der „Secrétaire d’Etat et de Guerre“, der Staats- und Kriegssekretär, als besondere Vertrauensstellung eingerichtet. Er hatte die Aufgabe den abwesenden Landesherrn zusätzlich zu informieren und Vermittlerdienste zwischen dem Statthalter und den Kol-

⁸⁰ Beales, Derek: Joseph II. Against the World 1780-1790. Bd. 2. Cambridge. New York. Melbourne (u.a.). Cambridge University Press. 2009, S. 137.

⁸¹ Zedinger: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795), S. 15ff.

⁸² Beales: Joseph II. Against the World 1780-1790, S. 137.

lateralräten zu übernehmen. Im 18. Jahrhundert wurden diese Funktionen dann zum Teil auf den Obersthofmeister übertragen.

Durch die Neuordnung der europäischen Mächte verloren die belgischen Provinzen ihr Verwaltungszentrum. Dies versuchte nun der Wiener Hof neu zu organisieren. Deshalb mussten sich die belgischen Provinzen von nun an nicht mehr an Madrid, sondern an Wien wenden.

In den Österreichischen Niederlanden gab es in den Provinzen Brabant, Limburg, Luxemburg und Geldern einen Herzog, der die Herrschaft übernahm und die Territorien die Legitimität und Herrschaft zusammenhielt in Flandern, Namur und Hennegau einen Grafen und einen Seigneur in Mecheln, Tournai und Tournai-Tournaisis. Die Österreichischen Niederlande stellten auf folgendem Grund einen Sonderfall dar: Die Stände hatten ihre Rechte und Privilegien über Jahrhunderte hinweg bewahrt und forderten später auch von den folgenden Herrschern bei ihrem Herrschaftsantritt, dass sie diese einhalten mussten.⁸³

Der Höchste Rat der Niederlande „Conseil Suprême des Pays-Bas“

Im Jahr 1717 wurde der Höchste Rat der Niederlande, der „Conseil Suprême des Pays-Bas“ gegründet. Bis ins Jahr 1757 blieb dieser bestehen. Diese Zeit kann man in drei Phasen einteilen: die erste Phase ist in etwa deckungsgleich mit der Statthalterschaft Prinz Eugens von Savoyen, von Juni 1716 bis Dezember 1724, während der zweiten Phase war Erzherzogin Maria Elisabeth Statthalterin der Niederlande. Dies war von September 1725 bis August 1741 der Fall. Die zweite Phase kann als Beginn einer strukturellen behördlichen Konsolidierung in Brüssel und in Wien angesehen werden. Dennoch kann der Höchste Rat der Niederlande seinen Kompetenzbereich erst nach dem Abgang von Marquis de Prié wirklich nutzen. Und schließlich die dritte Phase, die bis zum 1. April 1757 andauerte, bis zur Auflösung des Höchsten Rates der Niederlande. Diese Phase war besonders durch den Präsidenten Sylva Tarouca geprägt. Dieser musste letztendlich aber Kaunitz gegenüber klein bei geben.

Vor der Einrichtung des Höchsten Rates der Niederlande, hatte man lange Zeit darüber diskutiert, welche Möglichkeit die beste sei, die Österreichischen Niederlande zu verwalten. Schließlich entschloss sich der Kaiser auf altbewährtes zurückzugreifen, so wie die spanischen Habsburger dies gehandhabt hatten. In Wien wurde daraufhin eine Behörde eingerichtet, die sich ausschließlich mit den Angelegenheiten der niederländischen Provinzen befass-

⁸³ Zedinger: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795), S. 15ff.

te. Zu Beginn war die Benennung des Höchsten Rates nicht einheitlich. So ist häufig von einem „Höchsten Rat von Flandern“, „Höchsten Flandrischen Rat“ oder eben auch dem „Höchsten Rat der Niederlande“ zu lesen. Als Karl von Lothringen die Statthalterschaft im Jahre 1744 übernahm und sich das Französische als Kanzleisprache durchsetzte, wurde die Bezeichnung als „Conseil Suprême des Pays-Bas autrichiens“ am populärsten.

Im kaiserlichen Grunderlass vom 1. April 1717 ist nachzulesen, dass der Höchste Rat der Niederlande von zehn Personen geleitet wurde. Es gab vier Räte, davon sollten zwei auf jeden Fall aus den belgischen Provinzen stammen. Und zusätzlich gab es vier bis sechs Sekretäre und Kanzlisten. Die Anzahl variierte je nach Bedarf. Der Präsident des Höchsten Rates der Niederlande war außerdem auch für die italienischen Gebiete verantwortlich.⁸⁴

„[...] Depuis l'établissement des deux conseils suprêmes des Pays-Bas et d'Italie en 1717 ces dicastères ont eû et doivent avoir chacun une caisse particulière, parce que les derniers de leur dotation leur étant fournie par les revenus des respectives provinces, il falloit necessairement un depôt pour les recevoir et pour les employer ensuite à leur destination. C'étoit le président qui, d'après l'autorisation générale ou les ordres particuliers du souverain, donnoit les mandants pour tous les paiements à faire, et c'étoit à lui qu'on rendoit compte aussi de cette gestion [...]“⁸⁵.

Als wichtigstes Beratungsgremium darf die Geheime Konferenz aber nicht außer Acht gelassen werden. Erst seit dem Jahr 1721 war es durch die Konferenzordnung erlaubt, dass der Präsident des Höchsten Niederländischen Rates, des Spanischen Rates und auch der Böhmisches Hofkanzlei zu den Beratungen hinzugezogen werden konnte. Der Herrscher konnte sich außerdem vertrauenswürdige Persönlichkeiten an die Seite stellen, die ihn bei seinen Entscheidungen berieten. So konnte er auch die zuständigen Kanzleichefs und höchsten Hofbeamten bei der Entscheidungsfindung übergehen. Dadurch wird deutlich, welchen großen Einfluss u.a. Prinz Eugen besaß.

Der Höchste Rat der Niederlande hatte die Aufgabe sich mit allen niederländischen Angelegenheiten auseinanderzusetzen, mit Ausnahme von den rein militärischen Angelegenheiten, denn diese wurden ausschließlich vom Hofkriegsrat behandelt. Die Wahl Kaiser Karls VI. fiel auf Prinz Eugen von Savoyen, einem Franzosen, da die Österreichischen Niederlande nun einmal lange Zeit unter spanischer Herrschaft gestanden hatten und die nun Österreichischen Niederlande durch einen spanischen Präsidenten an ihrer Spitze legitim repräsentiert wurden. Trotzdem sollten von den vier Ratsherren jeweils zwei direkt aus den Österrei-

⁸⁴ Zedinger: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795), S. 30-31.

⁸⁵ Zitiert nach Renate Zedinger: HHStA. Belgien DD A. Vorträge. Fasz. II. fol. 271lr + v.

schen Niederlanden stammen, da diese mit den speziellen Situationen vor Ort vertraut waren. Die beiden Ratsherren, die als erstes dazu auserwählt wurden, waren Jean Remacle de Thisquen und Goswin Arnould de Wynants. Für sie veränderte sich in der Regel nicht viel, da sie bereits seit 1716 an den Beratungen zur Schaffung von notwendigen Verwaltungsstrukturen teilnahmen. Die Posten der beiden anderen Ratsherren gingen an Johann Christoph Penterrieder, Freiherr von Adelshausen und Pedro Vicente Graf von Oropesa. Auch diese beiden waren bereits erprobte Beamte im kaiserlichen Dienst. Zum Sekretär der Behörde wurde Antoine François de Kurtz ernannt. Er war bereits seit 1711 im Amt als Expeditionssekretär für die niederländischen Angelegenheiten. In der Bezahlung gab es allerdings einen großen Unterschied zwischen den Beamten in Wien und denen in Brüssel. So war es kein Wunder, dass es zwischen ihnen über kurz oder lang zu Konflikten kam, da die Wiener Beamten eindeutig bevorzugt wurden.⁸⁶ In Wien reagierte man darauf folgendermaßen:

„ [...] ne pouvant, ni devant y avoir aucune raison valable, pour laisser si longtemps sans payement un conseil, qui par toutes les raisons doit avoir la préférence devant tous les autres payements, tels qu'ils puissent être, à l'exception de celui de mes troupes, ainsi que je l'ai déclaré, et ordonné si souvent, et avec tant de précision, et ainsi, que je le déclare, et nouveau bien positivement et le Marquis de Prié vous donnera sans delai part d'avoir ponctuellement executé ce que dessus; car telle est ma volonté absolue [...]“⁸⁷ .

Auch die Vorgaben für den Höchsten Rat der Niederlande orientierten sich am spanischen Vorbild. In den Instruktionen, die durch vierundzwanzig Artikel zusammengefasst wurden, wurde festgehalten, dass die Verwaltungsstrukturen der Österreichischen Niederlande noch nicht festgelegt waren und der diesbezügliche Geschäftsgang deshalb als interimistisch anzusehen ist. Trotzdem wurde festgehalten, dass die Privilegien, Gebräuche, Verfassungen und Gesetze der jeweiligen Gemeinden und Provinzen unangetastet einzuhalten seien. Im letzten Artikel wurde festgelegt, dass diese Instruktionen zweimal jährlich während der Ratsversammlung vorgelesen werden müssen, damit niemand sich auf Unkenntnis oder Vergessen ausreden konnte.

⁸⁶ Zedinger: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795), S. 31ff.

⁸⁷ Zitiert nach Renate Zedinger: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795), S. 32: HHStA. Belgien DD B. Fasz. rot 94b. fol. 426v. 1724 Juni 13.

Statthalter und Bevollmächtigter Minister

Prinz Eugen von Savoyen und Marquis de Prié

Joseph Lothar Graf von Königsegg übernahm seit Anfang des Jahres 1716 die Regierungsgeschäfte in Brüssel. Schon da stand fest, dass der Kaiser kurze Zeit später Prinz Eugen von Savoyen zum Statthalter der belgischen Provinzen machen würde. Als Prinz Eugen von Karl VI. als Statthalter bestimmt wurde, konnte dieser jedoch nicht direkt nach Brüssel reisen, da zu dieser Zeit der Krieg gegen die Türken herrschte und Prinz Eugen im Osten anwesend sein musste. Aus diesem Grunde wurde das Amt eines Bevollmächtigten Ministers ins Leben gerufen. Dieser sollte die Aufgaben in Brüssel übernehmen, wenn der Statthalter nicht vor Ort sein konnte. Diese Aufgabe erhielt Hercules Joseph Louis Turinetti, Marquis de Prié. Der Bevollmächtigte Minister hatte beinahe dieselbe Machtbefugnis, wie der Statthalter selbst. Aus kaiserlicher Sicht jedoch hatte er die Rolle des ausführenden Organs des Statthalters. Durch diese sehr enge Verbindung zwischen dem Bevollmächtigten Minister und dem Statthalter entstanden bereits hier Ansätze zum Machtdualismus. In den späteren Jahren wird sich dies dann so entwickeln, dass der jeweilige Statthalter und der Minister in gegensätzliche Positionen gedrängt werden und der Minister als direkter Vertreter des kaiserlichen Willens in eine Oppositions- und Bespitzelungsfunktion übernimmt.⁸⁸

Prinz Eugen wurde am 25. Juni 1716 vom Kaiser zum „lieutenat, gouverneur et capitaine général de nosdits Pais Bas“⁸⁹ ernannt. Prinz Eugen besaß die Funktion als Vermittler zwischen Kaiser Karl VI. und den Seemächten. Er erkannte, dass es sich bei dieser Außenfestung der Monarchie um eine gefährliche Stellung handelte und ein Vermittler dringend nötig war. Probleme, die gelöst werden mussten, waren zum einen die schlechte finanzielle Versorgung der Scheldensperre, die schon seit dem Jahr 1598 verhängt worden war von den Holländern und zum anderen die ungünstigen Bedingungen, die durch den geschlossenen Barrière-Vertrag von 1715 entstanden waren. Dies waren die wichtigsten Angelegenheiten, mit denen sich der neue Statthalter, Prinz Eugen, befassen musste.⁹⁰

⁸⁸ Zedinger: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795), S. 36ff.

⁸⁹ Kovács, Elisabeth (Hrsg.): Instruktionen und Patente Karls (III.) VI. und Maria Theresias für die Statthalter, Interimsstatthalter, Bevollmächtigten Minister und Oberhofmeister der Österreichischen Niederlande (1703-1744) (Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte Österreichs 20). Wien. 1993, S. 76-79.

⁹⁰ Zedinger, Renate: Kaunitz und Johann Karl Cobenzl. Zu den Zentralisierungstendenzen des Staatskanzlers im Wiener Verwaltungsapparat der Österreichischen Niederlande. 1753-1757. In: Klingenstein, Grete; Szabo, Franz. A.J. (Hrsg.): Staatskanzler Wenzel Anton von Kaunitz-Rietberg 1711-1794. Neue Perspektiven zu Politik und Kultur der europäischen Aufklärung. Andreas Schnider Verlagsatelier. Graz. Esztergom. Paris. New York. 1996, S. 197ff.

Prié war von Beginn seiner Amtszeit, als Bevollmächtigter Minister, an mitten im Geschehen und reiste nicht nach Brüssel, wie dies eigentlich vorgesehen war, sondern nach Den Haag, um dort mit den Generalstaaten neue Verhandlungen über den Inhalt und die Ausführung des Barrière-Vertrags zu führen. Die Stände von Brabant und Flandern hatten wenige Wochen vorher auf die Missstände aufmerksam gemacht und verlangt, dass der Vertrag neu verhandelt werden solle. Ansonsten sahen sie keine Möglichkeit zur Durchführung der Inauguration des neuen Landesherrn und der damit verbundenen Akzeptanz der „Joyeuse Entrée“. Prié gelang es in zeitaufwändigen Verhandlungen die Stände zu besänftigen. Allerdings handelte es sich bei ihren Abkommen teilweise auch um leere Versprechungen. Durch diese Verhandlungen verzögerte sich seine Ankunft in Brüssel, wo er schließlich die belgischen Geschäfte, übernahm bis Mitte November 1716. In Brüssel selbst hatten sich auch einige Aufgaben angesammelt, da Graf Königsegg die Anweisung des Kaisers bekommen hatte, dort alles so zu belassen, wie er es vorfände. Aus diesem Grund bestanden bei Eintreffen Priés in Brüssel nur noch Reste einer ordnungsgemäßen Verwaltung, wie sie einst unter spanischer Herrschaft bestanden hatte. Die einzige Behörde, die ihre Arbeit in der Zwischenzeit noch nicht abgelegt hatte, war ein Rat, der ehemals von den Seemächten eingeführt worden war und sich überwiegend mit Finanzangelegenheiten beschäftigte. Dieser Rat besaß juristisch geschulte Beamte, die sich auch mit den örtlichen Verhältnissen sehr gut auskannten und nun dem Minister zur Hand gehen konnten. Der Kaiser hatte dem Bevollmächtigten Minister außerdem ein Regierungsgremium an die Seite gestellt, das „Jointe du Gouvernement“. Diese wurde aus den Spitzen der Geistlichkeit und des Militärs sowie aus den juristisch geschulten, höheren Beamten gebildet. Der Adel zeigte sich deutlich erbost über diese Zusammensetzung. Dies erschwerte die Arbeitsbedingungen deutlich. In diesem Gremium hatte nun Prié den Vorsitz. Die Aufgabe der Konferenz war allerdings nur eine beratende Funktion in allen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Angelegenheiten. Für die Justizangelegenheiten blieben weiterhin der „Große Rat von Mecheln“ und die dafür bestimmten Provinzräte zuständig. Da es im „Jointe du Gouvernement“ immer wieder zu Streitigkeiten kam, setzte Prié sich dafür ein, dass zwei Gremien entstanden, die voneinander unabhängig waren. Dies gelang ihm auch. Der „Jointe du Gouvernement“ war, wie bisher auch, für die allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten zuständig und neu ins Leben gerufen wurde ein Ratskollegium, bestehend aus den abgezogenen Ratsherren Van der Haghen, de Grouff und G.A. de Wynants. Dieses Ratskollegium sollte sich je nach Bedarf zusammenfinden.⁹¹

Eine weitere Schwierigkeit war, dass die Mitglieder der Kollateralräte geringe Einnahmen hatten und deshalb noch andere Arbeiten annehmen mussten und häufig durch Abwesen-

⁹¹ Zedinger: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795), S. 36ff.

heit glänzten. Aus diesem Grunde wurden wichtige Entscheidungen häufig erst lange Zeit später getroffen.⁹²

Schließlich entschied sich der Kaiser für eine „anjouische“ Variante. Im kaiserlichen Dekret steht dazu folgendes:

„[...] Nous avons trouvé bon & reolu de former & établir dans nos dites provinces un seul conseil, sous le nom de Conseil d’Etat, Privé & Finances, qui y étoient ci-devant établis. Dans ce Conseil d’Etat seront traitées toutes les affaires du Gouvernement Politique & économique, de Justice Supérieure, Police, Grâces, Finances & généralement tout ce qui passé étoit traité dans les dits trois anciens Conseils Collatéraux [...]“⁹³.

Die Bezahlung wurde auf siebentausend Gulden pro Jahr neu festgelegt, allerdings ohne zusätzliche Bezüge in Form von Naturalien. Dies stieß bei den Amtsinhabern auf Widerstand. Jahrelang kam es zu zahlreichen Beschwerden, bis man schließlich die Naturalien auch genehmigte.

Der neu geschaffene Rat, neben der Jointe du Gouvernement, nannte sich „Brüsseler Staatsrat“ oder „Conseil d’Etat“. Er sollte den Weg ebnen hin zur Zentralisierung der Verwaltung und außerdem dem Statthalter und dessen Stellvertretern die Arbeit erleichtern. Jedoch half der neu gegründete Rat nicht dabei. Ein Grund dafür könnte die mangelnde Ausbildung der Beamten gewesen sein. Da Prinz Eugen zunächst wegen dem Krieg gegen die Türken und später dann wegen innenpolitischen Komplikationen nie selber vor Ort war, waren er, der Bevollmächtigte Minister und die Beamten auf sich alleine gestellt. Und so kam es, dass zu klärende Probleme in den Bereichen Verwaltungsreform, Normalisierung der Lebensbedingungen, Ordnung der Finanzen und Entwicklung der Wirtschaft größtenteils auf der Strecke blieben.⁹⁴

Prié hatte es in seiner neuen Stellung zwar nicht leicht, aber dennoch gelang es ihm die Inauguration von Karl VI., die schon seit zwei Jahren überfällig war, in allen Landesteilen abzuwickeln und die Huldigung durch die einzelnen Stände durchzuführen:

„Le Marquis de Prié reçut le serment de fidélité à Bruxelles le 11 octobre des Etats de Brabant et de Limbourg, et à Gand le 18 du meme mois des Etats de Flandres; le Prince de Rubempré à Mons des Etats de Hainaut; le Comte de

⁹² Zedinger: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795), S. 45ff.

⁹³ Zitiert nach Renate Zedinger: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795), S. 46: HHStA. Belgien DD B. Fasz. rot 176a. fol. 60r-64r. 1718 März 1729.

⁹⁴ Zedinger: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795), S. 45ff.

Lannoi à Namur des Etats de Namur, et le Président Baillet de la Province de Malines“⁹⁵ .

Im Jahr 1723 nahmen auch die Stände von Brabant, Flandern, Geldern, Hennegau, Limburg, Luxemburg und Namur und im Jahr 1724 die Stände von Mecheln, Tournay und Tournay-Tournais die Pragmatische Sanktion an. Dies war ein besonders wichtiger Schritt für die Stabilisierung der österreichischen Herrschaft über die niederländischen Provinzen.

Die wechselseitige Beziehung zwischen dem Statthalter, dem Bevollmächtigten Minister und dem Kaiser, war ein schwieriger Balanceakt. Der Statthalter wies den Minister in Brüssel an, dass er dem „Höchsten Rat“ in Wien nur gefilterte Berichte zukommen lassen solle. Der Kaiser behielt sich jedoch das Recht vor, in dringenden Angelegenheiten direkte Weisungen abzugeben. Es war eine schwierige Aufgabe für den Bevollmächtigten Minister, dass in dieser diplomatischen Zusammenarbeit zwischen Kaiser und Statthalter alles zu beider Zufriedenheit stattfand.⁹⁶

Marqués de Rialp spielte eine wichtige Rolle als spanischer Staatssekretär, da er häufig der Ansprechpartner für Prié im Falle der Abwesenheit des Prinzen Eugens war. Erst später änderte sich die Beziehung zwischen Prinz Eugen und Marqués de Rialp, als Prinz Eugen seine geheimen diplomatischen Verbindungen auch in die Österreichischen Niederlande ausbaute. Dies verschlechterte die bisher sehr vertraute Beziehung zwischen Marqués de Rialp und Prinz Eugen. Ab 1723 teilte Prinz Eugen schließlich sogar Prié, dem Bevollmächtigten Minister, mit, dass er den Meinungsäußerungen von Marqués de Rialp keine Beachtung mehr schenken solle. Der Einfluss Marqués´ de Rialp auf den Kaiser veränderte sich jedoch nicht. Er behielt das Amt als Spanischer Staatssekretär bis ins Jahr 1737 bei und blieb auch weiterhin der Mittelsmann zwischen dem „Höchsten Rat der Niederlande“ und dem Wiener Hof. Er wurde sogar noch zum Conseiller d´Etat gewählt, was seine Position zusätzlich stärkte.

In den Österreichischen Niederlanden gab es ein schwieriges Geflecht in der Verwaltung, das für Außenstehende nur schwer zu durchschauen war. Die Amtsträger dort waren beeinflusst durch ihr persönliches Machtstreben, aber auch durch freundschaftliche und verwandtschaftliche Beziehungen. Die Einflussmöglichkeiten jedes einzelnen waren dadurch nicht transparent. Hinzu kamen die intrigreichen Verhältnisse, die in Brüssel herrschten. Durch

⁹⁵ Zitiert nach Renate Zedinger: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795), S. 36: A.G.R., CAPB. Fasz. 961. Chap. 58. P. 64-65: Inauguration solennelle de l'Empereur Charles VI. faite aux Pays-bas en 1717.

⁹⁶ Zedinger: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795), S. 38ff.

diese Hintergrundereignisse scheiterte schließlich Prié an seinem Vorhaben und auch Prinz Eugen resignierte nach nur wenigen Jahren.⁹⁷

Statthalterin Maria Elisabeth

Im Dekret vom 11. Dezember 1724 teilte Karl VI. dem „Höchsten Rat“ in Wien mit, dass er seine Schwester Erzherzogin Maria Elisabeth zur Statthalterin der Österreichischen Niederlande machen würde. Sie machte ihre Sache sehr gut und die politische Lage in den belgischen Provinzen konnte sich beruhigen. Außerdem begann durch sie eine Periode der administrativen Konsolidierung. In diesem Bereich stellte sich heraus, dass die Provinzen sogar in einer gewissen Art und Weise Vorreiterfunktion hatten, da die administrative Konsolidierung in Wien erst im Jahr 1737 begann. Marqués de Rialp zog sich immer mehr aus der Politik zurück, so dass auch der spanische Einfluss immer mehr nachließ. Der „Höchste Rat der Niederlande“ erhielt nun eine neue Dimension. Nun begann das Streben nach Wirtschaftswachstum und einem damit erhöhten Lebensstandard.

Als Stellvertreter wurde Graf Daun eingesetzt. Er war bereits Vizekönig in Neapel gewesen zwischen den Jahren 1713 und 1719 und hatte dort seine Erfahrungen sammeln können, so dass er ein guter und erfahrener Mann für diesen Posten war. In der Zeit, als Maria Elisabeth noch mit Vorbereitungen für ihre Reise beschäftigt war und außerdem wegen der schlechten Jahreszeit nicht in die Österreichischen Niederlande reisen konnte, übernahm nun Graf Daun stellvertretend ihr Amt als Statthalter. Er reiste bereits im Februar 1725 aus Wien nach Brüssel kümmerte sich um die Regierungsgeschäfte und richtete dort bereits den erzherzoglichen Haushalt ein.

Die Ernennung Maria Elisabeths als Statthalterin entsprach ganz den spanischen Traditionen. Außerdem wurde, wie im Vertrag von Arras aus dem Jahr 1579 festgehalten, ein Vertreter des Herrscherhauses an die Spitze der Brüsseler Hofhaltung gesetzt. Auch auf die Zeremonie bereitete man sich umfassend vor. Daun erhielt die Aufgabe in den niederländischen Archiven Dokumente aus dem 16. und 17. Jahrhundert herauszusuchen und diese nach Wien zu schicken. Mit Hilfe dieser Unterlagen entwarfen der „Höchste Rat“ und das „Spanische Staatssekretariat“ Instruktion und Geheiminstruktion für die Statthalterschaft Maria Elisabeths. Sie hatte nun eine ähnliche Position, wie frühere spanische Statthalter. Das bedeu-

⁹⁷ Zedinger: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795), S. 40ff.

tet, dass sie den Kaiser repräsentierte und auch in seinem Namen unterschreiben und siegeln konnte.⁹⁸ Der Kaiser schrieb diesbezüglich:

„Je veux que la sérénissime Archiduchesse, aussitôt qu’elle sera transportée aux Pays-Bas, y jouisse des prérogatives et y exerce l’autorité dont jouirent et qu’exercèrent les sérénissimes infantes d’Espagne qui furent appelés au gouvernement de ces provinces par les Seigneurs rois d’Espagne, de la maison d’Autriche, mes glorieux prédécesseurs“⁹⁹ .

Da nun Maria Elisabeth persönlich die Statthalterschaft übernahm, entfiel die Rolle des Bevollmächtigten Ministers. Das Amt des Obersthofmeisters kam demzufolge ab nun eine größere Wichtigkeit zu. Diese wurde allmählich zu einer umfassenden Zentralstelle der Hofverwaltung. Dieses Amt erhielt nun Giulio Marchese Visconti. Er sollte Maria Elisabeth nach Brüssel begleiten und ihrer Hofhaltung vorstehen. Welche Machtbefugnisse er aber genau hatte, ist unklar, da weder in Wien noch in Brüssel seine Instruktionen gefunden wurden. Sehr wahrscheinlich sind sie dem verheerenden Feuer im Königspalast zum Opfer gefallen. Eins ist allerdings klar, dass er es verstand, sich mit dem agierenden Adel zu verbinden, um so seine Einflussmöglichkeiten zu vergrößern. Am 28. November 1725 wurde außerdem festgelegt, dass der Obersthofmeister nun auch die Kontrolle über die, in den Kollateralräten zu treffenden Entscheidungen, hatte. Am 17. Dezember 1727 wurde ihm erlaubt, dass er eine eigene Kanzlei einrichten durfte, die die gesamte diplomatische Korrespondenz abwickelte.

Als die Österreichischen Niederlande erneut zum Angelpunkt der europäischen Diplomatie wurden und im Handel mit England eine wichtige Rolle spielten, war es wichtig einen erfahrenen Diplomaten als Obersthofmeister einzusetzen. So wurde Graf Harrach zum Nachfolger Viscontis auserkoren. In einer Depesche vom 20. Dezember 1732, die vom Kaiser persönlich unterzeichnet wurde, erfährt die Statthalterin von der Ernennung Graf Harrachs zum neuen Obersthofmeister. Mit seiner neuen Position war ihm eine weitgehendere Vollmacht eingeräumt, denn Graf Harrach erhielt von Maria Elisabeth auch Einflussnahme auf militärische Angelegenheiten.¹⁰⁰

Als Graf Harrach seinen Posten antrat, war die politische und wirtschaftliche Situation in den belgischen Provinzen katastrophal. Durch den Beginn des Polnischen Thronfolgerstreits im

⁹⁸ Zedinger: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795), S. 45ff.

⁹⁹ Zitiert nach Renate Zedinger: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795), S. 45; Gachard, Recueil des ordonnances 4, III Anm. I.

¹⁰⁰ Zedinger: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795), S. 50ff.

Februar 1733 verschlechterte sich die Situation weiter. Visconti hatte die Kassen der belgischen Provinzen richtig geplündert.¹⁰¹ So schrieb Harrach an Prinz Eugen:

„[...] uns allhier auszusäckeln, alle Kassen auszuleeren und über 600.000 auf die Subsidien, 400.000 auf die moyens-courants von Flandern und sonsten viele andere Summen zum voraus anzuweisen [...]“¹⁰² .

Aus diesem Grund war man nicht in der Lage den Truppen ihren Sold zu zahlen und dies schon seit Monaten. Die Stände setzten sich dafür ein, dass die Truppen dennoch weiterhin kämpften. Nur die Löhne der Mitglieder des „Höchsten Rates“ in Wien wurden rechtzeitig gezahlt.¹⁰³

Das neue Verwaltungssystem, das im Jahr 1718 eingeführt worden war, scheiterte aber schließlich. Grund dafür war nicht nur der Widerstand des Adels, sondern auch die geringe Einflussnahme, die man dem „Conseil d’Etat“ nur zugestand. Er hatte, wie erwähnt, lediglich nur eine beratende Funktion.

Man entschied sich schließlich das alte System mit drei Kollateralräten wieder einzuführen. Diese sollten allerdings diesmal nach fachlichen Kriterien zusammengeschlossen werden. Die Namen der Gremien blieben die gleichen, wie schon zur Zeit Karls V., aber ihre Kompetenzen und Aufgabenbereiche waren komplett anders. Das Ziel war es eine Ein- und Abgrenzung der Machtverhältnisse in Brüssel zu erreichen. Wenn man nun Mitglied im „Conseil d’Etat“ war, war dies gut für den gesellschaftlichen Status. Vom Kompetenzbereich wurde dieser jedoch ziemlich eingeschränkt, genau wie der „Conseil Privé“. Die Aufgabenverteilung sollte sich so entwickeln, dass in Brüssel nur mehr beraten wurde und in Wien die letztendlichen Entscheidungen getroffen wurden. Um dies noch deutlicher zu machen, wurde das „Jointe de Cabinet“ errichtet, als beratendes Kabinetts für die Statthalterin. Mitglieder dieses Kabinetts waren der Obersthofmeister, der Oberbefehlshaber der Truppen, der Präsident des Conseil Privé, der Präsident der Rechenkammer, der Präsident des Großen Rates von Mecheln und der Kanzler von Brabant. Außerdem nahm auch der Kriegs- und Staatssekretär an den Beratungen teil, hatte jedoch keinen Einfluss auf die Entscheidungsfindung. Er verlas lediglich die zur Diskussion stehenden Schriftstücke und fasste die beschlossenen Beschlüsse am Ende der Sitzung zusammen.

Zu dieser Zeit der Neuordnung kam auch immer wieder die Idee zum Einsetzen eines Intendantenplans. Dieser besagte, dass sechs Intendanten und zehn Subdelegierte eingesetzt

¹⁰¹ Zedinger: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795), S. 60ff.

¹⁰² Zitiert nach Renate Zedinger: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795), S. 60: HHStA. Große Korrespondenz. Fasz. 88b. fol. 46r. Graf Harrach an Prinz Eugen 1733 Februar 24.

¹⁰³ Zedinger: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795), S. 65ff.

werden sollten, um die Finanzen in den Provinzen zu kontrollieren. Dagegen wehrten sich diese jedoch heftig. Sie waren der Meinung, dass es sich dabei um eine Nichteinhaltung ihrer Privilegien handelte. Doch trotz des Widerstands wurde im Jahr 1726 der „Conseil des Finances“ eingerichtet.

Graf Harrach und seine Reformversuche

Graf Harrach wurde zum Obersthofmeister gekürt, ohne die Räte um ihre Meinung zu bitten. Aus diesem Grunde war die Zusammenarbeit zwischen dem „Höchsten Rat“ in Wien und der Brüsseler Regierung zu dieser Zeit alles andere als einfach und unproblematisch. Dennoch arbeitete er sich gut in das Geschehen ein und erstellte Reform- und Einsparungskonzepte. Diese bestanden aus vierundzwanzig Punkten. Jeder einzelne war nicht besonders spektakulär, aber in ihrer Gesamtheit waren sie durchaus vielversprechend. Unter anderem wollte er die militärischen Ausgaben einschränken und effizienter nutzen. Prinz Eugen setzte sich immer wieder für Harrach ein, doch auch dies konnte die gespannte Situation nicht lockern. Dies geschah erst nach dem Abschluss des dritten Wiener Vertrages. Erst ab dieser Zeit konnten die längst überfälligen Reformen in Angriff genommen werden. Es sollte neben den finanziellen Einsparungen auch einige Personalveränderungen und Umstrukturierungen geben. Der Kaiser befürwortete dieses Konzept. Nun griff der „Höchste Rat“ in Wien aktiv in die Regierungsgeschäfte der Österreichischen Niederlande ein. Durch die Reformen wurde das „Bureau de régie des droits d'entrée et sortie“ neu errichtet und dem „Conseil des Finances“ unterstellt. Das hatte einen wesentlichen Anteil am wirtschaftlichen Aufschwung, der in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts von statten gehen sollte.

Der Stellenwert der Österreichischen Niederlande für Wien änderte sich nun langsam.¹⁰⁴

3.3.2 Zur Zeit Maria Theresias

Durch den Machtwechsel gab es im Behördenapparat der Österreichischen Niederlande auch personelle Veränderungen. Vicomte de Roccaberti, der jahrelang Präsident des

¹⁰⁴ Zedinger: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795), S. 65ff.

„Höchsten Rates“ gewesen war, bat nun um seine Pensionierung. Seine Stelle übernahm von nun an Graf Sylva Tarouca. Und das Amt des Vize-Präsidenten fiel Graf Königsegg zu.

Auch in Brüssel gab es einige Umstrukturierungen, die mit dem Tod der Statthalterin Maria Elisabeth, im Jahr 1741, einhergingen. Ab 1744 wurde der Schwager Maria Theresias Karl von Lothringen zum neuen Statthalter erkoren mit seiner Gemahlin, Maria Theresias Schwester, Erzherzogin Maria Anna. Maria Anna starb jedoch noch im selben Jahr an einer Todgeburt. Der neue Obersthofmeister wurde Graf Kaunitz. Er drängte jedoch schon bald nach Ablösung, da er die Situation vor Ort unerträglich fand. Die Lage in Brüssel war chaotisch und außerdem bestand eine ständige Gefahr durch die französischen Truppen, die jeder Zeit in das Gebiet eindringen konnten. In Wien ging man auf die Bitte Kaunitz' jedoch nicht ein. Im Februar 1746 begannen französische Truppen schließlich Brüssel zu belagern. Sie wurden angeführt von Moritz von Sachsen. Am 16. März 1746 wurde Brüssel übergeben und man evakuierte die Regierung und Archivalien nach Antwerpen.

In Wien setzte man sich nun doch mit der Bitte Kaunitz' auseinander, da man der Meinung war, es sei besser wenn die Zivil- und Militärgewalt nur von einer einzigen Person geführt wurde. Die Wahl fiel auf Karl Josef Graf Batthyány, der im Juli 1746 seinen Posten antrat. Die Regierung hatte sich in der Zwischenzeit aus Brüssel zurückgezogen. Als es zwei Jahre später allerdings um die Friedensverhandlungen ging, war Kaunitz wieder mit von der Partie. Am 18. Oktober 1748 konnte man sich erfolgreich einigen und es kam zum Frieden von Aachen. So wurde das Gleichgewicht in Europa wiederhergestellt und Maria Theresia wurde als die rechtmäßige Herrscherin über die habsburgischen Länder anerkannt.¹⁰⁵

Nach dem Frieden von Aachen im Jahr 1748 waren die Voraussetzungen geschaffen für eine Blütezeit der belgischen Provinzen, die nun nach langen Kriegsjahren endlich am Aufschwung ihrer Wirtschaft und Wiederaufbau ihres Landes arbeiten konnten.¹⁰⁶

Neuer Bevollmächtigter Minister wurde nun Marquis Antoniotto de Botta-Adorno. Dieser stammte gebürtig aus Norditalien und hatte der Habsburgermonarchie bereits im Militär und in der Diplomatie gedient. Er setzte sich sehr für den Aufschwung der Wirtschaft und des Handels ein.

Seit 1753 war Kaunitz nun Hof- und Staatskanzler. Das formale Erscheinungsbild der Österreichischen Niederlande veränderte sich zur gleichen Zeit beträchtlich, denn der „Höchste Rat“, der in Wien ansässig war, wurde nun umbenannt in den „Conseil Suprême des Pays-Bas“ oder „Suprême Conseil de Flandre“. Die gesamte Korrespondenz lief nun über diese

¹⁰⁵ Zedinger: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795), S. 65ff.

¹⁰⁶ Zedinger: Kaunitz und Johann Karl Cobenzl, S. 201f.

neue Behörde ab. Auf diese Veränderung hatte auch Graf Sylva Tarouca bedeutenden Einfluss genommen.¹⁰⁷

Die Provinz Flandern einigte sich mit Maria Theresia, als einzige der belgischen Provinzen, dass es ab 1754 ein Abkommen gab, das ein reguläres Einkommen des Herrschers festlegte. In den anderen Provinzen war es nämlich so, dass Millionen Gulden durch Unkosten und Bestechung bei Wahlen, zum Beispiel des Erzherzogs, verloren gingen.¹⁰⁸

Ab dem Jahr 1753 begannen die Zentralisierungstendenzen und Modernisierungsbestrebungen der Provinzen, besonders Kaunitz hatte auf diesen Wandel einen starken Einfluss. Diese Veränderungen stellten einen wichtigen Wendepunkt im Staatswerdungsprozess der Österreichischen Niederlande dar. Ein wichtiger Schritt zu Anfang war die Eingliederung des Höchsten Rates, der bisher als autonome Behörde gewirkt hat, in den Kompetenzbereich der Staatskanzlei. So konnte man von Wien aus politisch gesehen mehr Einfluss nehmen und außerdem wurde eine bessere Nutzung der finanziellen Möglichkeiten und eine Ankurbelung der Wirtschaft gewährleistet.¹⁰⁹

Doch es kam zu Auseinandersetzungen im Verwaltungsbereich. Die Vertreter der Österreichischen Niederlande wehrten sich gegen die Zentralisierungstendenzen, da sie Sorge um ihre Eigenständigkeit, ihre Privilegien und Rechte hatten. Denn Kaunitz hatte das Ziel vor Augen, ein einheitliches Staatengebilde zu erschaffen. Und dies wäre nur möglich, wenn auch die Österreichischen Niederlande auf ihre Sonderstellung verzichtet hätten. Allerdings war sich Kaunitz der angespannten Lage vor Ort bewusst, führte die Regierung dort mit äußerstem Geschick und war zu vielen Kompromissen bereit.¹¹⁰

Der Höchste Rat der Niederlande „Conseil Suprême“

Es gab zum einen, wie bereits genannt, den Höchsten Rat der Niederlande „Conseil Suprême“. In Wien wurde dieser bereits von Karl VI. geschaffen, als Institution zur Verwaltung der Provinzen. Orientiert hatte man sich dabei am spanischen Erbe, am Modell der vorher in Madrid tätigen Behörden. In Brüssel selbst gab es den / die Statthalter/in, das System der Conseils Collatéraux, die Kollateralräte, die aus dem Conseil d'Etat, d.h. dem Staatsrat, dem

¹⁰⁷ Zedinger: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795), S. 65ff.

¹⁰⁸ Beales: Joseph II. Against the World 1780 – 1790, S. 137.

¹⁰⁹ Zedinger: Kaunitz und Johann Karl Cobenzl, S. 197ff.

¹¹⁰ Zedinger: Migration und Karriere, S. 16ff.

Conseil Privé, dessen Aufgaben mit denen der Geheimen Konferenz übereinstimmten, und dem Conseil des Finances, dem Finanzrat.

Der „Conseil Suprême“ sollte aus vier Räten zusammengesetzt werden, die von einem Präsidenten und zwei Kabinettssekretären und einer wechselnden Anzahl von Offizialen geleitet werden sollten. An die Spitze des Hohen Rates stellte Maria Theresia Emmanuel Tellez de Menezes e Castro, Herzog von Sylva und Graf von Tarouca, zu dem Maria Theresia ein besonders inniges Verhältnis hatte und ihn als Mentor ansah. Die Regelung war schon unter Karl VI. so gewesen, dass zwei der vier Räte aus den Niederlanden stammen mussten, damit diese auch das Gefühl hatten, aktiv an der Entscheidungsfindung teilhaben zu können. Für diese Positionen gab es schon bald zahlreiche Interessenten, da sie sich dadurch einen Aufschwung für ihre Karriere erhofften und zu einem höheren sozialen Ansehen kommen konnten. Dies war besonders interessant für das nichtadelige Bürgertum, das allerdings gut ausgebildet war. So kam es, dass sich im Höchsten Rat Persönlichkeiten, wie André Capon, Louis-François comte de Robiano oder auch Patrice-François Neny wiederfanden und einen enormen Einfluss auf die von Wien ausgehende Politik nahmen.

Die Bearbeitung von politischen Themengebieten fand folgendermaßen statt: Die Niederlande schickte Berichte nach Wien, diese gingen direkt an den Ratspräsidenten. Anschließend wurden sie im Gremium beraten und umgearbeitet und schließlich Maria Theresia vorgetragen. Das Endergebnis wurde dann auf demselben Weg zurück in die Niederlande zum Statthalter nach Brüssel geschickt.¹¹¹

Statthalter und Bevollmächtigter Minister

Karl von Lothringen und Marquis Antoniotto de Botta-Adorno

Als Maria Theresia die Regierung übernahm, ernannte sie zunächst ihre Schwester Maria Anna, dann ihren Schwager, Karl Alexander von Lothringen, zum Statthalter. Dies geschah schon 1744. Allerdings konnte er sich erst nach dem Ende des Österreichischen Erbfolgekrieges dieser Aufgabe hingeben.

¹¹¹ Zedinger: Kaunitz und Johann Karl Cobenzl, S. 200ff.

Karl Alexander von Lothringen und Erzherzogin Maria Anna traten das Amt der Statthalter-schaft an. Doch auch sie konnten an der damaligen Situation nichts ändern.¹¹² Doch unter Karl Alexander als Statthalter funktionierte der Austausch zwischen Brüssel und Wien am besten. Dies lag vor allem daran, dass es sich bei Karl Alexander und dem Kaiser, Franz Stephan, um Brüder handelte, die einen sehr engen Kontakt zueinander pflegten.¹¹³

Karl Alexander musste an der Front kämpfen und seine Frau verstarb plötzlich an den Folgen einer Totengeburt im Dezember 1744. Daraufhin übernahm, wie erwähnt, Kaunitz, der Obersthofmeister, die Regierungsgeschäfte. Er hatte nun einen schweren Stand und versuchte die Österreichischen Niederlande so gut es ging vor dem Einmarsch der Franzosen zu schützen. Doch es half alles nichts und im Winter 1745/46 wurde schließlich Brüssel be-lagert. Am 16. März 1746 wurde die Stadt offiziell in französische Hände übergeben.¹¹⁴

Nach dem Frieden von Aachen vom November 1748 bis Februar 1749 setzten sich der Statthalter, der Bevollmächtigte Minister und die Staatskanzlei in Wien zusammen und schu-fen die Richtlinien für das „Etablissement d’une nouvelle forme dans le Gouvernement des Pays-Bas“. Überwiegend beschäftigte man sich dabei mit der Haltung, die die Brüsseler Regierung gegenüber ihren Nachbarstaaten, wie Frankreich, einnehmen sollte. Außerdem ging es um die Reorganisation des Finanzwesens und eine Neuordnung des Verwaltungs-apparats.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Statthalter und dem Minister in Brüssel verlief konflikt-frei. Auch mit den Besonderheiten der Stände und der Provinzen kam der Bevollmächtigte Minister Botta-Adorno sehr gut zurecht. Aber aus gesundheitlichen Gründen forderte er be-reits im Jahr 1752 seine Pensionierung an. Sein Nachfolger wurde nun Johann Karl Philipp Graf von Cobenzl. Maria Theresia war von dieser Wahl zunächst nicht besonders überzeugt, ließ sich dann schließlich aber umstimmen.¹¹⁵ „[...] si vous croyez que cobenzl convient c’est le seul que je trouve car je le preferre encore a rosenberg [...] vous pouvez ecrire a bosta [= Botta Adorno] ainsi sans nommer encore son successeur [...]“.¹¹⁶

Ihnen gelang gemeinsam mit Graf Kaunitz der schmale Pfad zwischen den zentralistischen Tendenzen der Wiener Politik auf der einen Seite und auf der anderen Seite die Sonderstel-lung der Provinzen.

¹¹² Zedinger: Migration und Karriere, S. 16ff.

¹¹³ Zedinger: Migration und Karriere, S. 31.

¹¹⁴ Zedinger: Migration und Karriere, S. 16ff.

¹¹⁵ Zedinger: Kaunitz und Johann Karl Cobenzl, S. 201f.

¹¹⁶ Zitiert nach Renate Zedinger: Kaunitz und Johann Karl Cobenzl, S. 201: HHStA. Belgien DD B blau. Fasz. 5. Konv. 1-210 fol. 182r.

Graf Cobenzl und Kaunitz

Graf von Cobenzl wurde am 21. Juli 1712 in Laibach geboren. Seine Familie gehörte zum Adel und dementsprechend erhielt er eine angemessene Ausbildung. Im Jahr 1735 wurde er zum Reichshofrat ernannt. Er wurde unter Karl VI. als Diplomat nach Lothringen geschickt, um sich dort um die Verhandlungen mit den französischen Unterhändlern zur Abtretung der Herzogtümer Lothringen und Bar zu kümmern. Von der Zeit zwischen 1742 bis 1753 erhielt er den Posten als Bevollmächtigter Minister in den kur- und oberrheinischen, fränkischen, schwäbischen und westfälischen Reichskreisen. Schon vor seinem Amtseintritt als Bevollmächtigter Minister der Österreichischen Niederlande war er bestens über dieses Gebiet informiert und die Zustände in Brüssel, die nach dem Aachener Frieden herrschten. Dies waren gute Voraussetzungen für eine positive Zusammenarbeit mit der Bevölkerung. Maria Theresia gab in einem Schreiben vom 19. Mai 1753 ihrem Schwager, dem Statthalter in Brüssel, die Amtsübergabe bekannt:¹¹⁷

„[...] J'ai choisi et nommé le Comte Charles de Cobenzl, qui par les bons et fidèles services qu'il a rendu en différentes commissions importants, et qui l'ont mis à même de fournir des preuves de son mérite et de ses talents, Me met dans une entière confiance qu'il réussira aussi dans cette nouvelle carrière, tant au goût de V.A., qu'à l'avantage de mon Royal Service, qui en est inseparable [...]

¹¹⁸

Am selben Tag, als Cobenzl zum Bevollmächtigten Minister ernannt wurde, wurde Graf Kaunitz Hof- und Staatskanzler. Und dabei handelte es sich keinesfalls um einen Zufall. Die beiden Herren kannten sich bereits aus früheren Zeiten, als sie im Jahr 1735 gemeinsam an der feierlichen Vereidigung als wirklicher Hofrat teilnahmen. Von da an verloren sich die beiden nicht mehr aus den Augen, auch wenn sie sich nicht im selben Teil der Monarchie befanden. Kaunitz ging bereits im Jahr 1744 mit der Erzherzogin Anna, der Gemahlin von Karl von Lothringen, als Obersthofmeister nach Brüssel. Nur ein Jahr später wurde er zum interimistischen Bevollmächtigten Minister ernannt. Und schlägt dann im Mai 1746 als Nachfolger Graf Cobenzl vor.¹¹⁹

Im März 1750 tritt Kaunitz einen Posten als Botschafter in Paris an, bekam aber dann das Angebot für das Amt des Staatskanzlers. Im Herbst desselben Jahres fanden in Brüssel Verhandlungen wegen des Barrière-Vertrags statt. Es ging darum, dass die Habsburgermo-

¹¹⁷ Zedinger: Kaunitz und Johann Karl Cobenzl, S. 203-204.

¹¹⁸ Zitiert nach Renate Zedinger: Kaunitz und Johann Karl Cobenzl, S. 203: HHStA. Belgien. DD A Depeschen rot. Fasz. 37. fol. 293r.

¹¹⁹ Koll: Die belgischen Nation, S. 60ff.

narchie sich weigerte die Subsidien zu zahlen, da Maria Theresia und Karl von Lothringen der Meinung waren, dass die befestigten Plätze, die durch österreichisches Geld in Stande gehalten wurden, während der Erbfolgekriege, nicht ihren Zweck als Schutzfunktion erfüllt hatten. Aus diesem Grund weigerten sie sich diese weiter zu unterstützen. Kaunitz stieß später gemeinsam mit Patrice-François de Neny aus Paris zu den Verhandlungen hinzu und versuchte zu vermitteln. Kaunitz maß den Österreichischen Niederlanden einen hohen Wert als neues Gebiet der Habsburgermonarchie zu. Brüssel stellte den Angelpunkt im Beziehungsgeflecht zwischen Habsburg und den Seemächten dar und war auch Drehscheibe der europäischen Politik. Dies erkannte Kaunitz zeitig. Hinzu kam der wirtschaftliche Aufschwung des Landes. Aus diesem Grunde setzte sich Kaunitz sehr dafür ein, dass vor Ort ein Mann seines Vertrauens die Stellung hielt. Deshalb schlug er Cobenzl vor, den er schon einige Jahre kannte.

Die Verhandlungen wegen des Barrière-Vertrags fanden keinen Abschluss und Kaunitz kam 1752 erneut nach Brüssel, nachdem er seinen Botschafterposten in Paris verlassen hatte. Anfang des Jahres 1753 setzte er sich enorm für einen Kompromiss ein. Es ging nicht nur um die Zahlung von 1.400.000 Gulden, sondern auch um die wirtschaftlichen Vorteile, die durch das Allianzsystem entstanden waren und um neu zu knüpfende Bündnisse. Ab Juni 1753 fanden weitere Verhandlungen in Wien und Holicz statt, an denen sowohl der Statthalter, als auch der Kanzler und die neuernannten Minister teilnahmen. Es war ein schwieriges Unterfangen, da im Falle der Zahlung die größte Last auf den Schultern der Stände von Brabant und Flandern liegen würde.

Nicht nur diese Angelegenheit beschäftigte den neuen Staatskanzler Kaunitz, sondern auch die für Cobenzl auszuarbeitenden Instruktionen. Da gab es zum einen die „Instruction particulière“, dabei handelt es sich um Regierungsprinzipien. Durch sie wurde festgelegt, dass der Vertreter des Herrschers auf der einen Seite zur Ausübung der Macht im Stande war, auf der anderen Seite aber wurde dieser auch in die Abhängigkeit der Stände gezwungen. Eine weitere Instruktion war die „Instruction secrète“. Diese legte das Maß der Subordination fest und stellte sicher, dass der Bevollmächtigte Minister keine vollkommene Unabhängigkeit genoss, sondern an den Herrscher gebunden war. Der Conseil Suprême war für die Erstellung dieser Instruktionen verantwortlich. Unter Kaunitz wurde der Handlungsspielraum von Sylva Tarouca noch entscheidend erweitert.

Erst am 27. Juli 1753 konnten die Verhandlungen wegen des Barrière-Vertrags endlich zum Abschluss kommen. Zusätzlich wurden an diesem Termin auch über die steuerlichen Möglichkeiten diskutiert. Cobenzl reiste daraufhin im August in die Österreichischen Niederlande und überbrachte ihnen die Neuigkeiten bezüglich der Kompromissvorschläge und Instruktionen. Eine Lösung gab es allerdings erst im kommenden Jahr, als Cobenzl den Ständen der

belgischen Provinzen ein neues Verwaltungssystem zusichern konnte. Dadurch sollte eine größere Einflussnahme durch die Provinzialvertretung abgesichert werden. Und deshalb zeigte sich auch Flandern kompromissbereiter, sie stimmten den Subsidienzahlungen aus dem Barrière-Vertrag zu und boten außerdem noch weitere finanzielle Hilfsleistungen an. Den Räten des Conseil Suprême war klar, dass sie ihre Autonomie dadurch aufs Spiel setzen konnten, aber dem Staatskanzler gelang es schließlich doch Maria Theresia von seinem Vorhaben zu überzeugen.¹²⁰ In einem Schreiben vom 21. April 1754 nach Brüssel heißt es:

„Enfin, si on soutient bien ce nouveau sisteme, on changera à coup sur cet Esprit d'indépendance, qui caracterisoit les Procedés des Etats [...] on les rendra du moins plus dociles et polis et par consequent plus disposés à entrer dans les Vues du Gouvernement [...]“¹²¹ .

Durch die gute Zusammenarbeit zwischen dem Statthalter, Minister und dem Kanzler konnten nun endlich die Verhandlungen die Subsidienzahlungen betreffend zufriedenstellend abgeschlossen werden. Durch die Zustimmung Flanderns folgten auch bald die übrigen Provinzen dem Kompromiss.¹²²

In diesem Zusammenhang ist Patrice-François de Neny zu nennen. Er war einer der bedeutendsten Mitglieder der habsburgischen Verwaltung in Brüssel. 1757 wurde er zum Vorsitzenden des Geheimen Rates, dem Conseil privé, ernannt. Er war somit der ranghöchste Beamte in den Österreichischen Niederlanden nach dem Bevollmächtigten Minister. Der Geheime Rat war unter anderem für die Vorbereitung von Gesetzestexten zuständig und beriet in Angelegenheiten, die die Postenverteilung der Verwaltung betrafen. De Neny war bei der Erstellung des Konzepts einer belgischen Nationalkirche maßgeblich beteiligt. Er hielt seine Gedanken dazu in seinen „Mémoires sur le Droit public Ecclesiastique des Païs Bas pour le Gouvernement de l'Eglise Belgique“ fest. Der Aufklärer Neny vertritt den Standpunkt, dass die weltliche Gewalt das Recht haben sollte, Probleme, die säkularer Natur sind, ohne die Mitsprache kirchlicher Instanzen regeln zu können. Außerdem war er für ihn das Recht des Staates in kirchliche Angelegenheiten eingreifen zu dürfen, wenn es sich um dogmatische Themen handelt. Zudem wollte er einführen, dass päpstliche Verlautbarungen nur dann veröffentlicht werden durften, wenn sie mit der Rechts- und Verfassungsordnung des jeweiligen Landes übereinstimmte. Somit wäre der Papst zu einem gewissen Teil unter der Herrschaft des Kaisers gestanden.

¹²⁰ Zedinger: Kaunitz und Johann Karl Cobenzl, S. 205ff.

¹²¹ Zitiert nach Renate Zedinger: Kaunitz und Johann Karl Cobenzl, S. 206: HHStA. Belgien DD A. Vorträge. Fasz. 6. 16. April 1754. unfol.

¹²² Zedinger: Kaunitz und Johann Karl Cobenzl, S. 208ff.

Viele von De Nenys Vorstellungen sind durch die Reformen von Maria Theresia und Joseph II. Realität geworden. Sie verwendeten seine Schriften sogar als konzeptionellen Leitfaden für die Kirchenpolitik. Maria Theresia und Joseph II. setzten sich beide dafür ein, dass die Macht der Kirche geringer wurde. Die Habsburger vermengten nie ihre Macht mit der Kirche, sie wollten eigenständig sein, waren aber trotzdem gläubig. Außerdem vertraten alle drei die Meinung, dass nur der Staat über Fragen, die die weltliche Relevanz betrafen, entscheiden dürfe. In seiner Rolle als Beamter der Habsburgermonarchie hat sich De Neny auch jahrelang für die Umsetzung seiner Vorstellungen eingesetzt.

In einer weiteren Schrift behandelte De Neny die politischen Angelegenheiten der Österreichischen Niederlande „Mémoires historiques et politiques sur les Pays-Bas autrichiens“. Zu seinen Lebzeiten wurden allerdings beide Schriften nicht veröffentlicht. Dies geschah erst kurz nach seinem Tod. In diesem Werk geht er auf die Geschichte der Österreichischen Niederlande ein und unterstreicht, dass es sich dabei nicht um eine einheitliche Nation handelt, sondern um eine Vielzahl von Provinzen, die aber durch die Zugehörigkeit zur Habsburgermonarchie miteinander verbunden wurden.¹²³

Eine weitere wichtige Persönlichkeit, die in diesem Kontext noch zu nennen ist, ist der Bruder von Patrice-François de Neny, Corneille de Neny. Er übernahm ab 1750 das Amt des Sekretärs im Conseil Suprême. Über ihn lief die gesamte Korrespondenz. Dadurch war auch Patrice-François immer sehr gut über die aktuellen Geschehnisse informiert. Für Kaunitz und Cobenzl stellte dies allerdings einen Risikofaktor dar.

Eine weitere politische Persönlichkeit zu dieser Zeit war Graf Sylva Tarouca, der bereits kurz erwähnt wurde. Er arbeitete seit 1730 als Ratsherr und erhielt 1740 das Amt als Präsident des Conseil Suprême. Das Verhältnis zwischen ihm und Kaunitz war alles andere als gut. Dies mag größtenteils am Generationsunterschied gelegen haben,¹²⁴ denn es kam immer wieder zu Machtkämpfen zwischen ihnen. Tarouca wollte die Eigenständigkeit und den Stellenwert des „Conseil Suprême“ ausbauen und dies auch in der äußeren Repräsentation sichtbar machen.¹²⁵ Trotzdem setzte sich Tarouca für Kaunitz' Abberufung aus Brüssel ein, in den Jahren 1745/46, als in Brüssel Krieg herrschte.

Auch das Verhältnis zwischen Cobenzl und Kaunitz war angespannt. Sie vertraten unterschiedliche Interessen. Cobenzl setzte sich besonders für die Rechte und Privilegien der einzelnen Provinzen ein. Kaunitz dagegen hatte immer das große Ganze vor Augen und das Wohl der gesamten Monarchie. Er wollte aus der ganzen Monarchie, also auch die belgischen Provinzen eingeschlossen, ein zentralistisch verwaltetes Staatengebilde schaffen.

¹²³ Koll: Die belgische Nation, S. 60ff.

¹²⁴ Zedinger: Kaunitz und Johann Karl Cobenzl, S. 208ff.

¹²⁵ Zedinger: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795), S. 72.

Cobenzl, der direkt in Brüssel vor Ort war, hielt sich nicht genau an diese Vorgaben, allerdings schlug er die gleiche Richtung ein, wie Kaunitz sie vorgab. Dem Statthalter Karl von Lothringen missfiel es, dass seine Kompetenzen immer mehr eingeschränkt werden sollten und auch die Brüsseler Regionalbehörden wehrten sich dagegen, dass sie auf zusätzliche finanzielle Forderungen eingehen sollten. Kaunitz setzte sich daraufhin dafür ein, dass Maria Theresia sich in heiklen Angelegenheiten direkt an Karl von Lothringen wenden konnte, um ihm die Resolutionen mitzuteilen. Diese Änderung stand im Gegensatz zu den Vorstellungen der Räte des Conseil Suprême. Hier sollte über ihre Köpfe hinweg entschieden werden. Der Kanzler stellte nach dieser grundlegenden Meinungsverschiedenheit einen Mitarbeiter ein, dem er vollkommen vertraute, Johann Jakob von Dorn. Er war seit 1748 als Kanzlist in der Secrétairerie d'Etat et de Guerre tätig.

In Brüssel wehrte man sich seit 1754 immer mehr dagegen, dass Kaunitz seine Politik auf Grundlage einer Erhöhung der niederländischen Einkommen plante. Doch der Einfluss des Staatskanzlers war bereits zu enorm, um diesen Reformprozess noch aufhalten zu können. Durch die „Affäre Dupuy“ wurde dieser Prozess noch beschleunigt.

Die „Affäre Dupuy“ handelt von Benoit-Marie Dupuy, der sich seit 1746/47 in den belgischen Provinzen mit den Steuern und Abgaben im wirtschaftlichen Bereich befasste. Er kam aus Frankreich, wo er für eine private Verwaltungskanzlei arbeitete. Nach dem Frieden von Aachen am 18. Oktober 1748 verließen alle französischen Auftraggeber das Land, aber Dupuy wendete sich an Karl von Lothringen und den damaligen Minister Botta-Adorno und bat ihnen weiterhin seine Dienste an.¹²⁶ Um sie zu überzeugen, legte er ihnen seine Untersuchungsergebnisse vor mit dem Titel: „Recueil général des finances des Pais-Bas autrichiens par le sieur Dupuy, cy-devant Controleur général des revenus du roy dans les provinces conquises pendant la dernière guerre, aoust 1749“¹²⁷.

Man hatte die Hoffnung, dass er sich sowohl in finanziellen Angelegenheiten, als auch in wirtschaftlichen auskannte und am Wiederaufbau des Landes mitwirken könnte. Er sollte nun die Aufgabe haben, die Behörden vor Ort zu inspizieren und Berichte darüber zu verfassen, damit die Regierung einen Eindruck von den Zuständen bekommen konnte. Im September 1749 begann er mit seiner Arbeit und legte schon zu Beginn des folgenden Jahres erste Reformvorschläge vor. Er schlug vor die Finanzgebarung zu vereinheitlichen und gleiche Organisationsformen anzuwenden, so dass man jeder Zeit einen genauen Überblick über die finanzielle Situation erhalten könnte. Für die einzelnen Institutionen und auch den Conseil des Finances waren diese Änderungen eine Beleidigung. Es entstand großes Misstrauen zwi-

¹²⁶ Zedinger: Kaunitz und Johann Karl Cobenzl, S. 208ff.

¹²⁷ Zitiert nach Renate Zedinger: Kaunitz und Johann Karl Cobenzl, S. 208: Bibliothèque Royale Albert 1er. Manuskript No. 16.258; HHStA. Belgien DD B rot. Fasz. 208, 209.

schen der Brüsseler Regierungsspitze und dem Finanzrat, da dieser sich mit seinen Beschwerden direkt an den Conseil Suprême in Wien gewandt hatte. Patrice-François de Neny besetzte seit 1754 das Amt des Generalschatzmeisters in Brüssel und, da er nun an der Spitze des Finanzrates stand, entschied er sich dafür, dessen Interessen zu vertreten, anstatt sich ein wirkliches Bild von der Lage vor Ort zu machen und zwischen den einzelnen Parteien zu vermitteln. Neny schrieb einen Bericht über die Finanzen der Österreichischen Niederlande, der natürlich von seiner eigenen Einstellung zu dem Thema geprägt war. Der Bericht wurde vom Conseil zwar als positiv bewertet, allerdings verfehlte er seine eigentliche Wirkung. Ursprünglich hatte Neny die Arbeit Dupuys als nun unnötig hinstellen wollen, doch dies war nicht der Fall und außerdem erwartete nun Kaunitz, durch den vorgelegten Bericht Neny jährlich eine derartige Zusammenstellung seitens des Conseil des Finances.

Kaunitz setzte sich für eine Annäherung an Frankreich ein und für den Abschluss des Vertrags von Versailles, zu dem es schließlich am 1. Mai 1756 auch kam. Dies verschlechterte die Beziehung zwischen Wien und Brüssel allerdings beträchtlich. Im Zentrum seiner Aufmerksamkeit stand die Rückgewinnung Schlesiens. Wie dieser Krieg finanziert werden sollte, spielte in seinen Überlegungen wohl keine Rolle.¹²⁸ So äußerte sich Haugwitz: „Kaunitz führt Krieg und kümmert sich nicht, woher das Geld kommen sollte“.¹²⁹ Die Kosten sollten natürlich von den belgischen Provinzen getragen werden. Seinen Finanzplan entwarf Kaunitz auf der Grundlage der Untersuchungen von Dupuy, der sich sehr genau mit den finanziellen Gebarungen und der vielfältigen Zoll- und Steuerabgabe auskannte. Dieser Bericht wurde der Wiener Regierung zugeschickt. Nun setzten sich alle Gegner in Wien und Brüssel daran, dass diese Planung in die Realität umgesetzt werden konnte. Da sie nichts gegen seine fachliche Kompetenz ausrichten konnten, verbreiteten sie Gerüchte über das Privatleben Dupuys. Dies verfehlte keineswegs seine Wirkung. Trotz der Tatsache, dass Cobenzl und Kaunitz sich weiterhin vehement für Dupuy einsetzten, konnte Maria Theresia nicht über den Vorwurf der Bigamie hinwegsehen. Dupuy musste daraufhin im Jänner 1757 die Österreichischen Niederlande verlassen. Der eben erwähnte Vorwurf ist allerdings bis heute unbewiesen.

Allerdings war die Siegesfreude des Conseil Suprême nur von kurzer Dauer, da Kaunitz dieses intrigante Vorgehen dazu nutzte die profitable Zusammenarbeit anzuzweifeln. Besonders gegen Graf Tarouca kamen immer wieder Zweifel an seiner Ehrlichkeit auf, so dass dieser Maria Theresia schließlich bat in den Ruhestand treten zu dürfen. Im März wurde diese Bitte dann umgesetzt. Auch für Corneille de Neny stellte dieser Schritt das Ende seiner Karriere

¹²⁸ Zedinger: Kaunitz und Johann Karl Cobenzl, S. 210ff.

¹²⁹ Zitiert nach Zedinger: Kaunitz und Johann Karl Cobenzl, S.211: Von Arneth, Alfred: Geschichte Maria Theresias. Bd. 5. Wien. 1863. S. 221. Anm. 312/314: Brief des Grafen Haugwitz an Feldmarschall Daun.

dar.¹³⁰ Kaunitz hatte dafür gesorgt, dass den Mitgliedern des Conseil Suprême allgemein nur noch wenig Vertrauen entgegengebracht wurde, auch wenn diese immer wieder beteuerten: „[...] d’avoir pour but le bien du service de Votre Majesté, le bonheur de ses peuples Belgiques [...]“¹³¹.

Kaunitz und Cobenzl berieten sich noch vor den offiziellen Depeschen Maria Theresias an den Bevollmächtigten Minister und noch vor der Mitteilung an den Conseil d’Etat darüber, wer nun die Posten übernehmen sollte. Cobenzls Vorschläge lauteten wie folgt: Denis-Benoit de Cazier sollte zum Präsidenten der Chambre des Comptes, also der Rechenkammer, werden, Raymond Graf von Figuerola sollte ins Conseil Privé zurückkehren und auch Corneille de Neny sollte zurück in die Heimat und als Conseiller d’Etat dem Staats- und Kriegssekretär Crumpfen zur Seite stehen.

Maria Theresia verfolgte schon lange den Plan, dass die „affaires d’Italie et des Pays-Bas“ in die Hof- und Staatskanzlei eingegliedert werden sollten. Nun war es so weit und Kaunitz traf alle personellen und organisatorischen Entscheidungen. So kam es, dass Johann Jakob von Dorn den Posten als Leiter der neuen Abteilung für die niederländischen Angelegenheiten erhielt, Louis-François de Wavrans wurde als kompetenter Fachmann nach Wien geholt, die neuen Behörden erhielten nun den Namen Département des Pais-Bas bzw. d’Italie und auch Kaunitz legte sich einen neuen Titel zu, nämlich Hof- und Staatskanzler der auswärtigen, niederländischen und italienischen Geschäfte.

Die Auflösung des Conseil Suprême war eine Weichenstellung hin zu den veränderten Anforderungen eines entsprechenden Systems. Cobenzl folgte zwar den politischen Entscheidungen, die Kaunitz vorgab, dennoch hatte auch Cobenzl genügend Autonomie, so dass er seine Ideen auch in die Tat umsetzen konnte. Während seiner Zeit als Bevollmächtigter Minister erlebten die belgischen Provinzen einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung und allgemeinen Wohlstand und ihre nationale Eigenständigkeit wurde von Cobenzl geachtet und gewahrt.¹³²

¹³⁰ Zedinger: Kaunitz und Johann Karl Cobenzl, S. 212ff.

¹³¹ Zitiert nach Renate Zedinger: Kaunitz und Johann Karl Cobenzl, S. 212: HHStA. Belgien DD A. Vorträge Fasz. 7. 1er avril 1757. unfol., gez.: M. de Pacheco, C. de Figuerola, B. de Cazier, C. de Neny.

¹³² Zedinger: Kaunitz und Johann Karl Cobenzl, S. 212ff.

3.3.3 Zur Zeit Josephs II.

Nach Graf Cobenzl übernahm Georg Adam Fürst Starhemberg sein Amt. Vorher hatte dieser dreizehn Jahre lang als Botschafter am Hof Ludwigs XV. gedient. Er war ein geschulter Diplomat und ließ die Angelegenheiten in den Österreichischen Niederlanden einfach so weiterlaufen, wie sein Vorgänger dies bereits in die Wege geleitet hatte. Er gab den Ständen das Gefühl, dass sie großen Einfluss bei Entscheidungsfindungen besaßen, in Wirklichkeit jedoch hatten sie keinen allzu großen Spielraum.

Als im Jahr 1780 Karl Alexander von Lothringen starb, übernahmen Erzherzogin Marie Christine und ihr Ehemann Albert von Sachsen-Teschen die Aufgabe des Statthalterpaares. Im November desselben Jahres starb auch Maria Theresia. Nun kam ihr Sohn Joseph II. an die Alleinherrschaft. Dies führte radikale Veränderungen mit sich.¹³³ Unter anderem wollte er, dass sich die politischen Kompetenzen des Statthalterpaares nur noch auf die Ebene der Repräsentation beschränkten.¹³⁴ Dies zwang auch Starhemberg zum Rückzug. Er wurde nun nur mehr als eine Art Gehilfe an der Seite des Statthalterpaares angesehen und besaß lediglich noch eine repräsentative Rolle im Geschehen. Dies brachte ihn schließlich im Jahr 1783 dazu die Österreichischen Niederlande zu verlassen.

Sein Amt erhielt nun Graf Barbiano di Belgiojoso. Dieser scheiterte jedoch schnell in seinem Amt. Der Grund dafür war, dass der Kaiser in Wien der Meinung war, dass seine Änderungen und Reformen nur schleppend in die Tat umgesetzt wurden, der neue Minister in Brüssel allerdings immer unbeliebter wurde durch diese Änderungen. 1787 trat er schließlich zurück. Der letztendliche Grund dafür bleibt unbekannt. Jedoch steht fest, dass sein oft zögerliches Verhalten bei der Durchsetzung der Neuerungen im Gegensatz zu dem ungeduldigen Kaiser stand.

Zu dieser Zeit befanden sich die Österreichischen Niederlande bereits im Aufruhr und der Beginn der Brabantischen Revolution zeichnete sich bereits ab.

In den Memoranden, die während des 18. Jahrhunderts regelmäßig verfasst wurden, kann man den Stellenwert der Österreichischen Niederlande für das Habsburgerreich erkennen.¹³⁵ In einem der ersten Berichte „Abregé de ce qu'il y est à considerer pour la direction des Pais-Bas“¹³⁶ wird deutlich, wie wenig man am Wiener Hof am Anfang der österreichischen Herrschaft eigentlich über die belgischen Provinzen wusste. Prinz Eugen wollte diese Unwis-

¹³³ Zedinger: Migration und Karriere, S. 16ff.

¹³⁴ Zedinger: Migration und Karriere, S. 26.

¹³⁵ Zedinger: Migration und Karriere, S. 16ff.

¹³⁶ Zitiert nach Renate Zedinger: Migration und Karriere, S. 17: HHStA. Belgien DD B. Fasz. Rot 194. Fol. 143r-148r. um 1720.

senheit mit Hilfe von Juristen aus dem Bereich der regionalen Verwaltung ausbessern. Dafür wurde unter anderem der Advokat Goswin-Arnould de Wynants hinzugezogen. Trotzdem sah Prinz Eugen die Österreichischen Niederlande immer nur als mögliches Tauschobjekt im System der europäischen Gleichgewichtspolitik an.

Graf Kaunitz sah in diesem Gebiet besonders einen Vorteil in Bezug auf die Bindung mit den Seemächten, da diese Allianz, durch den errungenen Stützpunkt in den Österreichischen Niederlanden, gefestigt werden konnte. Aber auch die Gesamtinteressen der Monarchie wollte er dabei nicht außer Acht lassen. Ein Ziel, das Kaunitz bei seinem Vorhaben vor Augen hatte, war, Preußen wieder auf die Größe einer Mittelmacht zu beschränken. In den Österreichischen Niederlanden kannte man zwar die politische Konzeption des Grafens, allerdings schätzten die Leute diese falsch ein. Dies kann man auch bei der belgischen Historiografie erkennen, die sich, im Hinblick auf die habsburgische Herrschaft, im Jahre der Jahrhunderte veränderte.¹³⁷ Diesen Wandel kann man besonders gut an folgenden Zitaten erkennen: Fünfzig Jahre nach der habsburgischen Herrschaft schrieb Theodore Juste:

„La Belgique fut pour la maison de Habsbourg-Lorraine ce qu'elle avait été pour les souverains espagnols, un territoire tenu en réserve pour payer les défaites ou servir les calculs ambitieux de la dynastie régnante.“¹³⁸

Ganz anders wird die Situation schon zweihundert Jahre später beurteilt:

„La modernisation [...] montre que les Pays-Bas n'ont pas végété en dehors du temps, mais qu'ils ont suivi un chemin bien à eux. L'administration des Habsbourg a permis ce développement.“¹³⁹

Als es im Jahr 1787 zu vermehrten Unruhen in den belgischen Provinzen kam, versuchte man diese auch durch administrative Maßnahmen zu beruhigen. Deshalb wurde im Jahr 1793 die Verwaltung der Österreichischen Niederlande wieder aus dem Zuständigkeitsbereich der Hof- und Staatskanzlei gestrichen und wurde zu einer autonomen Behörde. Sinn dahinter war, dass die Niederländische Hofkanzlei nun die Funktion als Vermittler zwischen dem Kaiser und der Regierung in Brüssel innehaben sollte. Es stellte sich aber dennoch eine anti-habsburgische Stimmung ein, die auch nicht mehr zu kitten war. Die Bevölkerung war auch nicht mehr dazu bereit sich gegen die Ausbreitung der Französischen Republik zu wehren. Als es im Juni 1794 zum Sieg der Franzosen kam, löste Kaiser Franz II. die Regierung in Brüssel nun komplett auf. Die

¹³⁷ Zedinger: Migration und Karriere, S. 16ff.

¹³⁸ Juste, Theodore: Histoire de la Révolution belge de 1790. Brüssel. 1846, S. 7-8.

¹³⁹ Lenders, Piet: Vienne et Bruxelles. Une tutelle qui n'exclut pas une large autonomie. In: La Belgique autrichienne. Brüssel. 1987, S. 67.

Niederländische Hofkanzlei in Wien setzte dennoch ihre Arbeit bis September 1795 fort. Dies lag vor allem daran, dass noch finanzielle Forderungen abzuklären waren, die beispielsweise die geflüchteten habsburgischen Beamten betrafen.

Bei den eben beschriebenen Problemen darf man nicht die große Distanz vergessen, die zwischen den niederländischen Provinzen und dem Wiener Hof bestand. Es war sehr schwierig auf große Entfernung zu regieren. So kam es eben auch dazu, dass die Situation vor Ort verkannt wurde und man unpassend auf die Ereignisse reagierte.¹⁴⁰

3.4 Wirtschaftliche Veränderungen

Das Gebiet der Niederlande war seit 1621 über Jahre hinweg ständig Haupt- und Nebenkriegsschauplatz in den Kämpfen der europäischen Großmächte um die Hegemonialstellung. Dies hatte extreme Auswirkungen auf die Bevölkerungszahl. Nicht nur durch die Kriege wurden zahlreiche Menschen getötet, sondern auch durch immer wiederkehrende Hungersnöte. Besonders schwerwiegend waren diese zwischen den Jahren von 1692 bis 1695 und 1698 bis 1699. Die Wirtschaft kam in diesen Jahren teilweise komplett zum Erliegen.¹⁴¹

Im 18. Jahrhundert begann eine ökonomische Krise in den Südlichen Niederlanden, die vor allem aus dem Spanischen Erbfolgekrieg resultierte. Die Südlichen Niederlande mussten zu dieser Zeit nämlich nicht nur für ihre eigenen Schulden, die während des Krieges entstanden waren, aufkommen, sondern die englische Diplomatie entschied auch, dass ihnen fast die gesamten Kosten Englands aufgelastet wurden. Daraufhin musste beinahe das gesamte Steueraufkommen für die Schulden einbezogen werden und zusätzlich kam es noch zu Steuererhöhungen.

Parallel entwickelte sich die Wirtschaft immer negativer. Andere Städte, wie London oder Hamburg feierten ihre Aufstiege und im Vergleich dazu waren die Produkte aus dem niederländischen Gewerbe einfach zu teuer. Außerdem wurde Schweden zu einer immer größer werdenden Konkurrenz in der Ostsee.

Breite Teile der Bevölkerung fielen der Armut zum Opfer. Dies führte immer häufiger zu lokalen Aufständen.

¹⁴⁰ Zedinger: Migration und Karriere, S. 20ff.

¹⁴¹ Erbe: Belgien. Niederlande. Luxemburg, S. 165.

Die internationale Lage der Südlichen Niederlande wurde immer kritischer. Es gelang der niederländischen Diplomatie nur mit Mühe sich aus den ganzen europäischen Konflikten herauszuhalten. Allerdings gab ihnen diese neugewonnen Neutralität ein falsches Gefühl von Sicherheit.

Ein wichtiges Ziel der Niederlande war es eine Barriere zwischen Frankreich und ihren Landschaften herzustellen, um gegen zukünftige aggressive Übergriffe der Nachbarn besser gewappnet zu sein. Unter dieser Barriere verstand man eine Reihe von Festungen, die unter niederländischer Obhut standen.

Nach dem Frieden von Utrecht kam es schließlich zu der Errichtung dieser Barriere. Jedoch fiel der Umfang wesentlich geringer aus, als sich das die niederländische Diplomatie gewünscht hatte. Allerdings hatte die Vernachlässigung der Militärangelegenheiten auch schlimme Auswirkungen auf die Barriere, denn diese hielt schon der ersten Bewährungsprobe nicht stand.

Am Anfang der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts sahen die internationalen Entwicklungen für die Südlichen Niederlande gar nicht mehr so schlecht aus. Sie konnten besonders vom amerikanischen Unabhängigkeitskrieg profitieren, da sie sich durch den Waffenhandel nun eine gewisse Abhilfe für verlorene Geschäftsfelder versprochen. Jedoch kam es zwischen der Zeit 1780 bis 1784 zu einem Handelskrieg mit der Seemacht England. Das Ergebnis zeigte die völlige Überlegenheit Englands und brachte den niederländischen Überseehandel fast zum Erliegen. Sie waren nun gezwungen sich Frankreich anzuschließen. Frankreich verlangte dafür natürlich einen bestimmten Preis, u.a. die endgültige Niederlegung der Barriere.¹⁴²

Erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts konnte man dort etwas aufatmen und es kam zu einem Aufschwung. Das Elend, das durch die Kriege zuvor entstanden war, konnte allmählich behoben werden.¹⁴³

Belgien war das erste Land in Europa, in dem die Lebensverhältnisse der Menschen entscheidend durch die industrielle Entwicklung verändert wurden.¹⁴⁴

¹⁴² <http://www.uni-muenster.de/NiederlandeNet/nl-wissen/geschichte/vertiefung/anfaenge/revolution.html> (download: 05.06.2013).

¹⁴³ Ruys, Manu: Die Flamen. Ein Volk in Bewegung. Eine werdende Nation. Lanoo-Verlag. Utrecht. 1974, S. 34.

¹⁴⁴ Dries, Joseph: Schule als Spiegel Politisch-Gesellschaftlicher Entwicklungen. Anmerkungen zum Unterrichtswesen in Belgien. In: Begeat-Neuschäfer, Anne (Hrsg.): Belgien im Fokus. Geschichte. Sprachen. Kulturen. Belgien im Blick: Interkulturelle Bestandsaufnahmen. Band 1. Europäischer Verlag der Wissenschaften. Frankfurt am Main. 2007, S. 326.

Als jedoch erneut der Krieg nach dem Tod Kaiser Karls VI. ausbrach, wurde das Wirtschaftswachstum wiederum unterbrochen, das zunächst durch Harrachs Reformen begonnen hatte. Das Eindringen der Franzosen in dieses Gebiet hatte katastrophale Folgen auf das öffentliche und private Leben der Österreichischen Niederlande. Außerdem mussten die Österreichischen Niederlande den Krieg finanziell unterstützen. Diese Unterstützung ging in die Millionenhöhe. Erst nach den Friedensverhandlungen von Aachen wurde Karl Alexander von Lothringen zum Statthalter der Österreichischen Niederlande bestimmt. Er setzte sich sehr für die habsburgischen Interessen auf den Kriegsschauplätzen ein. Und so begann man in Wien endlich sich mit den Österreichischen Niederlanden und ihrer Zukunft auseinanderzusetzen.¹⁴⁵

Besonders wichtig für die österreichischen Niederlande war es auch, dass ihr Gebiet aus dem Siebenjährigen Krieg herausgehalten wurde. Dies gelang durch die bessere Beziehung zu Frankreich, die seit dem Jahr 1748, als der Frieden von Aachen geschlossen wurde, bestand. So hatte dieser Krieg keine negativen Auswirkungen auf die Ökonomie der Österreichischen Niederlande. Das neuangesiedelte Gewerbe hatte so die Möglichkeit sich immer weiter zu entfalten. Um Tournai und Namur florierte die Herstellung von Porzellan und Glas und die Produktion von Baumwollstoffen und Gaze konnte sich nicht nur in den alten Zentren des Textilgewerbes, sondern auch in kleineren Orten entwickeln. Im Süden der österreichischen Niederlande und im Fürstbistum Lüttich nahmen zu dieser Zeit die Kohleförderung und die Eisenerzeugung enorm zu. Diese Arbeit wurde durch den Gebrauch von Dampfmaschinen erleichtert und konnte somit schneller vorangehen.¹⁴⁶

Ab 1753 wurde Graf Wenzel Anton Kaunitz-Rietberg zum Hof- und Staatskanzler ernannt und übernahm die Verwaltungsreform. Er wollte einen einheitlichen Verwaltungsapparat aufbauen. Kaunitz war sich der Sonderstellung der Österreichischen Niederlande allerdings bewusst und war deshalb sehr bemüht nicht zu große und plötzliche Veränderungen in dem Gebiet vorzunehmen. So kam es in den einzelnen Institutionen der Österreichischen Niederlande zunächst nur zu geringen Anpassungen. Überwiegend beschränkte man sich bei den Zentralisierungsmaßnahmen auf die Behörden in Wien und deren Mitarbeiter, die für die Österreichischen Niederlande zuständig waren.

Durch diese industriellen und politischen Neuerungen blühte die Wirtschaft schließlich wieder auf. Dies wurde noch unterstützt durch den Ausbau des Straßen- und Kanalsystems und den Aufbau der Infrastruktur. Dadurch begann für die Österreichischen Niederlande eine Art „Goldenes Zeitalter“.¹⁴⁷ Zwischen dem Jahre 1764 und dem Ende der österreichischen

¹⁴⁵ Zedinger: Migration und Karriere, S. 13ff.

¹⁴⁶ Erbe: Belgien. Niederlande. Luxemburg, S. 171.

¹⁴⁷ Zedinger: Migration und Karriere, S. 13ff.

Herrschaft wurde das Straßennetz in Brabant um mehr als 500 km erweitert und in Flandern sogar um das Dreifache erweitert, auf mehr als 1100 km. So konnten sich die Niederlande, was die Dichte der Verkehrswege angeht, bereits am Ende des 18. Jahrhunderts an der Spitze Europas sehen. So gelang es, dass man die nötige Infrastruktur besaß, um einen florierenden Binnenhandel zu ermöglichen. Die Handelsbeziehungen nach außen wurden durch relativ geringe Zolltarife gefördert.¹⁴⁸

In der Mitte der achtziger Jahre kam es allerdings zu einer Teuerungswelle. Zwischen den Jahren 1786 und 1789 erhöhten sich die Lebenserhaltungskosten in Brüssel um bis zu 30 %. Durch die instabile politische Situation wurde die Lage noch verschlimmert. Die Unruhen stiegen an und ebneten so den Boden für revolutionäre Strömungen. Am Ende des 18. Jahrhunderts befand man sich schließlich erneut im Krieg.¹⁴⁹

Die Migration von belgischen Beamten nach Wien spielte auch eine enorme Rolle zu dieser Zeit, erst als, in der Mitte des 18. Jahrhunderts, die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in die Kompetenz der Hof- und Staatskanzlei eingegliedert worden war, verringerte sich dieser Zuzug. Nun allerdings entstand eine Auswanderungswelle in die entgegengesetzte Richtung. Dadurch, dass nach dem Frieden von Aachen die wirtschaftliche Lage in den Österreichischen Niederlanden zusehends aufwärts gegangen war, war dieses Gebiet nun sehr ansprechend. Viele Beamten aus Wien und Umgebung hatten nun großes Interesse daran eine Stelle im Verwaltungsapparat der Provinzen zu erlangen. Sie erhofften sich dadurch einen enormen Karrieresprung. Am Ende des Jahrhunderts, als es mehr und mehr zu den Ausschreitungen in Richtung einer Revolution ging, nahm so manche berufliche Laufbahn ein abruptes Ende. Am 1. Jänner 1787 erließ Joseph II. die Verordnung, dass alle traditionellen Regionalgremien in Brüssel aufgelöst werden mussten. Alle Tätigkeiten, die bis dahin die Gremien übernommen hatten, wurden nun in den zentralen Regierungsbehörden, im Conseil du Gouvernement Général, zusammengefasst. In diesen Regierungsbehörden fanden zunächst zahlreiche Beamte eine neue Arbeitsstelle, doch schon zwei Jahre darauf, begannen die ersten Tumulte.¹⁵⁰

Ökonomisch gesehen bestand immer ein reger Austausch zwischen den belgischen Provinzen und den anderen Erblanden. Schon als Karl VI. Kaiser war, war Antwerpen ein bedeutender Umschlagplatz, obwohl die Stadt in ständiger Konkurrenz mit Amsterdam stand. Antwerpen war führend zu dieser Zeit im Kaffee-, Tee- und Gewürzhandel. In kürzester Zeit entwickelte sich Antwerpen zum Zentrum für Kaufleute, Reeder und Bankiers. Außerdem ist

¹⁴⁸ Erbe: Belgien. Niederlande. Luxemburg, S. 171.

¹⁴⁹ Zedinger: Migration und Karriere, S. 13ff.

¹⁵⁰ Zedinger: Migration und Karriere, S. 27ff.

die Stadt bekannt für ihren Diamantenhandel. Viele Leute verdienten mit dem Verkauf und der Verarbeitung von Diamanten ihr Geld.

Ein weiterer wichtiger Handelspunkt in Belgien war Ostende. Auch diese Stadt trug zum wirtschaftlichen Aufschwung bei. Für die Habsburgermonarchie waren die belgischen Provinzen zu dieser Zeit sehr gewinnbringend in finanzieller Hinsicht. ¹⁵¹

4. Belgien unter österreichisch-habsburgischer Herrschaft

4.1 Spanischer Erbfolgekrieg

Im November 1700 verstarb Karl II. von Spanien. Dadurch entbrannten die Streitigkeiten erneut. Sowohl Ludwig XIV. als auch der deutsche Kaiser machten sich Hoffnungen, den spanischen Thron mit ihrem jeweiligen Kandidaten besetzen zu können. Der spanische Erbfolgekrieg dauerte bis 1713 an und zog die Franzosen, Habsburger, Niederländer und Engländer immer tiefer in den Krieg.

Der Vertrag von Utrecht legte schließlich fest, dass die spanischen Niederlande ab 1713 zu den österreichischen Habsburgern gehören sollten, die zu dieser Zeit von Karl VI. regiert wurden. Für Karl VI. galten sie von nun an als österreichisches Hoheitsgebiet und standen auf derselben Ebene, wie die anderen österreichischen Erbländer, von denen sie aber komplett unabhängig blieben.

Ab 1715 wurde der Barrierenvertrag beschlossen. Dieser sorgte dafür, dass die Niederlande das Recht hatten in Namur, Tournai, Menen, Warneton, Ieper, Veurne, Knokke / Ijzer und Dendermonde bewaffnete Garnisonen zu unterhalten. Zusätzlich wurde durch diesen Vertrag die Schließung der Schelde für den Schiffsverkehr von Antwerpen bis zum Meer festgelegt.

¹⁵²

¹⁵¹ Zedinger: Migration und Karriere, S. 30.

¹⁵² Minke: Habsburg in Limburg, S. 20ff.

4.2 Belgien unter der Herrschaft von Maria Theresia und Joseph II.

Maria Theresia übernahm im Jahre 1740 die Herrschaft ihres Vaters Karl VI.

Dies missfiel den meisten europäischen Mächten jedoch und so entbrannte, wie bereits erwähnt, ein neuer heftiger Krieg um die österreichische Erbfolge, der bis 1748 andauerte. Auch diesmal wurden die südlichen Niederlande erneut von zahlreichen Truppen der anderen Länder besetzt. Dieser Krieg war dann aber bis ins Jahr 1792 der letzte, der sich auf der Fläche der südlichen Niederlande abspielte. Von 1756 bis 1763 herrschte zwar der Siebenjährige Krieg, doch dabei zogen die Armeen nur durch die südlichen Niederlande. Die Schlachten wurden dagegen auf preußischem Gebiet geschlagen.

Nachdem der Krieg um die österreichische Erbfolge beendet war, konzentrierte sich Maria Theresia auf die Verwaltung ihrer Staaten. Ihr Ehemann Franz Stephan von Lothringen wurde am 4. Oktober 1745 zum deutschen Kaiser gekrönt.

In den österreichischen Niederlanden ernannte Maria Theresia Karl Alexander von Lothringen, einen Bruder ihres Mannes, zum Statthalter. Er amtierte von 1744 bis 1780 und erfreute sich großer Beliebtheit.

Die österreichischen Niederlande fühlten sich sehr wohl unter ihrer neuen Herrscherin und nicht zu Unrecht wurde diese Zeit häufig als die „glücklichste“ Epoche beschrieben.¹⁵³ Dies kann man auch an folgendem Zitat des damaligen Bürgermeisters vom Ort Hergenrath aus der Gemeindechronik erkennen:

„Die Regierung der unvergeßlichen Kaiserin Maria Theresia nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges (1763) war unstreitig die glücklichste Epoche für die Niederlande; und als diese große Fürstin im Jahre 1780 starb, verbreitete sich so große Trauer über das ganze Land, daß sie auf mich, trotz meines erst 16jährigen Alters, einen tiefen, unauslöschlichen Eindruck gemacht hat.“¹⁵⁴

Als Maria Theresia am 29. November 1780 verstarb, war die Trauer im ganzen Land sehr groß.

Ihr Sohn, Joseph II., hatte bereits seit 1765 zusammen mit seiner Mutter als Mitregent agiert. Er übernahm nun die volle Regierungsgewalt. Im Gegensatz zu seiner Mutter verscherzte er sich immer mehr mit der niederländischen Bevölkerung. Dies geschah vor allem durch seine überstürzte und zum Teil auch sehr aggressive Reformpolitik. In sehr kurzer Zeit versuchte

¹⁵³ Minke: Habsburg in Limburg, S. 24ff.

¹⁵⁴ Gielen: Das Eupener Land im Wandel der Zeit, S. 34.

er zahlreiche Reformen durchzuführen. Dies missfiel den Erbländen. Seine Reformideen waren häufig sehr zukunftsorientiert und fortschrittlich, doch die Art und Weise, wie er diese versuchte durchzusetzen, führte zu starkem Widerwillen der Bevölkerung. Auch brachten ihn viele seiner Ideen in Konflikt mit dem Adel, der Geistlichkeit und dem Besitzbürgertum, die weiterhin auf ihre Privilegien bestanden. Diese ganze Missgunst gipfelte schließlich 1789 in einem bewaffneten Aufstand, der die österreichische Stellung sehr erschütterte.¹⁵⁵

Mit den belgischen Provinzen besaßen die Habsburger einen loyalen und profitablen Besitz. Der Wert der Provinzen war höher, als der Schlesiens, aber dennoch wollten sowohl Maria Theresia, als auch Joseph II. die Provinzen gerne gegen Schlesien tauschen. Dies kam während ihrer Regierungszeit immer wieder zur Sprache. Obwohl Bayern jährlich eine oder sogar zwei Millionen Gulden weniger Gewinn erbrachte, als die belgischen Provinzen.

Joseph schrieb diesbezüglich einen Brief an Leopold. Und machte ihn darauf aufmerksam, dass man den Rückstand der Einnahmen seines Landes durch einen Kredit verbessern könnte. Leopold aber war anderer Meinung und die Angelegenheit wurde noch komplizierter, als sich auch die anderen Großmächte einschalteten und auch ihrerseits eine Machterweiterung verlangten, wenn die Habsburgermonarchie wirklich Bayern bekommen sollte.¹⁵⁶

4.2.1 Die Sprache in den Österreichischen Niederlanden

Unter den Habsburgern war die Amtssprache, die verwendet wurde in den Behörden und zum Verfassen von Edikten, ausschließlich Französisch. So kommt es auch, dass zahlreiche Briefe Maria Theresias auf Französisch verfasst sind.¹⁵⁷ Doch nicht jeder konnte zu dieser Zeit Französisch sprechen, so dass diese Verwendung den Bildungsstand der Leute widerspiegelte und die Bevölkerung entzweite. Es entstand eine „soziale“ Sprachgrenze oder auch Barriere. Französisch war die Sprache der Ober- und der aufstrebenden Mittelschicht. Die Bildungsschicht interessierte sich zu dieser Zeit sehr für die aufkommende Aufklärung und die französischen Philosophen. Dies steigerte den Einfluss der Französischen Sprache un-
gemein. Die Menschen der Unterschicht lernten kein Französisch und hatten auch nicht die Gelegenheit sich mit der Thematik der Aufklärung oder der Philosophen auseinanderzusetzen.

¹⁵⁵ Minke: Habsburg in Limburg, S. 24ff.

¹⁵⁶ Beales, Derek: Joseph II. In the Shadow of Maria Theresia 1741 - 1780. Bd. 1. Cambridge. London. Sydney (u.a.). Cambridge University Press. 1987, S. 397.

¹⁵⁷ Pabst, K.: Politische Geschichte des deutschen Sprachgebiets in Ostbelgien bis 1944. In: Nelde, P. (ed): Deutsch als Muttersprache in Belgien. Wiesbaden. Steiner-Verlag. 1979, S. 14.

Trotzdem wurde aber auch weiterhin das Niederländische als Verwaltungssprache verwendet. Zum Beispiel wurden alle Dokumente der „Staten van Vlaanderen“ und „Staten van Brabant“, dies waren die höchsten Verwaltungsgremien der beiden Länder, ausschließlich auf Niederländisch verfasst. Und auch die interne Sprache in den Gremien war weiterhin Niederländisch. Wenn es allerdings zu Verhandlungen mit der österreichischen Zentralverwaltung kam, dann wurden diese auf Französisch geführt. Auch Dokumente und Gesetze, die von der österreichischen Zentralverwaltung veröffentlicht wurden, waren wiederum nur auf Französisch.

Die Bevölkerung der Österreichischen Niederlande sträubte sich jedoch dagegen, dass Französisch einen höheren Stellenwert haben sollte, als ihre Landessprache.¹⁵⁸ Da die Bevölkerung unter sich meist flämische Dialekte sprach, außer die aristokratischen Landbesitzer und städtischen Bourgeois, diese sprachen Französisch.¹⁵⁹ So ging Maria Theresia schließlich darauf ein und bestimmte, dass alle Verordnungen, die für Flandern und Brabant bestimmt waren, auf Niederländisch übersetzt werden mussten.

¹⁶⁰

Erst unter der Statthalterin Maria Elisabeth wurde der Gebrauch von Französisch und Spanisch in Brüssel fast abgeschafft. Die Berichte wurden zunehmend auf Deutsch verfasst. Erst unter Karl von Lothringen ändert sich dies wieder. Französisch wurde nun immer häufiger gesprochen und als Kanzlei- und Diplomaten-sprache verwendet.¹⁶¹

Um kurz abschließend die Sprachpolitik der Österreicher zusammenzufassen: Die Habsburger haben indirekte Sprachpolitik in den Niederlanden betrieben, allerdings sind sie bei den Sprachfragen immer von den praktischen Überlegungen ausgegangen. Für sie war es einfacher, je mehr auf Französisch verfasst wurde. Dennoch kann man nicht davon sprechen, dass sie eine allgemeine und gezielte Französisierungspolitik betrieben hätten. Aber dadurch, dass die Habsburger selbst sich sehr oft der Französischen Sprache bedienten, wenn es um die Regelung der öffentlichen Angelegenheiten ging, haben sie sehr zu einem wachsenden Prestige dieser Sprache beigetragen.¹⁶²

¹⁵⁸ Willemyns, Roland: Het verhaal het vlaams. De geschiedenis van het Nederlands in de Zuidelijke Nederlanden. Antwerpen: Standaard Uitgeverij. Utrecht: Spectrum. 2003, S. 156.

¹⁵⁹ Dries: Schule aus Spiegel Politisch-Gesellschaftlicher Entwicklungen, S. 326.

¹⁶⁰ Willemyns: Het verhaal het vlaams, S. 156.

¹⁶¹ Zedinger: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795), S. 55ff.

¹⁶² Willemyns, Roland: 175 Jahre Sprachplanung und Sprachpolitik in Belgien. In: Begeat-Neuschäfer, Anne (Hrsg.): Belgien im Fokus. Geschichte. Sprachen. Kulturen. Belgien im Blick: Interkulturelle Bestandsaufnahmen. Band 1. Europäischer Verlag der Wissenschaften. Frankfurt am Main. 2007, S. 213.

4.2.2 Veränderungen und Reformen

Mitte des 18. Jahrhunderts wurde klar, dass die österreichischen Niederlande dringend einige Erneuerungen und Reformen benötigten. Zu dieser Zeit bestand nur ein extrem verworrenes System der Verwaltung auf zentraler, provinzieller und städtischer Ebene. Das Land hatte sich unter Österreich bereits wirtschaftlich schnell modernisiert und es entstand zusehends ein selbstbewussteres Unternehmungsbürgertum. Doch trotzdem besaß die Kirche immer noch eine Dominanz über das alltägliche Leben und auch die Vorrangstellung des Adels bestand weiterhin. Die Bevölkerung der österreichischen Niederlande war zu dieser Zeit noch nicht so selbstständig, dass sie eine Reformentwicklung von innen heraus bewirken hätten können. So war dies die alleinige Aufgabe des Landesherrn. Unter Maria Theresia startete diese Reformbewegung langsam.¹⁶³

In den 60er-Jahren des 18. Jahrhunderts entwickelte sich zunehmend bei der Bevölkerung der Provinzen ein spezifisch belgisches Bewusstsein. Die Habsburger hatten durch ihre Regierung daran einen wesentlichen Anteil. Unter der habsburgischen Herrschaft hatten diese immer wieder versucht, dass die Österreichischen Niederlande eine belgische Identität entwickeln konnten. Die Reformpolitik war ambivalent im Hinblick auf die Staats- und Nationsbildung. Auf der einen Seite wollten die Habsburger die Kompetenzen der Verwaltung in Brüssel auf Kosten von provinziellen, regionalen und kommunalen Institutionen ausweiten, wie besonders der Stände- und Räteversammlungen. Die einzelnen Provinzen sollten als ein einheitlicher Herrschaftsverband zusammengefasst werden. Dies wären gute Voraussetzungen gewesen, dass sich ein eigenständiger belgischer Staat unter der habsburgischen Monarchie hätte entwickeln können. Auf der anderen Seite jedoch spiegelte sich in den Reformen wider, dass die Österreichischen Niederlande, genau wie alle anderen Erbländer der Habsburgermonarchie auch, immer stärker an diese angeglichen, integriert und die Verwaltungsstrukturen der Länder zentralisiert werden sollten. Dies behinderte dagegen die Entwicklung eines belgischen Staates. Die belgischen Provinzen kamen den habsburgischen Herrschern in Hinblick auf die Reformierung ihrer Verwaltung entgegen und ließen diese ungehindert zu. Schon im Jahr 1757 wurde, wie erwähnt, der Höchste Rat der Niederlande durch das Niederländische Departement der Hof- und Staatskanzlei ersetzt. Unter Joseph II. wurde dieser Reformwandel noch verstärkt und auf andere Ebenen des Verwaltungswesens ausgedehnt. Diese beiden beschriebenen Tendenzen widersprechen sich eigentlich und schließen sich gegenseitig aus. Doch dies hatten die Habsburger nicht bis zum Ende durch-

¹⁶³ Erbe: Belgien. Niederlande. Luxemburg, S. 172-173.

dacht. Ihr zentrales Augenmerk lag lediglich darauf, die Strukturen im Sinne des Aufgeklärten Absolutismus zu modernisieren.¹⁶⁴

Wenn man nun den Aufgeklärten Absolutismus in Österreich zu dieser Zeit betrachtet, lässt sich eine ganz besondere Dynamik erkennen. Das pragmatische Element spielte dabei eine zentrale Rolle. Dies spiegelt sich in den großen Reformen wider, die in Österreich durchgeführt wurden, denn sie sind aus der innen- und außenpolitischen Krise der dreißiger und vierziger Jahre des 18. Jahrhunderts entstanden und im Reformprozess wiesen sie immer wieder markante pragmatische Merkmale auf. Man begann mit einigen wenigen Reformen, dabei stieß man immer wieder auf neue Probleme, so dass die Reformen ausgeweitet wurden und manche Lebensbereiche immer mehr vom Reformprozess erfasst wurden. Dieser Vorgang wird als „Verbreitungsdynamik“ bezeichnet. Zusätzlich gab es eine „Beschleunigungsdynamik“, die zeitliche Abfolge der Reformen wurde immer kürzer. Es wurden immer mehr Reformen in einer immer kürzeren Zeit durchgeführt. Neben Maria Theresia und Joseph II. hatte besonders auch Kaunitz einen enormen Einfluss auf den Reformwandel.¹⁶⁵

4.2.3 Reformpolitik Maria Theresias und Josephs II. im Vergleich

Die Reformpolitik von Maria Theresia und Joseph II. war im Hinblick auf die Staats- und Nationsbildung ambivalent. Auf der einen Seite war ihr Ziel „die Kompetenzen der Verwaltung in Brüssel auf Kosten von provinziellen, regionalen und kommunalen Institutionen wie besonders den Stände- und Räteversammlungen auszuweiten und die einzelnen Provinzen in einem einheitlichen Herrschaftsverband institutionell zusammenzufassen; auf diese Weise wäre die Entwicklung eines mehr oder weniger eigenständigen belgischen Staates innerhalb der habsburgischen Gesamtmonarchie denkbar gewesen.“¹⁶⁶ Auf der anderen Seite wollten die Habsburger jedoch die Österreichischen Niederlande immer stärker in das Habsburgerreich integrieren und die Verwaltungsstrukturen innerhalb des Gesamtreichs zentralisieren.¹⁶⁷

Unter Maria Theresia gab es keinerlei Oppositionen gegen die Habsburgermonarchie von Seiten der Österreichischen Niederlande. Ganz anders bei ihrem Sohn Joseph II. Sie bemühte sich immer eine ausgeglichene und kompromissbereite Regentin zu sein. Das bedeu-

¹⁶⁴ Koll: Die belgische Nation, S. 57ff.

¹⁶⁵ Szabo: Wenzel Anton Kaunitz-Rietberg und seine, S. 21-22.

¹⁶⁶ Koll: Die belgische Nation, S. 57.

¹⁶⁷ Koll: Die belgische Nation,, S. 57ff.

tet, dass die Leute, die sich später unter Joseph II. zu einer Opposition zusammenschlossen, unter Maria Theresia nicht in Widerspruch gegen die Politik der habsburgischen Regierung standen. Dies änderte sich erst, nachdem Joseph II. die Alleinherrschaft angetreten hat. Große Teile der Bevölkerung empfanden seine Vorgehensweise und Schnelligkeit, wie er seine neuen Reformen durchbringen wollte, als erschreckend, da er sehr rasant und energisch dabei vorging. So kam es sehr schnell zu einer Entfremdung zwischen dem Kaiser und der Bevölkerung. Und nachdem dies einmal der Fall war, war es sehr schwierig, dies wieder zu ändern.¹⁶⁸

Entwicklung der Reformen unter Maria Theresia

1. Politische Veränderungen

Maria Theresia lag die Reorganisation des Justiz- und Verwaltungswesens in den österreichischen und böhmischen Ländern sehr am Herzen. Allerdings konnten die grundlegenden Reformen, wie bereits erwähnt, erst nach dem Frieden von Aachen durchgeführt werden, da davor die gesamte Aufmerksamkeit der Habsburgermonarchie für den Krieg verwendet wurde. Bei den Entwicklungen und Neuerungen, die damals unter Maria Theresia starteten, ging es weit über Neuorganisationen hinaus, man muss dabei von einer Staatsreform sprechen. Die Leitung der Durchführung der Reformen übernahm größtenteils Graf Friedrich Wilhelm von Haugwitz. Er war schlesischer Konvertit, der nach dem Verlust des größten Teils seines Heimatlandes an Preußen zum Leiter der Verwaltung von dem Rest Schlesiens, das Österreich erhalten blieb, in Troppau wurde. Haugwitz begann mit seinen Reformen in Österreichisch-Schlesien, danach in Kärnten und Krain. Maria Theresia folgte seinen Reformvorschlägen, obwohl sie von Seiten der meisten Räte auf Widerstand traf.¹⁶⁹ Es wurden im Jahre 1749 unter Graf Haugwitz folgende Stellen neu geschaffen: Die Oberste Justizstelle, die aus einem Kanzler, zwei Vizekanzlern und 15 Räten bestand. Diese hatte die Funktion eines Obersten Gerichtshofes und eines Justizministeriums. Außerdem wurde, als oberste Verwaltungsbehörde für die inneren Angelegenheiten und das Finanzwesen, das Directorium in internis (Directorium in publicis et cameralibus) gegründet. Der erste Leiter des Directoriums wurde Haugwitz. Für das Kriegswesen war immer noch der Hofkriegsrat zuständig und für die äußeren Angelegenheiten die Geheime Haus-, Hof- und Staatskanzlei. Aber auch in Be-

¹⁶⁸ Koll: Die belgische Nation, S. 107.

¹⁶⁹ Zöllner: Geschichte Österreichs, S. 314.

zug auf die Militärverwaltung gab es Reformen, die durchgeführt wurden. Im Jahr 1746 wurde das Generalkriegskommissariat zu einer selbstständigen Hofstelle ernannt.¹⁷⁰ Am Ende des Jahres 1761 wurde das Directorium dann in die vereinigte böhmische und österreichische Hofkanzlei umgeändert. Dort stand nun der Oberhofkanzler an oberster Stelle. Diese Einrichtung blieb bis ins Jahre 1848 bestehen, jedoch gab sie die Angelegenheiten des Finanzwesens im Jahr 1765 an die Hofkammer ab.¹⁷¹

Wie in dem Kapitel „Die Verwaltung der Habsburgermonarchie“ bereits erwähnt und auf der eingefügten Darstellung von Wilhelm Brauneder gut zu erkennen, gab es auch ab 1749 in den Erbländern der Monarchie folgende Unterteilungen: An oberster Stelle stand nach wie vor der Monarch bzw. die Monarchin. Ein Staatsrat hatte die Funktion des beratenden Organs an der Seite des Monarchen oder der Monarchin. Somit besaßen alle Territorien, die der Habsburgermonarchie angehörten, eine einheitliche bürokratische Spitze. Zu dem monarchischen Behördenapparat gehörten außerdem das Heer und somit der Hofkriegsrat, die Haus-, Hof- und Staatskanzlei und das Direktorium, das unterteilt wurde in die Hofkanzlei und die Hofkammer.¹⁷² Bereits seit 1742 waren die außenpolitischen Agenden und die Angelegenheiten des Herrscherhauses nicht mehr Angelegenheit der österreichischen Hofkanzlei, sondern der neu gegründeten „Haus-, Hof- und Staatskanzlei“. Diese Maßnahme hatte eine große Bedeutung für das politische Geschehen und zeigte sich besonders daran, dass Kaunitz die Leitung der neuen Hofstelle übernahm.¹⁷³ Eine entscheidende Neuerung war, dass parallel zum monarchischen Behördenapparat auch Mittel- und Unterbehörden in eigenen Gouvernementsbezirken ins Leben gerufen wurden. Das Gubernium, das von nun an die oberste staatliche Stelle bildete, sollte in der allgemeinen Verwaltung den Willen des Monarchen oder der Monarchin repräsentieren und sich ansonsten besonders mit der Finanzverwaltung auseinandersetzen. Aus diesem Grund war eine der ersten Bezeichnungen für das Gubernium „Repräsentation und Kammer“. ¹⁷⁴ Es unterstand direkt dem Direktorium und wurde von dem Präsidium, dem Vorsitzenden der Stände, geleitet.¹⁷⁵

Das Gubernium war die vorgesetzte Behörde der Kreisämter, die überwiegend für die Kontrolle der Grund- und Stadtherrschaft zuständig waren. Die untersten Verwaltungseinheiten wurden dagegen durch die Ortsgemeinden gebildet. Neben dem Gouvernement bestanden zusätzlich die einzelnen Landtage.¹⁷⁶

¹⁷⁰ Zöllner: Geschichte Österreichs, S. 313.

¹⁷¹ Zentner: Chronik, S. 135-136.

¹⁷² Brauneder; Lachmayer: Österreichische Verfassungsgeschichte, S. 83.

¹⁷³ Zöllner: Geschichte Österreichs, S. 313.

¹⁷⁴ Brauneder; Lachmayer: Österreichische Verfassungsgeschichte, S. 83.

¹⁷⁵ Zentner: Chronik, S. 135-136.

¹⁷⁶ Brauneder; Lachmayer: Österreichische Verfassungsgeschichte, S. 83.

Diese Behörden zählten sowohl für alle österreichischen als auch böhmischen Länder. In Ungarn und den Niederlanden war es so, dass weiterhin die eigenen, älteren feudalen Institutionen beibehalten wurden. Erst nach und nach wurde versucht auch in diesen Gebieten die Neuerungen einzuführen. Es war möglich verschiedene verwaltungsmäßige und wirtschaftspolitische Maßnahmen durchzuführen, die den Zusammenhang mit Österreich festigten.

Graf Wenzel Kaunitz, der später zum Fürsten ernannt wurde, wurde nach Wien gerufen, um dort die Rolle des Staatskanzlers und damit Leitung über die auswärtigen Angelegenheiten zu übernehmen. Unter ihm wurde die Staatskanzlei als eigentliches österreichisches Außenministerium eingerichtet. Dies geschah im Jahr 1753.

Außerdem wurde die „Hofdeputation in Banaticis, Transsylvanicis et Illyricis“ als zuständige Behörde gegründet, um den chronischen Konflikt zwischen den Wiener Hofstellen, den ungarischen Ständen und den südungarischen Serben zu schlichten.¹⁷⁷

Am 26. Jänner 1761 wird der österreichische Staatsrat errichtet, als die oberste beratende Körperschaft. Am Ende dieses Jahres wurde das „Directorium in politicis et cameralibus“ umgewandelt in die „Vereinigte böhmisch-österreichischen Hofkanzlei“.¹⁷⁸

2. Weitere wichtige Reformen in Wien

In Wien wurde im Jahr 1749 das Polizeikommissariat errichtet, als oberste Polizeibehörde. Unter Kaiser Joseph II. wurde diese in Polizeidirektion umbenannt. Durch diese eben genannten Reformen wurden unter Maria Theresia die österreichischen Länder organisiert und zentralisiert, ein wichtiger Schritt in Richtung Staatswerdung.¹⁷⁹

Später im Jahr 1749 wurde das Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien gegründet, um einen besseren Überblick über alle wichtigen Urkunden und Akten zu ermöglichen.¹⁸⁰ Außerdem gab es unter Maria Theresia eine Währungsreform.

Im Jahr 1752 kam es zur Errichtung der Militärakademie in Wiener Neustadt, die als hohe Schule des österreichischen Offizernachwuchs verwendet wurde.¹⁸¹

¹⁷⁷ Zöllner: Geschichte Österreichs, S. 313f.

¹⁷⁸ Zentner: Chronik, S. 142ff.

¹⁷⁹ Zentner: Chronik, S. 135-136.

¹⁸⁰ Zöllner: Geschichte Österreichs, S. 313.

3. Das Bildungswesen

Die Regierungszeit Maria Theresias brachte auch für das Bildungswesen den Anbruch in eine neue Zeit. Schon im ersten Jahrzehnt ihrer Herrschaft kam es zu einzelnen lokalen, schulischen Initiativen. Im Jahr 1760 wurde die Autonomie der Studienkommission beschlossen und damit begann die Hauptarbeit in diesem Bereich.¹⁸² Am bedeutendsten war, dass ab Ende 1774 in Österreich die allgemeinen Volksschulen eingeführt wurden und eine allgemeine Schulordnung für die deutschen Normal-, Haupt- und Trivialschulen entstand.¹⁸³ Dies waren die Anfänge des staatlichen Schulwesens in Österreich. Durch Maria Theresia wurde zu dieser Zeit auch festgelegt, dass es eine sechsjährige Schulpflicht geben musste.¹⁸⁴ Allerdings konnte dies nur mit erheblichen regionalen Unterschieden im Tempo durchgesetzt werden. Außerdem galt die Schulpflicht für Mädchen später als für Jungen. Für die Neuorganisation des niederen Schulwesens beauftragte Maria Theresia den Abt Ignaz Felbiger von Sagan, aus dem preußischen Schlesien, der 1774 eine „Schulordnung“ erstellte. An den Volksschulen wurde Lesen, Schreiben und Rechnen gelehrt und an den übergeordneten Hauptschulen kam Lateinunterricht hinzu. Später wurden zusätzlich Normalschulen geschaffen, die als Lehrerbildungsanstalt vorgesehen waren.

Für die Überwachung des gesamten Schulwesens war die Wieder Studienkommission zuständig. Das Vermögen des aufgelösten Jesuitenordens war die finanzielle Basis. Vorher hatte dieser Orden zahlreiche Gymnasien geleitet. Nun übernahm die führende Rolle im Schulwesen der Piaristenorden. Einige Stiftgymnasien des alten Ordens, die noch unter Maria Theresia eine bedeutende Rolle gespielt hatten, wurden unter Joseph II. durch die Klostersaufhebung geschlossen. So kam es, dass sich während der Herrschaft Josephs II. die Zahl der Gymnasien verringerte, im Vergleich zur Zeit der Herrschaft seiner Mutter die Zahl der Volksschulen dagegen erhöht wurde.

Weitere wichtige Neugründungen unter Maria Theresia waren außerdem das Theresianische Kollegium bzw. dessen 1751 verselbstständigte Oberstufe, die Theresianische Ritterakademie, die als Ausbildungsstätte für junge Adelige für den öffentlichen Dienst vorgesehen war und die Orientalische Akademie, die im Jahr 1754 errichtet wurde und zur Schulung für die Vertretung des Staates im Ausland dienen sollte.

Diese Entwicklungen stießen allerdings nicht nur auf Zustimmung. Besonders aus den kirchlichen Kreisen kam es zu Widerstand, auch zahlreiche Grundherren waren gegen die Schul-

¹⁸¹ Zentner: Chronik, S. 135-136.

¹⁸² Zöllner: Geschichte Österreichs, S. 376.

¹⁸³ Zentner: Chronik, S. 142ff.

¹⁸⁴ Zöllner: Geschichte Österreichs, S. 316.

pflicht für die bäuerliche Jugend, da ihnen somit zahlreiche Arbeiter genommen wurden. Die Stände versuchten die Volksschulen in die Hand zu bekommen, dies wurde aber von staatlichen Behörden verhindert.

Auch an den Universitäten kam es zu zahlreichen Erneuerungen. Während der thesesianisch-josephinischen Epoche wurde die konfessionelle durch eine staatliche Bevormundung abgelöst. Ein besonderes Augenmerk Maria Theresias lag auf der Universität in Wien, da sehr viele österreichische Studenten sich zu dieser Zeit entschlossen hatten an ausländische Universitäten zu gehen. Aus diesem Grund wurde Gerhard van Swieten, der Leibarzt Maria Theresias aus Holland, damit beauftragt eine Universitätsreform auszuarbeiten. So wurde zunächst die Studienordnung der medizinischen Fakultät 1749 erneuert. Später wurde dies in analoger Weise auch mit den anderen drei Fakultäten durchgeführt. Studiendirektoren vertraten den Staat an den Fakultäten. Die Jesuiten wurden immer mehr aus ihren leitenden Positionen verdrängt, die Bibliothek des Ordens wurde 1773 aufgehoben und der Universität zugesprochen. Ab dem Jahr 1778 wurden Protestanten und ab 1782 Juden zu den Studien und zur Graduierung zugelassen. Ähnliche Entwicklungen wie an der Universität Wien wurden auch in Graz und Innsbruck durchgeführt.

Die deutsche Sprache ersetzte die lateinische als allgemeine Unterrichtssprache an den Universitäten. Weiterhin lag der Schwerpunkt auf der Ausbildung akademisch qualifizierter Staatsdiener, so dass der wissenschaftliche Rang an den Bildungsanstalten weiterhin nachrangig war. Trotzdem gab es wichtige Studienerfolge sowohl an der juristischen als auch an der medizinischen Fakultät der Universität Wiens.¹⁸⁵

Maria Theresia setzte sich Zeit ihres Lebens für die Gründung einer österreichischen Akademie der Wissenschaft ein. Eine naturwissenschaftlich orientierte Akademie war im Rahmen der Schulreformen vorgesehen gewesen, konnte aber aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten erst im Jahr 1847 errichtet werden, da Maria Theresia den Schwerpunkt ihrer Reformen und finanziellen Ausgaben anders legte.¹⁸⁶

Unter Maria Theresia entwickelte sich das Bildungswesen der Niederlande deutlich besser als zuvor. Sie erließ diesbezüglich zahlreiche Reformen. Im Jahre 1754 beauftragte Maria Theresia den Grafen Patrice François de Nény als königlichen Kommissar mit der Reform der Universität Löwen. Zunächst stießen diese Maßnahmen auf Widerstand, besonders in der theologischen Fakultät, aber schon bald erbrachten sie erfolgreiche Ergebnisse.¹⁸⁷

¹⁸⁵ Zöllner: Geschichte Österreichs, S. 376ff.

¹⁸⁶ Zöllner: Geschichte Österreichs, S. 383-384.

¹⁸⁷ Minke: Habsburg in Limburg, S. 40ff.

4. Kirche und Klerus

Es gab erhebliche Spannungen zwischen der Kirche, dem Klerus und Maria Theresia. Sie war die Tochter einer welfischen Protestantin, die vor ihrer Ehe zum Katholizismus übergetreten war. Maria Theresia selbst war streng katholisch und sie konnte sich nicht mit dem Gedanken anfreunden, den ihr Sohn Joseph II. später durch das Toleranzpatent durchführte, dass alle Konfessionen toleriert werden sollten. Aber dennoch begann auch im kirchenpolitischen Bereich unter Maria Theresia ein neues Zeitalter, nämlich das der „katholischen Aufklärung“. Diese Epoche löste den Barockkatholizismus ab.¹⁸⁸

Maria Theresia war es bei ihren Reformen wichtig, dass der Einfluss der Kirche und des Klerus nicht mehr so groß sein sollte. Dies spielte nicht nur im Bereich des Bildungswesens eine große Rolle. Sie war zwar auf der einen Seite eine sehr religiöse Frau, aber auf der anderen Seite wollte sie verhindern, dass der Klerus „eine vom Fürsten in dessen eigenen Staaten unabhängige Republik“ bilde.¹⁸⁹

Maria Theresia ließ die Zahl der Wallfahrten und Prozessionen einschränken, die Gründung neuer Klöster wurde erschwert, bzw. fast verhindert, die Ablegung des Klostersgelübdes war vor dem 24. Lebensjahr untersagt und wurde bestraft, außerdem musste nun auch der Klerus Steuern zahlen, Visitationen durch päpstliche Legaten wurden verboten und die Aufhebung des Jesuitenordens beschlossen. Maria Theresia setzte hier zwar nur die staatskirchlichen Traditionen ihrer althabsburgischen Vorfahren fort, aber ihre Begründungen zu diesen Maßnahmen waren andere, als die ihrer Vorfahren. Die Althabsburger sahen ihre Rechtfertigung in der Stellung des Herrschers auch als Schützer der Kirche. Bei Maria Theresia und später auch Joseph II. stand dagegen der Gedanke an das Wohl des Staates und seiner Untertanen im Vordergrund. Utilitaristische und merkantilistische Überlegungen forderten die Einschränkung der Zahl der Feiertage und der Wallfahrten oder auch des kirchlichen Prunks aus wirtschaftlichen Gründen.¹⁹⁰

Ein weiteres Durchgreifen Maria Theresias gegen den großen Einfluss des Klerus ist auch, in dem Verbot zu sehen, die päpstlichen Rundschreiben in ihren Staaten ohne vorherige Genehmigung zu veröffentlichen. Außerdem griff sie in die Bischofs- und Pfarrernennung ein, beauftragte die Gemeindebehörden, die Führung der Tauf-, Heirats- und Sterberegister durch die Priester zu überwachen.

¹⁸⁸ Wandruszka: Das Haus Habsburg, S. 164.

¹⁸⁹ Minke: Habsburg in Limburg, S. 47.

¹⁹⁰ Wandruszka: Das Haus Habsburg, S. 164.

Entwicklung der Reformen unter Joseph II.

Bereits bei seinem Regierungsantritt im Jahre 1781 rief Joseph II. bei vielen Belgiern Unmut hervor, da nicht er persönlich den Eid leistete, sondern das Throngelübde durch die Generalstatthalter bzw. die Provinzialgouverneure ablegen ließ. Trotzdem blieb es in den ersten Jahren seiner Alleinherrschaft relativ ruhig und es kam nur zu vereinzelt Protesten, die meistens die kirchlichen Reformbewegungen betrafen.¹⁹¹

Joseph II. führte zahlreiche Reformbewegungen, die seine Mutter begonnen hatte, weiter.¹⁹² Seine Reformen waren immer im Einklang mit den Ideen der Aufklärung, doch für die Bevölkerung waren diese zu fortschrittlich und wurden zudem zu vollständig und zu schnell durchgeführt. Dies verhinderte eine direkte und komplette Akzeptanz.¹⁹³ Er war allerdings bestrebt, den Reformrückstand so schnell wie möglich nachzuholen. Im Jahre 1781 reiste er „inkognito“ durch die niederländischen Provinzen, um sich vor Ort ein eigenes Bild zu machen. Neue Statthalter in den Provinzen wurden, wie erwähnt, zu dieser Zeit seine Schwester Marie Christine (in manchen Büchern auch als Maria Christina erwähnt) und ihr Mann Albrecht von Sachsen-Teschen.¹⁹⁴

Joseph II. hatte ursprünglich bereits im Jahr 1768 eine Reise durch die belgischen Provinzen geplant, doch da ihm die Haltung des damaligen Statthalters, Karl Alexander von Lothringen, in Brüssel so sehr missfiel, verlegte er seine Reise auf eine spätere Zeit. Er war der Meinung, dass dieser in einer sehr schlechten und veralteten Art und Weise regierte. Maria Theresia hatte diese lockere Art der Verwaltung immer gebilligt, doch Joseph II. wollte nicht, dass Karl von Lothringen weiter Statthalter blieb. Die Art Regierung stand zu sehr im Gegensatz zu seiner eigenen. Als Karl Alexander von Lothringen aber im Jahr 1780 verstarb, war das Hindernis für eine Reise durch die belgischen Provinzen für Joseph II. behoben.¹⁹⁵

Auf seiner Reise bekam Joseph II. einen eigenen Eindruck, der durchweg negativ war. Als er schließlich, nach einer siebenwöchigen Reise, zurück in Wien war, ließ er direkt die meisten hohen Beamten, die zu Zeiten seiner Mutter eingestellt worden waren, entlassen.¹⁹⁶ Er versprach zwar den Provinzen zu Beginn seiner Herrschaft, dass er ihre Privilegien und die Rechte der Stände respektieren und beibehalten würde, doch nun setzte er sich über dieses Versprechen hinweg.¹⁹⁷

¹⁹¹ Koll: Die belgische Nation, S. 107ff.

¹⁹² Minke: Habsburg in Limburg, S. 47ff.

¹⁹³ Erbe: Belgien. Niederlande. Luxemburg, S. 174.

¹⁹⁴ Zedinger: Migration und Karriere, S. 34.

¹⁹⁵ Beales, Derek: Joseph II. Against the World 1780 – 1790, S. 137.

¹⁹⁶ Erbe: Belgien. Niederlande. Luxemburg, S. 171.

¹⁹⁷ Zedinger: Migration und Karriere, S. 34.

Für die niederländischen Provinzen war die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts, wie erwähnt, eine Zeit des Aufschwungs. Sie waren nun nicht mehr dauernder Kriegsschauplatz und konnten ihre Wirtschaft wieder in Schwung bringen. Durch Joseph II. begannen neue Geistesströmungen, die durch seine persönliche Einstellung erleichtert wurden. Seine Reformen spalteten allerdings die Nation. Die einen fanden sie immer noch zu konservativ und die anderen zu fortschrittlich.

1. Kirche und Klerus

Er stellte die Religionsfreiheit her und zügelte weiter die Macht der Geistlichen, wie es unter seiner Mutter, Maria Theresia, schon der Fall gewesen war.¹⁹⁸ Schon direkt nach Antritt seiner alleinigen Herrschaft 1781 erließ er Dekrete, die den Klerus und die Kirche immer mehr unter die staatliche Autorität stellten. Außerdem sollten Putz und Prunk auf das Mindeste reduziert werden. Er vertrat die Meinung, dass übertriebener Schmuck einer Kirche oder Kapelle nicht angemessen wäre.¹⁹⁹

Zwischen 1782 und 1786 kam es zu zahlreichen Aufhebungen der Klöster in Österreich. Dies betraf die Klöster, die nur kontemplative Zwecke hatten.²⁰⁰ Orden, die sich nicht mit der Wissenschaft, dem Unterricht, der Seelsorge oder Krankenpflege beschäftigten. In Zahlen bedeutet das: Von ursprünglich 2163 Klöstern wurden 738 geschlossen und somit die Zahl der Ordensleute um 36000 verringert. Das Geld, das die Klöster besaßen fiel in einen „Religionsfond“, der nun für andere kirchliche Zwecke verwendet wurde.²⁰¹

Ein weiterer Eingriff in das religiöse Leben der Bevölkerung spielte der Erlass eines Edikts aus dem Jahre 1784, in dem festgelegt wurde, dass die Ehe ab nun nur noch als ein bürgerlicher Vertrag zu betrachten auch ohne die Mitwirkung der Kirche gültig sei: Damit wurde die Zivilehe eingeführt.²⁰² Die kirchliche Trauung blieb trotzdem unerlässlich, aber der sakramentale Charakter ging verloren. Außerdem konnten geschiedene Leute erneut heiraten. Dieses „Ehepatent“ galt nicht nur für Österreich, sondern auch für die deutschen und böhmi-

¹⁹⁸ Ruys: Die Flamen, S. 35ff.

¹⁹⁹ Minke: Habsburg in Limburg, S. 47ff.

²⁰⁰ Erbe: Belgien. Niederlande. Luxemburg, S. 173.

²⁰¹ Zentner: Chronik, S. 152.

²⁰² Koll: Die belgische Nation, S. 107ff.

schen Erbländer. In den Österreichischen Niederlanden wurde das „Ehepatent“ auch durchgeführt.²⁰³

Zwischen den Jahren 1783 und 1786 wurden durch Joseph II. die bischöflichen Seminare gestrichen und anstelle dessen staatliche Ausbildungsstätte eingerichtet. Alle angehenden Priester waren dazu verpflichtet diese zu besuchen.²⁰⁴ Um schließlich den Widerstand des Klerus endgültig zu brechen, ließ er eine staatliche Zensur für die Predigten einführen.²⁰⁵

Trotz dieser zahlreichen Reformen, die das Handeln der Kirche und des Klerus enorm einschränkten, sollte man nicht außer Acht lassen, dass Joseph II., wie auch seine Mutter Maria Theresia, sehr gläubig waren und auch weiterhin am katholischen Glauben festhielten. Außerdem muss festgehalten werden, dass auch viele seine Reformen als notwendig und sinnvoll anerkannt wurden, auch vom Klerus, wie beispielsweise die Verbesserung der Pfarreinteilung, die Reduzierung der Feiertage, die Verlegung der Friedhöfe außerhalb der Ortschaften, damit das Trinkwasser nicht belastet wurde, oder auch die Normierung der Kirchenbücher. Besonders bedeutend war das „Toleranzpatent“, das unter Joseph II. ins Leben gerufen wurde. Dieses wurde am 13. Oktober 1781 erlassen. Es sollte den Protestanten, Griechisch-Orthodoxen und Juden allgemein die Freiheit privater Religionsausübung und bürgerlicher Gleichberechtigung zusichern. Sie konnten von nun an auch allerdings beschränkt an die öffentlichen Schulen gehen, wurden den öffentlichen Ämtern zugelassen etc. und wurden von gewissen Lasten befreit. Allerdings wurden die Juden auch dazu genötigt deutsche Familiennamen anzunehmen.²⁰⁶ In einem Brief schreibt Joseph II.: „Niemand soll mehr seines Glaubens wegen Drangsalen ausgesetzt sein.“²⁰⁷

Einen Monat später galt das Toleranzpatent auch für die Niederlande. Durch dieses Edikt verlor die katholische Kirche ihre bis dato exklusive Stellung in der Gesellschaft. Der größte Teil der Bevölkerung bestand zu dieser Zeit allerdings aus treuen Katholiken. Aus diesem Grunde bedeutete im Moment dieses Edikt für die Kirche einen noch nicht so großen Einbruch. Dieser sollte erst später kommen.²⁰⁸

²⁰³ Zentner: Chronik, S. 152.

²⁰⁴ Minke: Habsburg in Limburg, S. 47ff.

²⁰⁵ Erbe: Belgien. Niederlande. Luxemburg, S. 173.

²⁰⁶ Minke: Habsburg in Limburg, S. 47ff.

²⁰⁷ Zentner: Chronik, S. 148.

²⁰⁸ Erbe: Belgien. Niederlande. Luxemburg, S. 171.

2. Politische und soziale Veränderungen

Genauso wichtig, wie die Maßnahmen auf Kirche und Klerus bezogen, waren die auf sozialem und administrativem Gebiet.

Joseph II. gab sich Mühe, dass die südlichen Provinzen wieder auf die Beine kamen. Er hob die holländischen Garnisonen auf und auch im Jahr 1781 das Barriere-Traktat. Außerdem versuchte er, leider vergeblich, die Schelde-Blockade zu brechen.²⁰⁹

Am 1. November 1781 ließ Joseph II. das „Untertanenpatent“ für die böhmischen Länder ins Leben rufen. Dadurch wurde die Leibeigenschaft der Bauern aufgehoben und in eine „Untertänigkeit“ gewandelt, wie es bereits in den österreichischen Stammländern üblich war. Dadurch wurde der Bauer zwar nicht der alleinige Eigentümer des Landes, das er bearbeitete, doch er wurde ein erblicher Pächter. Die endgültige Bauernbefreiung fand erst im Jahre 1848 statt.²¹⁰

Durch die administrativen Maßnahmen wurden die Länder entmachtet. Die Stände waren mehr oder weniger rein repräsentativ. Der Verantwortliche für die Geschäfte in den Niederlanden war nur mehr der bevollmächtigte Minister. Zu diesem ernannte Joseph II. im Jahr 1783 seinen Vertrauten, Lodovico Carlo Belgiojoso.²¹¹

1784 wurde das „Auswanderungspatent“ eingeführt. Hierin wurden alle Regeln für die Passerteilung bei Reisen, die innerhalb der Erbländer und in andere Länder stattfanden, festgehalten. Joseph II. setzte sich für die „Reisefreiheit“ ein. Diese hatte aber unterschiedliche Auflagen, je nach Stand. Der Adel konnte sich in allen Ländern der Monarchie frei bewegen und brauchte nicht einmal einen Pass dafür. Alle anderen Untertanen dagegen, brauchten schon um ihren Kreis zu verlassen eine Erlaubnis. Doch eine richtige Regelung, die besagte, wann wer einen Pass benötigte, gab es unter Joseph II. noch nicht.²¹²

Joseph II. setzte sich allerdings auch sehr für die Gesellschaft ein, unter anderem ließ er 1784 das Allgemeine Krankenhaus in Wien erbauen. Dies war damals die größte und modernste Krankenanstalt der Welt, das von anderen europäischen Staaten nachgeahmt wurde.²¹³

Auch politisch gesehen geschahen in den nächsten Jahren in kürzester Zeit unglaublich viele Neuerungen. Dabei ist es verständlich, dass die Bevölkerung auf die Dauer nicht mitspielen

²⁰⁹ Ruys: Die Flamen, S. 35ff.

²¹⁰ Zentner: Chronik, S. 152.

²¹¹ Erbe: Belgien. Niederlande. Luxemburg, S. 174.

²¹² Zedinger: Migration und Karriere, S. 56.

²¹³ Zentner: Chronik, S. 152.

wollte und sich gegen die ständigen Reformen zur Wehr setzte, obwohl es sich bei den meisten Reformen Josephs II. um sehr fortschrittliche und auch vorteilhafte für die Bevölkerung handelte. Es war ein zu großer Wechsel in zu kurzer Zeit.²¹⁴

Ein wichtiger Schritt zur militärischen Angleichung der österreichischen Niederlande an den Rest der Monarchie geschah im Jahr 1777, als nach sieben Jahren Arbeit und zahlreichen interministeriellen Konflikten, der Kaiser eine Kopie des Atlases der österreichischen Niederlande und dem Bistum Lüttich erwarb, die von Joseph de Ferraris angefertigt wurde. Diese Karte versorgte die Armee mit detaillierten Informationen über die gesamte Monarchie. Dies wurde bereits unter Maria Theresia und Karl von Lothringen gefördert, aber Kaunitz hatte immer wieder versucht dies zu verhindern. Diese stellte die Komplexität des Grenzlandes der holländischen Provinzen und Lüttich dar. Die belgischen Provinzen wurden so detailliert abgebildet, wie kein anderes Erbland. Die Originalversion des Atlases umfasste 275 Seiten. Aber dennoch fehlten einige Informationen, wie beispielsweise eine genaue Bevölkerungszählung oder eine angemessene Angabe über die Einnahmen und Ausgaben der Provinzen.²¹⁵

Am 1. November 1786 wurde der erste Band des „Allgemeinen Gesetzbuches“ für Österreich veröffentlicht. Und im selben Jahr kam das erste Arbeitsschutzgesetz in Österreich heraus, in dem strenge Vorschriften für die Heranziehung Jugendlicher für die Fabrikarbeit einzuhalten waren.²¹⁶

Im Jahr 1786 forderte Joseph II. die Reorganisation des Polizeiapparats in den Österreichischen Niederlanden an.²¹⁷ Und im Jänner 1787 kam es zur Veröffentlichung des „Allgemeinen Gesetzbuchs über Verbrechen und deren Bestrafung“ für Österreich. Danach wurde die Todesstrafe nur noch bei Standrecht verhängt.

Am 1. Mai 1787 wurde die Josephinische Gerichtsordnung eingeführt, durch die eine Trennung von Justiz und Verwaltung vollzogen wurde und Sondergerichte aufgehoben wurden. Außerdem wurden extra Kriminalgerichte geschaffen.

Im Jahr 1788 wurden die österreichischen Diözesen komplett neu eingeteilt.²¹⁸

Erst im Jahre 1786 kam es in den Österreichischen Niederlanden zu Reformen, der zentralen Regierungseinheiten, die schon längst überfällig waren. Dafür nahm Joseph II. sich Ungarn und das Herzogtum Mailand zum Vorbild, wo bereits die „Kollateralen Räte“ und ihre

²¹⁴ Zentner: Chronik, S. 152.

²¹⁵ Beales: Joseph II. Against the World 1780 – 1790, S. 138ff.

²¹⁶ Zentner: Chronik, S. 152.

²¹⁷ Zedinger: Migration und Karriere, S. 26.

²¹⁸ Zentner: Chronik, S. 154.

Verbindungsausschüsse durch einen einheitlichen „Conseil royal du gouvernement“ unter dem bevollmächtigten Minister ersetzt worden waren. Der „Conseil royal du gouvernement“ bestand aus acht „Départements“, die sich jeweils um ein bestimmtes Themengebiet kümmerten. Zusätzlich gab es zwei Ausschüsse für kirchliche Angelegenheiten und für das Armenwesen. Für die Justizangelegenheiten wurden nun das „Conseil souverain de justice“ eingerichtet. Dieser war nun das oberste Aufsichtsorgan über alle Gerichte der gesamten Landesteile. Begleitet wurden diese Reformen durch Veränderungen bei der Landesaufteilung, die faktisch auf die Aufhebung der bestehenden Provinzen auslief. Im März 1787 wurden neun neue Gebiete, die mit den früheren Provinzen kaum deckungsgleich waren, unter die Leitung eines Landesherrn gestellt. Diese Gebiete wurden dann noch zusätzlich in Bezirke eingeteilt, die von Kommissaren geleitet wurden. So entstanden auch 63 neue Gerichte erster Instanz mit zwei Appellationshöfen auf der nächsthöheren Ebene. Genauer wurde dies in Kapitel 4 erläutert.²¹⁹

3. Reformierung der Universität Löwen

Auch bei der Reformierung der Universität Löwen ging Joseph II. sehr viel radikaler als seine Mutter vor. Am 16. Oktober 1786 ließ er die katholische Fakultät komplett schließen. Weitere Edikte folgten, sodass die Universität sich in der Folge als Einheit gegen den Kaiser stellte. Joseph II. reagierte auf dies wie folgt: Er ließ die artistische, juristische und die medizinische Fakultät am 17. Juli 1788 einfach nach Brüssel verlegen. Detaillierter wird auf diesen Aspekt im Kapitel 5.2.1.3 Die Reform der Universität Löwen eingegangen.²²⁰

Entwicklung der Reformen unter Leopold II.

Nach dem Tod Josephs II. am 20. Februar 1790, übernahm sein Bruder Kaiser Leopold II. die Herrschaft. Am 3. Dezember 1790 konnte Brüssel, nach der Brabanter Revolution, wieder eingenommen werden und gehörte wieder zur Habsburgermonarchie. Leopold II. ließ die alte Verfassung wiederherstellen. Am 10. Dezember kam es zum Frieden von Den Haag. Die Erlassung einer allgemeinen Amnestie und die Aufhebung der meisten Reformen Josephs II.

²¹⁹ Erbe: Belgien. Niederlande. Luxemburg, S. 174.

²²⁰ Minke: Habsburg in Limburg, S. 40ff.

half dabei die Bevölkerung zu besänftigen. England, Holland und Preußen garantierten daraufhin dem Kaiser den Besitz des Landes.²²¹ Doch Kaiser Leopold II. verstarb völlig unerwartet bereits am 1. März 1792. Er war erst 44 Jahre alt. Nun fiel die Herrschaft an seinen Sohn, Franz II., der nun die schwere Aufgabe hatte, die österreichischen Niederlande gegen die einfallenden Franzosen zu verteidigen.²²²

4.2.4 Die Provinz Limburg

Ein besonderes Augenmerk richteten sowohl Maria Theresia als auch ihr Sohn Joseph II. auf die Provinz Limburg und ihre Wirtschaftslage. Besonders unter Joseph II. wurde eine umfangreiche Verwaltungs- und Justizreform durchgeführt, die Limburg und seine Umgebung deutlich aufwertete. Die Stadt Herve war von nun an die Hauptstadt von Limburg-Geldern. Herve zählte zu einer von neun neu errichteten Verwaltungsbezirken in den österreichischen Niederlanden.

Außerdem wurden neue Gerichtshöfe erster Instanz in den Städten Eupen, Dalhem, Herve, Limburg und Valkenburg geschaffen. Dadurch wurde die bisherige Abhängigkeit von der Brabanter Gerichtsbarkeit unterbrochen.

In Brüssel wurde 1787 eine Planung eines neuen Verwaltungsviertels in Herve entwickelt. Dazu waren große Gelände für den Bau notwendig.

Die große Sympathie, die man hierzulande den Österreichern erbrachte, konnte man besonders auch an den zahlreichen jungen Limburgern erkennen, die sich freiwillig zum Dienst im österreichischen Heer meldeten. Diese Verehrung war dabei allerdings nicht der einzige Beweggrund, denn es ging auch um wirtschaftliche Faktoren, wie beispielsweise die Versorgung der Nachgeborenen.²²³

Die allgemein sehr positive Ansicht über die österreichische Herrschaft der Niederlande hängt auch mit der langen Friedensperiode, die zu dieser Zeit herrschte, zusammen. Aber auch die zahlreichen Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur und der Wirtschaft verstärkten die Zuneigung. Unter den Österreichern kam es zum Bau von Straßen und Kanälen, das Postwesen wurde verbessert, Steuererleichterungen wurden erzielt, etc.

²²¹ Zentner: Chronik, S. 155.

²²² Minke: Habsburg in Limburg, S. 59ff.

²²³ Minke: Habsburg in Limburg, S. 30ff.

Es kam immer mehr zu einem Aufstieg der Bürgerklasse. Ihre Geschäfte liefen durch die angekurbelte Wirtschaft besser und konnten sich dadurch bereichern. Und auch die Bauern, zu denen der größte Anteil der Bevölkerung zählte, lebten nun in besseren Verhältnissen. Dennoch blieben sie im Allgemeinen eher arm. In den Städten sah es ähnlich aus. Auch hier blieb die Zahl der Bedürftigen hoch.

In der Provinz Limburg blühte das Wirtschaftsleben, besonders nach 1740, auf. Vor allem die Tuchmanufakturen in Eupen und Hodimont erlebten eine wahre Blütezeit. Sie hatten ihre Produktion inzwischen auf Feintuche umgestellt und exportierten ihre Ware in die Vereinigten Provinzen der Niederlande, in die Fürstentümer des Deutschen Reiches, nach Polen, Italien, Russland, Spanien und sogar in den Vorderen Orient.

Außerdem wurde rund um Rolduc nun der Abbau von Kohle intensiviert. Und in Kelmis spielte der Bergbau eine besonders wichtige wirtschaftliche Rolle. Dort wurden pro Jahr zwischen 500.000 und 2.000.000 Pfund Erz gefördert. Dieses verwendete man zur Messingherstellung und verkaufte es vor allem in die Städte Dinant und Namur und den Aachener Raum.

Ein weiterer wirtschaftlicher Zweig war lange Zeit die Raerener Töpferei. Die jedoch im 17. Jahrhundert stark zurückgegangen war und auch nicht mehr an frühere Erfolge anknüpfen konnte.

Auch im Agrarland in der Provinz Limburg kam es zu Veränderungen. Bereits im 16. Jahrhundert hatte man damit begonnen Veränderungen im Limburger Agrarland herbeizurufen. Diese wurden nun auch weitergeführt. Immer mehr Äcker wurden in Grünland umgewandelt. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts war dieser Prozess im Herverland beinahe abgeschlossen. Dort waren nun etwa 96 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche mit Wiesen bedeckt. In Eupen betrug der Anteil im Jahre 1787 83 %. Im Osten des Gebiets Limburgs nahmen dagegen die Wald- und Heidegebiete eine große Fläche ein.

Durch diese Veränderungen wurde der Schwerpunkt der Bauern von nun an auf die Viehhaltung gelegt. Die Wiesen- und Weideflächen boten eine passende Haltung der Tiere. Ein Problem stellte allerdings die Qualität des Bodens dar, die nicht an allen Orten gleich gut war. Dadurch war man weiterhin von anderen wirtschaftlichen Einnahmequellen abhängig, wie unter anderem von der Wollspinnerei.

Die meisten Bauern besaßen Höfe, die nicht größer als 2 ha waren. Die Großbetriebe, die über 30 ha Nutzfläche besaßen, gehörten meist dem Adel. Diese machten zwar nur 1,8 % der Höfe aus, nahmen aber 21 % der landwirtschaftlichen Nutzungsfläche in Anspruch. Demgegenüber ist der kirchliche Grundbesitz nahezu unbedeutend.

Die Infrastruktur wurde unter Maria Theresia deutlich verbessert. Im Jahre 1777 bat die Gemeinde Eupen um den Bau einer Straße von Eupen nach Henri-Chapelle (Richtung Kelmis).

Im 18. Jahrhundert lässt sich besonders in dieser Ecke des heutigen Belgiens eine enorme Sprachen- und Konfessionsvielfalt entdecken. Die Bevölkerung sprach sowohl deutsch, niederländisch als auch französisch.²²⁴ Dies ist auch heutzutage in diesem Teil Belgiens der Fall. Auf einer kleinen Fläche treffen insgesamt drei Sprachen aufeinander. Im Osten befindet sich die Deutschsprachige Gemeinschaft, die kleinste Gemeinschaft in Belgien, sie besteht aus etwa 77.000 Einwohnern²²⁵, direkt an der deutschen Grenze zu Aachen und ein paar Kilometer weiter beginnt bereits die Wallonie, der Teil der französischsprachigen Belgier. Und auch Holland, wie unter anderem die Stadt Vaals liegt nur ein paar Kilometer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft entfernt.

Ein klares Zeichen, dass es der Provinz Limburg unter der österreichischen Herrschaft finanziell sehr gut ging, waren die regen Bautätigkeiten, die sowohl im kirchlichen als auch im zivilen Bereich einsetzten.

Im 17. Jahrhundert war die Zahl der Analphabeten in der Provinz Limburg noch sehr hoch. Dies lag vor allem daran, dass es zwar in den meisten Pfarreien bereits Grundschulen, es allerdings keine Unterrichtspflicht gab. Maria Theresia versuchte durch zahlreiche Reformversuche dies zu ändern, war allerdings erfolglos. Mehr konnte sie hingegen in Bezug auf die Mittelschulen erreichen. Sie ließ in den Niederlanden 15 sogenannte „theresianische“ Kollegien errichten. Eine davon wurde am 1. Oktober 1777 in Herve eröffnet. Der Einzugsbereich dieser Mittelschule umfasste besonders den französischsprachigen Teil der Provinz Limburg.

²²⁶

Die Provinz Limburg gehörte seit dem Mittelalter zum größten Teil dem Bistum Lüttich an. Unter Maria Theresia und später dann auch unter Joseph II. wurde die Trennung Limburgs aus dem Bistum Lüttich geplant. Joseph II. konnte schließlich im Jahr 1781 durchsetzen, dass die Pfarreien Limburgs nicht mehr der Aufsicht des päpstlichen Nuntius in Köln unterstellt waren, sondern von nun an der Brüsseler Nuntiatur. Die Planung von einem eigenständigen Bistum Lüttich, konnte dann aber nicht umgesetzt werden. Aber es gelang 1790 die Limburger Pfarreien von den Lütticher Dekanaten Saint-Remacle-au-Pont und Maastricht abzutrennen und in zwei neue Dekanate zusammenzulegen: Limburg und Herve.

Das am 13. Oktober 1781 in Kraft getretene „Toleranzpatent“ Josephs II. zeigte in den reformierten Gemeinden Eupen und Hodimont allerdings keine Wirkung, da eine gewisse Min-

²²⁴ Minke: Habsburg in Limburg, S. 33ff.

²²⁵ http://www.dglive.be/DesktopDefault.aspx/tabid-84/186_read-448/ (download: 11.09.2013).

²²⁶ Minke: Habsburg in Limburg, S. 36ff.

destanzahl von 100 Familien vorgeschrieben war, und diese von beiden Orten nicht erreicht wurde. Die Einwohner schickten daraufhin den Tuchfabrikant Johann Richard, der Protestant war, im Jänner 1783 nach Wien, um die Bitte das „Toleranzpatent“ auch in seiner Heimatstadt einzuführen, zu äußern. Und so wurde das „Toleranzpatent“ schließlich noch im Dezember desselben Jahres auch auf die Gemeinden Eupen und Hodimont ausgedehnt.

Weitere Reaktionen aus der Provinz Limburg auf die Religionspolitik Josephs II. sind uns nicht überliefert.²²⁷

Das „Ancien Régime“, wie die habsburgische Monarchie bis zur Französischen Revolution allgemein auch genannt wurde, wurde in zwei Teile unterteilt: Die Periode unter Maria Theresia und die unter Joseph II. Während der Zeit, in der Maria Theresia regierte, war das Ziel der Bemühungen der Verantwortlichen die verschiedenen Lebensbereiche zu modernisieren. Dieser Prozess vollzog sich zu dieser Zeit progressiv, aber eine gewisse Kontinuität sollte gewahrt werden. Als dann aber Joseph II. an die Macht kam, veränderten sich die Vorgehensmaßnahmen. Er wollte beschlossene Reformen, wie bereits erwähnt, sehr viel radikaler durchbringen.

4.2.5 Die Reform der Universität Löwen

Die Universität Löwen wurde bereits im Jahr 1425 gegründet und ist somit die älteste Universität der Beneluxländer. Ihre Blütezeit hatte sie zu Beginn des 16. Jahrhunderts. Damals war Löwen eine der Hauptstädte des Humanismus.²²⁸

Zur Zeit der Gründung der Hochschule war die Stadt Löwen in keinem guten wirtschaftlichen Zustand und auch auf politischer Ebene verlor Löwen immer mehr an Einfluss. Durch den Aufbau der Universität erhoffte man sich sowohl einen wirtschaftlichen Aufschwung als auch die Möglichkeit zur Schaffung eines intellektuellen Zentrums für das Gebiet. Johann IV. von Brabant setzte sich für die Gründung der Hochschule ein, da er sich dadurch einen Prestigegewinn erhoffte. Papst Martin V. unterzeichnete am 9. Dezember 1425 die Stiftungsbulle „Sapientiae immarcescibilis“.²²⁹ In dieser Bulle wurde festgehalten, dass die Universität zur

²²⁷ Minke: Habsburg in Limburg, S. 53ff.

²²⁸ Valentin, Denis: Die Katholische Universität zu Löwen (1425–1958). Löwen. 1958, S. 23.

²²⁹ Mathes, Mathes: Löwen und Rom. Zur Gründung der Katholischen Universität Löwen unter besonderer Berücksichtigung der Kirchen- und Bildungspolitik Papst Gregors XVI. Ludgerus. Essen. 1975, S. 6.

Gründung von folgenden vier Fakultäten berechtigt war: eine Artistenfakultät, eine Fakultät für Zivilrecht, eine für kanonisches Recht und eine medizinische Fakultät. Die Leitung über die Universität übernahmen der „Rector Magnificus“ und der akademische Senat. 1432 wurde eine weitere Fakultät, nach der Zustimmung des Papstes, gegründet: die theologische Fakultät. Eine besondere Charakteristik der Universität Löwen war ihre Einteilung in Kollegien, wie sie heutzutage, als „Colleges“, auch noch in Universitäten wie Oxford oder Cambridge bestehen. Dabei gab es Wohn-, Lehrkollegien und gemischte Einrichtungen.

In der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts erlebte die Universität, wie erwähnt, ihre Blütezeit und Löwen wurde zu einer der Hauptstädte des Humanismus. Zwischen 1517 und 1521 lehrte Erasmus von Rotterdam an der Universität und gründete das „Drei-Sprachen.Kolleg“ für lateinische, griechische und hebräische Philologie. Dies war zu dieser Zeit die einzige Einrichtung dieser Art in ganz Europa. Frankreich ließ sich davon inspirieren und gründete im Jahr 1530 ein „Collège des trois langues“. Nun gehörte Löwen zu den herausragendsten intellektuellen Zentren Europas.

Bei der Gegenreformation spielte die Theologische Fakultät der Universität Löwen eine bedeutende Rolle. Hadrian VI., der einst Professor und Rektor der Universität war, wurde 1522 zum Papst gewählt. Und auch Karl V. zählte zu den Studenten der Universität Löwen.

Ein neuer Aufschwung fand unter Albrecht VII. von Österreich und seiner Gemahlin Isabella Clara Eugenia von Spanien statt, diese beiden waren zu Beginn des 17. Jahrhunderts Statthalter der Niederlande.

Diese im vorherigen Kapitel skizzierte Entwicklung kann man sehr gut in der Geschichte der Universität Löwen wieder entdecken. Man kann es also als einen Mikrokosmos der Situation in den Niederlanden ansehen.²³⁰

Die Universität Löwen hatte in den belgischen Provinzen, wie bereits erwähnt, immer eine besondere Stellung. Auch unter den Habsburgern wurde diese zunächst aufrechterhalten und gefördert, sowohl im Bereich der Bildung, als auch in der geistigen Erziehung. Es wurde versucht, sie vor den Gefahren des Jansenismus zu bewahren.²³¹ Doch unter Maria Theresia und Joseph II. erlebte die Universität Löwen langsamen Verfall.²³² Die beiden wollten

²³⁰ Ruwet, Joseph: Die Reform der Universität Löwen (1740-1780). Sonderdruck aus: Österreich im Europa der Aufklärung. Kontinuität und Zäsur in Europa zur Zeit Maria Theresias und Josephs II. Internationales Symposium in Wien. 20.-23. Oktober 1980. (GB 507). Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften. Wien 1985, S. 813.

²³¹ Zedinger: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795), S. 35.

²³² Lamberts, Emiel; Roegiers, Jan: Leuven University (1425-1985). University Press. Löwen. 1990, S. 23ff.

zahlreiche Reformen zur Modernisierung im Sinne der Aufklärung an der Universität durchführen.²³³

„[...] Comme l’Université de Louvain est la source où la jeunesse des Pays-Bas puise les éléments des sciences, de l’instruction et de la discipline, dans un âge docile et susceptible des impressions les plus vives et les plus durables, le conseil aura soin que les leçons de la dite université ne soient données qu’à des docteurs, distingués par leur vertu et par leur savoir, opprésés aux erreurs du Jansenisme et d’une doctrine solide en matière de religion: de quoi mon Gouverneur général est déjà instruit [...]“²³⁴ .

In der Geschichtsschreibung werden die letzten 50 Jahre der Universität Löwen unter den Habsburgern häufig als ein Kampf zwischen zwei Machtgruppen dargestellt. Auf der einen Seite befanden sich die Vertreter der Universität, die statische Tendenzen befürworteten und auf der anderen Seite gab es die Zivilbehörden in Brüssel und Wien und ihre Mitarbeiter, die auf Veränderungen drangen und außerdem versuchten, dass die Universität Löwen unter ihren Einflussbereich fiel. Die Meinungsäußerungen über die Universität Löwen waren sehr verschieden zu dieser Zeit.²³⁵

Dazu ist auch noch zu bemerken, dass im 17. und 18. Jahrhundert eine sehr unterschiedliche Entwicklung zwischen den katholischen und den protestantischen Universitäten zu bemerken war. Katholische Universitäten verloren damals und bis zum Ende der Herrschaft der Habsburger immer mehr Halt in der Gesellschaft. Aber diese Feststellung kann man nicht verallgemeinern auf alle katholischen Universitäten, denn auch protestantische Universitäten, wie die Universitäten in Straßburg und Leipzig betraf dieser schlechte Ruf.

Erst ab dem Jahre 1754 entwickelte sich ein Widerstand gegen die Reformbewegung an der Universität Löwen, vor allem an der theologischen Fakultät. Diese Fakultät hielt besonders hartnäckig an dem ultramontanen Postulat fest, das besagte, dass die Alma mater von beiden Gewalten abhängig war und die zivile Gewalt daher keine alleinige Entscheidungskraft besäße.

Das Ziel der Habsburger mit den Reformbewegungen war einfach, man wollte die Universität unter die staatliche Kontrolle bringen.

Die Reformbewegungen an der Universität Löwen lassen sich kurz chronologisch zusammenfassen: Ab dem Jahr 1743 wurde die Universität unter staatlichen Schutz gestellt. Au-

²³³ Lamberts; Roegiers: Leuven University (1425-1985), S. 23ff.

²³⁴ Zitiert nach Renate Zedinger: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795), S. 35: HHStA. Belgien DD B. Fasz. blau 49. fol. 74r-95r.

²³⁵ Ruwet: Die Reform der Universität Löwen (1740-1780), S. 813.

ßerdem erhielt sie das Privileg unter anderem, kirchliche Benefizien zu verleihen. Zu dieser Zeit besaß die Universität Löwen das Bildungsmonopol der Niederlande für praktizierende Ärzte und Anwälte. Karl von Lothringen bemerkte allerdings zehn Jahre später, dass sich in der Universität Löwen bisher nicht wirklich etwas verändert hatte. Aus diesem Grunde ernennet er im Jahr 1754 einen Kommissar, der den speziellen Zweck hatte, die Interessen der Universität wahrzunehmen und die Studien zu fördern.²³⁶

Als Joseph II. im Jahr 1781 seine Reise durch die Niederlande vornahm und dort auch die Universität Löwen besuchte, entschied er sich dafür, dass radikalere Maßnahmen gegen die Universität Löwen vorgenommen werden müsste.²³⁷

An der Universität Löwen befürchtete man, dass die bisherigen Privilegien und die Autonomie eingeschränkt werden könnten. Eine von mehreren geplanten Änderungen, war, die Abschaffung des Ernennungsrechts für geistliche Ämter 1783 und die Errichtung eines Generalseminars, als Ersatz für die theologische Fakultät. 1786 sollte es eingeführt werden und für die Priesterausbildung im ganzen Land zuständig sein.²³⁸

Die Mitarbeiter und Studenten der Universität Löwen traten fast geschlossen gegen den Kaiser auf. Daraufhin wurden Professoren aus ihrem Amt entlassen.²³⁹

Der Höhepunkt der Reformen war das Dekret Josephs II. vom 17. Juli 1788, dieses ordnete die Verlegung der rechtswissenschaftlichen, der medizinischen und der Artistenfakultät nach Brüssel an. Der Umzug erfolgte im September 1788. Diese Verlegung war allerdings nur von kurzer Dauer, da nach der Brabanter Revolution die genannten Fakultäten wieder zurück nach Löwen verlegt wurden. Am 1. März 1790 wurde die Wiedereröffnung der Universität Löwen gefeiert.²⁴⁰ In dieser Zeit der Restauration war von Reformen nur noch wenig zu spüren. Die Universität lehnte sie nach wie vor ab, dazu war die Universität viel zu sehr von Joseph II. und seiner rücksichtslosen und stürmischen Art erschüttert worden.²⁴¹

In der folgenden Zeit wechselten sich die französischen und österreichischen Truppen mit der Besetzung in Löwen ab. Unter der wiedererlangten österreichischen Herrschaft erhielt die Universität am 24. Juli 1793 ihre letzte Charte. In einem Dekret wurde festgehalten, dass sie ihre Privilegien und Rechtspersönlichkeit beibehalten durfte. 1794 fiel Brabant wieder an Frankreich. Durch diese politisch sehr unruhige Zeit gingen auch die Studierendenzahlen zurück. Unter der Herrschaft Frankreichs sollte die Universität der Gleichschaltung der fran-

²³⁶ Ruwet: Die Reform der Universität Löwen (1740-1780), S. 820ff.

²³⁷ Ruwet: Die Reform der Universität Löwen (1740-1780), S. 846.

²³⁸ Lamberts; Roegiers: Leuven University (1425-1985), S. 23ff.

²³⁹ Ruwet: Die Reform der Universität Löwen (1740-1780), S. 846.

²⁴⁰ Lamberts; Roegiers: Leuven University (1425-1985), S. 23ff.

²⁴¹ Ruwet: Die Reform der Universität Löwen (1740-1780), S. 846.

zösischen Hochschulpolitik unterliegen. Als die Hochschule sich dagegen zur Wehr setzte, wurde in einem Dekret vom 25. Oktober 1797 festgesetzt, dass sie geschlossen wurde. Der Inhalt ihrer umfangreichen Bibliothek wurde nach Brüssel an die École Centrale gebracht und der übrige Besitz wurde Eigentum des Staates, die Archive wurden ins Staatsarchiv aufgenommen.²⁴²

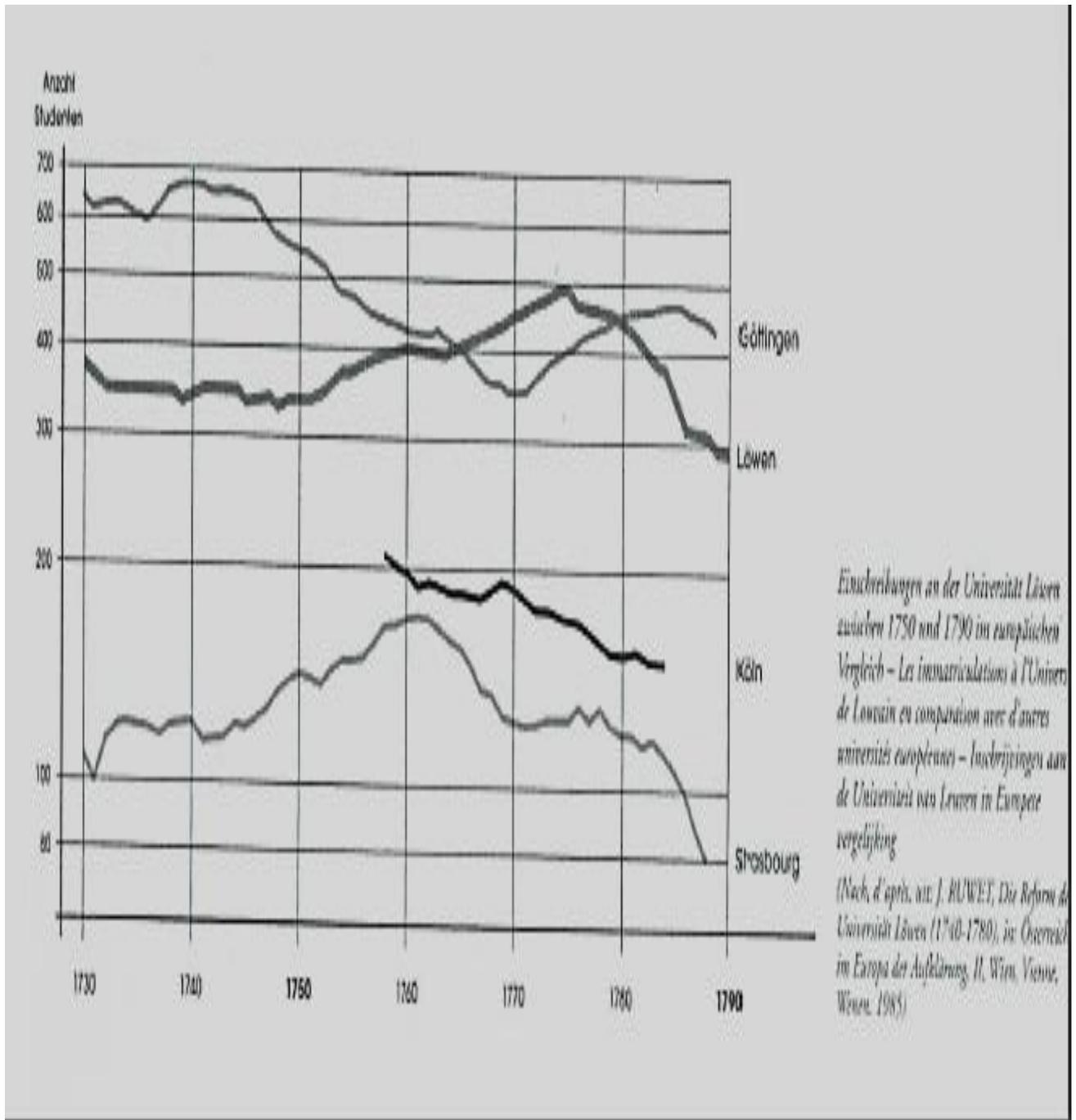


Abbildung 13 - Universität Löwen im Vergleich: Einschreibungen an der Universität Löwen zwischen 1750 und 1790 im europäischen Vergleich.

²⁴² Lamberts; Roegiers: *Leuven University (1425-1985)*, S. 23ff.

5. Brabanter Revolution

5.1 Anfänge und Gründe der Brabanter Revolution

Maria Theresia hatte die Niederlande einmal als „das einzige glückliche Land der Monarchie“ bezeichnet. Als nun aber Joseph II. die Alleinherrschaft übernahm, änderte sich dies. Die Niederlande wurden nun zu dem Land, das den heftigsten Widerstand gegen die neuen Reformen hervorrief.²⁴³ Die Reformen, die Joseph II. durchzusetzen versuchte, orientierten sich, wie erwähnt, sehr stark an den Ideen der Aufklärung. Dies war sehr fortschrittlich gedacht von ihm. Allerdings war die Bevölkerung auf eine derartige komplette Veränderung, die in dieser enormen Schnelligkeit durchgeführt wurde, nicht vorbereitet. Außerdem wurde die niederländische Bevölkerung noch durch die damaligen Ereignisse in Frankreich aufgehetzt. Dort kam es zu dieser Zeit zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Königtum und der Bevölkerung, vor allem dem Dritten Stand. Auslöser waren dort auch die Inhalte einer Reformpolitik.²⁴⁴

Eine richtige organisierte Widerstandsbewegung entstand aber trotz allem erst im Jahre 1786. In diesem Jahr griff Joseph II. besonders rapide in die kirchlichen Belange ein und ließ außerdem den Beschluss verkünden, dass die angehenden Geistlichen nun nicht mehr von den bischöflichen Priesterseminaren ausgebildet werden sollten. Stattdessen sollten sie in einem kaiserlichen Generalseminar in Löwen und einem Filialseminar in Luxemburg ihre Ausbildung erhalten. Danach brachen in den Österreichischen Niederlanden regelrechte Protestwellen aus. Man versuchte durch Flugblätter, Zeitungsartikel und Broschüren auf die Probleme aufmerksam zu machen und die gesamte Bevölkerung so zu mobilisieren.

Der Tropfen, der schließlich das Fass zum Überlaufen brachte, kam allerdings erst am 1. Jänner des folgenden Jahres, dabei handelte es sich um eine Reform, die das Verwaltungs- und Justizsystem betraf. Es sollten grundlegende Veränderungen vorgenommen werden. In dem Edikt wurde festgelegt, dass in der Verwaltung die drei Kollateralräte durch einen Allgemeinen Regierungsrat ersetzt werden sollten. Den Vorsitz über diesen Rat sollte von nun an der Bevollmächtigte Minister übernehmen und dieser sollte direkt den Anweisungen der Wiener Staatskanzlei unterstehen. Außerdem ließ Joseph II. die Österreichischen Niederlande, wie vorne skizziert, in neun Kreise einteilen, diese standen von nun an unter der Leitung von kaiserlichen Intendanten. Die neun Kreise waren Brüssel, Antwerpen, Gent, Brügge,

²⁴³ Minke: Habsburg in Limburg, S. 56ff.

²⁴⁴ Erbe: Belgien. Niederlande. Luxemburg, S. 174.

Tournai, Mons, Namur, Luxemburg und Limburg. Somit hatten die bis dahin bestandenen Provinzial- und Lokalverwaltungen jegliche Bedeutung verloren und ihre Amtsträger somit ihre Einkünfte. Bisher hatten die Ständigen Deputationen die Verwaltung der ständischen Angelegenheiten zwischen den Sitzungsperioden der Generalversammlung übernommen, diese wurden nun aber abgeschafft. Das traf besonders die Provinzialstände. Von nun an übernahm die Leitung der Ständeversammlung ein neu ins Leben gerufener Ausschuss. Die Mitglieder mussten von der Regierung bewilligt werden und wurden zudem dem Allgemeinen Regierungsrat unterstellt. In diesen Ausschuss durften nur Brabant, Flandern und Hennegau jeweils einen Delegierten schicken. Die gesamten übrigen Provinzen mussten sich gemeinsam für zwei weitere Kandidaten entscheiden.

Im Edikt das Justizwesen betreffend wurde festgelegt, dass eine Vielzahl von provinziellen, städtischen, patrimonialen, kirchlichen und universitären Gerichtshöfen aufgehoben werden sollten. An deren Stelle sollte nun ein klar gegliederter Instanzenzug treten. Dieser bestand aus zwei Appellationsgerichten, die ihren Sitz in Brüssel und Luxemburg hatten, und aus 64 Gerichten der ersten Instanz. Das Ziel dieser beiden Edikte war die Modernisierung des öffentlichen Lebens. Durch sie sollte die historische Privilegienordnung, die in den belgischen Provinzen bestand, aufgebrochen werden. Damit erreichte auch die Zentralisierung ihren Höhepunkt. Ab nun waren die Anordnungen des Kaisers nicht mehr von der Zustimmung anderer Institutionen abhängig. Sogar dem Statthalter wurde der gesamte politische Einfluss entzogen.

5.2 „Statisten und Vonckisten“

Die Januaredikte spielten also in der Geschichte der Brabanter Revolution eine enorme Rolle, denn diese führten letztendlich erst zu einer richtigen Revolution. Die Reformpolitik von Joseph II. war nun auch Thema in Zeitungen und Zeitschriften und wurde ausgiebig diskutiert. Dies führte dazu, dass sich die Bevölkerung immer mehr in zwei Gruppen teilte. Zum einen gab es die Befürworter der Josephinischen Reformen und zum anderen die Gegner. Für die Befürworter Josephs II. wurde es immer schwieriger ihre Position zu vertreten, da die Anhänger des Widerstandes sich mehrten und durch massive Propaganda immer mehr Menschen auf ihre Seite zogen.²⁴⁵

²⁴⁵ Koll: Die belgische Nation, S. 109ff.

Die beiden Gruppen stellten sich folgendermaßen zusammen: Auf der einen Seite gab es die Statisten, diese waren konservativ und wollten die neuen Reformen nicht anerkennen, da sie rechtswidrig seien, weil sie gegen die bestehenden Privilegien verstießen. Sie wollten die alten Zustände beibehalten, d.h. sie setzten sich für die Wiederherstellung der ständischen Rechte ein und besonders für die kirchlich-klerikalen Interessen.²⁴⁶ Sie schrieben ein Protestschreiben an den Kaiser, in dem sie ihm vorwarfen „Verfassungsbruch“ begangen zu haben²⁴⁷ und außerdem die traditionellen Stände vernichten zu wollen. Den meisten Anhang fanden sie im Klerus und im Adel, aber auch zum Teil im Dritten Stand. Ihr Anführer war Hendrik van der Noot. Er war ein Advokat aus Brüssel, der sich auf die Hilfe des höheren Klerus und der Gildenmeister verlassen konnte. Er hatte bereits im Frühjahr 1787 eine Denkschrift verfasst, die großen Einfluss auf die Bevölkerung hatte. Sie wurde in der Generalversammlung der Brabanter Stände am 23. April vorgelesen und anschließend unter folgendem Titel veröffentlicht „Mémoire sur les Droits du Peuple Barbançon & les atteintes y portées au nom de Sa Majesté l'Empereur & Roi, depuis quelques années“. Van der Noot, der darin die Gesamtheit der Reformen Josephs II. angriff, wurde damit zum führenden Kopf der Opposition.²⁴⁸

Die andere Gruppe waren die „Vonckisten“. Sie wurden nach ihrem Anführer, dem Brüsseler Anwalt Jan-Frans Vonck benannt.²⁴⁹ Er bekannte sich offen zu den Ideen der Französischen Revolution.²⁵⁰ Sie stellte eine klare Minderheit gegenüber den Statisten dar.²⁵¹ Diese Strömung war, ähnlich wie Joseph II., von der Aufklärung beeinflusst.²⁵² Sie vertraten aber die Meinung, dass Joseph II. seine Reformen zu zaghaft durchbrachte.²⁵³ Ihr Vorhaben war wie folgt: Sie wollten eine Armee zusammenstellen, die die habsburgischen Truppen angreifen sollten. Den Oberbefehl über diese Armee erhielt am 30. August 1789 Jan André Van der Mersch. Er war ein Offizier, der während des Siebenjährigen Krieges gegen die französische Armee gekämpft hatte. Anschließend hatte er ein paar Jahre in österreichischen Diensten gestanden und sich dann aber auf sein Landgut zurückgezogen. Nun war er bereit, seine Erfahrung in die Aufstände der Provinzen einzubringen. Des Weiteren hatten sie als Ziel vor Augen, dass die gesamte Bevölkerung sich gegen die habsburgische Herrschaft erheben sollte.²⁵⁴ Zudem forderten sie eine Landesvertretung, die durch das Zensuswahlrecht bestimmt werden sollte. Nur durch diese Landesvertretung sollten dann in Zukunft Reformen bewilligt werden und diese sollte im Einklang mit der öffentlichen Meinung stehen. Aus die-

²⁴⁶ Minke: Habsburg in Limburg, S. 59ff.

²⁴⁷ Koll: Die belgische Nation, S. 110.

²⁴⁸ Ruys: Die Flamen, S.37.

²⁴⁹ Erbe: Belgien. Niederlande. Luxemburg, S. 175.

²⁵⁰ Ruys: Die Flamen, S.37.

²⁵¹ Minke: Habsburg in Limburg, S. 59ff.

²⁵² Erbe: Belgien. Niederlande. Luxemburg, S. 175.

²⁵³ Ruys: Die Flamen, S.37.

²⁵⁴ Koll: Die belgische Nation, S. 113ff.

sem Grunde lehnten die „Vonckisten“ auch die strengen Maßnahmen gegen die Kirche ab, da der größte Teil der Bevölkerung zu dieser Zeit sehr religiös war und lange Zeit unter starkem kirchlichen Einfluss gestanden hatte. Ihre Anhänger kamen meist aus den neuen bürgerlichen Schichten und von den Intellektuellen, aber auch aus reformfreundlichen Teilen des Klerus und des Adels.²⁵⁵

5.3 Entwicklung der Brabanter Revolution

Am 1. Jänner 1787 ließ Joseph II. zwei weitere Dekrete in Kraft treten, die die administrative und gerichtliche Neuordnung der Niederlande betrafen. Diese riefen noch heftigere Reaktionen hervor. Daraufhin schlossen sich der kirchliche und politische Widerstand zusammen.²⁵⁶ Im Mai 1787 wurde Joseph II. gewarnt, dass seine Reformpolitik zu übereilt sei und dies nicht mehr lange gut gehen würde. Doch Joseph II. ließ sich davon nicht einschüchtern.²⁵⁷

Durch den massiven Widerstand, den die Edikte ausgelöst hatten, fühlte sich das Statthalterpaar Marie Christine und Herzog Albert von Sachsen-Teschen dazu gezwungen, im Mai und Juni 1787, alle Reformen wieder aufzuheben, die gegen die überlieferten Rechts- und Verfassungsordnungen der einzelnen Provinzen verstießen. Dies stieß auf große Zufriedenheit der Bevölkerung. Joseph II. war allerdings sehr erbost über die Eigenmächtigkeit seiner Stellvertreter und ließ die beiden und den damaligen Bevollmächtigten Minister, Belgiojoso, in Wien vorladen.

Im August desselben Jahres erklärte sich Joseph II. den Ständen gegenüber schließlich bereit, dass er auf die Neuordnung des Verwaltungs- und Justizsystems verzichte, wenn die Opposition ihren Widerstand gegen die Regierungspolitik einstellen würde und auch ihrerseits für Zugeständnisse bereit wäre. Ein Zeichen seines guten Willens war, dass er Belgiojoso aus seinem Amt entließ, da dieser bei der Bevölkerung sehr verhasst war. An seine Stelle trat nun Graf Ferdinand von Trauttmansdorff, der von 1787 bis 1789 dieses Amt bekleidete. Doch auch durch diese Vorgehensweise konnte er die Bevölkerung der belgischen Provinzen nun nicht mehr beschwichtigen. Während Marie-Christine und Herzog Albert in Wien verweilten, eskalierte die Situation in den Österreichischen Niederlanden, so dass sich ihr Stellvertreter, Graf Joseph de Murray van Melgum, gezwungen sah, am 21. September

²⁵⁵ Erbe: Belgien. Niederlande. Luxemburg, S. 175.

²⁵⁶ Minke: Habsburg in Limburg, S. 56ff.

²⁵⁷ Erbe: Belgien. Niederlande. Luxemburg, S. 175.

die Jänneredikte endgültig außer Kraft zu setzen. Dies geschah gegen den Willen des Kaisers, der sofort de Murray van Melgum aus seinem Amt entließ.

Der Widerstand gegen die Josephinischen Reformen ging trotzdem weiter. Graf von Trauttmansdorf versuchte nach Kaiser Josephs II. Befehl die Reformen, wie beispielsweise die Einrichtung des Löwener Generalseminars, trotz allem durchzubringen. Man versuchte, um den Widerstand einzuschränken, im Herbst 1787 Personen aus ihrem Amt zu entlassen und stattdessen Anhänger der Reformpolitik an ihre Stelle zu setzen, wie in den städtischen Schöffenkollegien und Magistraten. Zusätzlich sollte der Dritte Stand in Brabant entmachtet werden, da dieser eine führende Rolle in den Widerstandsbewegungen innehatte.²⁵⁸ Als sich im November 1788 die Stände von Brabant und Hennegau weigerten die neuen Steuern zu bewilligen, die Joseph II. eingeführt hatte, ließ er am 26. Jänner 1789 Kanonen auf den „Grand-Place“ in Brüssel richten und zwang so die Brabanter Ständeversammlung zum Nachgeben. Die gesamten Stände von Hennegau wurden daraufhin mit allen Vorrechten aufgehoben. Und etwas später im Juni geschah mit der Ständeversammlung von Brabant genau dasselbe.²⁵⁹

Im Oktober 1789 ließ Joseph II. außerdem eine ganze Reihe von Brabanter Abteien beschlagnahmen, die bisher traditionell im Ersten Stand der Provinz standen.

Joseph II. hatte bereits im Frühjahr 1789 geplant den Dritten Stand soweit zu reformieren, dass auch kleinere Städte und Gemeinden das Recht haben sollten, einen Sitz in den Provinzialständen zu bekommen. Dies hatte den Zweck, dass der politische Einfluss der Zünfte in Löwen, Brüssel und Antwerpen geschwächt wurde. Die offizielle Erklärung für dieses Vorgehen war dagegen, dass man Missstände im Dritten Stand von Brabant abstellen wolle. Die Stände von Brabant weigerten sich allerdings diese Reformen anzuerkennen. Wegen dieser Ungehorsamkeit wurden am 18. Juli die Ständige Deputation und der Provinzialrat von Brabant durch Trauttmansdorff, der im Namen des Kaisers handelte, aufgelöst. Der Große Rat von Mecheln wurde nun zum höchsten Gerichtshof der Provinz ernannt. Somit verlor das Herzogtum Brabant einen enormen Teil seiner Selbstständigkeit. Bis zu diesem Zeitpunkt besaß der Große Rat von Mecheln nämlich nur die Aufgabe als Berufungsinstanz für die Urteile der Räte von Flandern, Namur, Luxemburg und Tournai-Tournaisis. Dies war ein großer Eingriff in die Eigenständigkeit, die die Brabanter Bevölkerung sehr lange verteidigt hatte. Doch Joseph II. ging noch einen Schritt weiter und ließ die „Joyeuse Entrée“ aufheben. Dies war das Verfassungsdokument, auf das alle Landesherrn seit 1356 bei ihrer Thronbesteigung schwören mussten, die traditionale Rechts- und Verfassungsordnung von Brabant und Limburg zu schützen, also die bestehende Gesellschaftsordnung aufrecht zu erhalten.

²⁵⁸ Koll: Die belgische Nation, S. 114f.

²⁵⁹ Minke: Habsburg in Limburg, S. 56ff.

Die Privilegien von Hennegau und dessen Ständeversammlung waren bekanntlich bereits am Anfang des Jahres aufgelöst worden. Dies war der endgültige Auslöser für die Brabanter Revolution. Nun war die Bevölkerung nicht mehr zu beschwichtigen.²⁶⁰ Auch die erneut aufkommende Überlegung des Kaisers, die österreichischen Niederlande gegen Bayern zu tauschen, verärgerte die Bevölkerung noch zusätzlich.²⁶¹

Bei den Aufständen handelte es sich um eine sogenannte „rückwärtsgerichtete“ Bewegung. Es kam zu ungewöhnlichen Zusammenschlüssen, denn nicht nur der Adel schloss sich zum Widerstand zusammen, sondern auch der Dritte Stand und die Prälaten. Nach einigen Protesten und Unruhen kam es schließlich zu offener Aufruhr. Zu dieser Zeit war Joseph II. bereits schwer krank. Es ist unklar, wieso der Kaiser trotz der Situation vor Ort, die Verfassung am 18. Juli 1789 aufheben ließ und den Ständen ein Versammlungsverbot erließ. Wahrscheinlich war der Hauptgrund für sein Handeln, dass er zu wenig Informationen über die derzeitige Lage in den Provinzen besaß.²⁶² Dies wird durch folgenden Schriftverkehr zwischen den Ständen der Österreichischen Niederlande und Joseph II. deutlich:

„[...] die genaueste Aufrechterhaltung des, am Tage Ihrer Huldigung, als Graf von Flandern feierlich beschworenen Vertrags [...]“ zu erinnern.

Und weiter:

„Was nun aber die Unabänderlichkeit dieser Konstitution vorzüglich sichert, ist Euer Majestät geheiligtes Wort und der deshalb abgelegte feierliche Eid. Eure Majestät schwören, die Provinz in allen ihren Vorrechten, Gebräuchen und Gewohnheiten, sowohl geistlichen als weltlichen, zu erhalten, und als Graf von Flandern, nie zu gestatten, daß etwas von allen diesen verändert oder vermindert werde [...]. Wir sind aber überzeugt, daß Eurer Majestät Gewissenhaftigkeit überrascht worden [...], daß man unterlassen hat, Eurer Majestät auf die uns zugestandenen Rechte und auf die Verbindlichkeit, welche Sie eingegangen, aufmerksam zu machen [...]“.²⁶³

Die Vorhut der Aufstände stellten die Stände von Brabant dar, wie auch der Name „Brabanter Revolution“ schon vermuten lässt. Joseph II. beging den Fehler, dass er nicht auf die ge-

²⁶⁰ Koll: Die belgische Nation, S. 110ff.

²⁶¹ Minke: Habsburg in Limburg, S. 56ff.

²⁶² Zedinger: Migration und Karriere, S. 36ff.

²⁶³ Zitiert nach Renate Zedinger: Migration und Karriere, S. 34-35. Aus: Aktenstücke zur Geschichte der Österreichischen Niederlande gehörig. Wien. 1787. 31-32.

äußerte Kritik der Stände einging und keinen Spielraum in seinen Verhandlungen freiließe.²⁶⁴
So entgegnete er dem Schreiben der Provinzen wie folgt:

„[...] als ein Mensch, welcher die Unvernunft bemitleiden kann, und viel zu verstehen weis [will er das, was sich zugetragen hat] einer falschen Auslegung zuschreiben [...]. Wenn aber, wider alle Erwartungen, dieser letzte Schritt meiner Güte gegen euch in so weit verkannt würde [...], so werdet ihr euch selbst alle die unglücklichen Folgen zuziehen, die unfehlbar darauf entstehen werden, welches Gott verhüten wolle [...].“²⁶⁵

Durch dieses Zitat wird klar, dass dieser Briefverkehr sicher nicht dazu geführt haben kann, die Unruhen beizulegen. Sein Bruder und Nachfolger Leopold II. beschrieb seine Meinung zu der damaligen Situation folgendermaßen:

„Er duldet keinen Widerspruch und ist voll des stärksten Despotismus. Er schreit und schilt und bedroht alle und entmutigt sie. Er glaubt, mit seinem Talent alle übervorteilen und beherrschen zu können; er verachtet alle, hält unglaublich despotische und äußerst unkluge Reden über das, was er machen möchte, gegen Beamte, ganze Nationen, Ungarn, Niederländer und andere; daß er ihnen ihre Privilegien wegnehmen will und andere Dinge, derentwegen er, da sie öffentlich sind, sehr gehaßt, gefürchtet und kritisiert wird.“²⁶⁶

An diesem Zitat sieht man, dass es auch Leute gab, die die Lage realistisch einschätzen konnten. Die aber trotzdem nicht in der Lage waren großen Einfluss auf die Taten des Kaisers auszuüben.²⁶⁷

Im Fürstbistum Lüttich kam es aufgrund der Gesetzgebungsgewalt schon seit Längerem zwischen dem Bischof und den Ständen zu Streitereien. Die Herrschaft wurde allgemein als drückend empfunden. So kam es in Lüttich am 18. August 1789 zu einer Volkserhebung. Der Landesherr sah sich gezwungen nach Deutschland zu fliehen und die Angelegenheit wurde vor dem Reichskammergericht verhandelt. Währenddessen rückten preußische Truppen ins Bistum Lüttich ein und machten nun von dort aus Druck gegen Österreich. So erweiterte sich der Konflikt bis in den niederländischen Raum, der seit dem Jahr 1778 zwischen Wien und

²⁶⁴ Zedinger: Migration und Karriere, S. 36.

²⁶⁵ Zitiert nach Renate Zedinger: Migration und Karriere, S. 36. Aus: Aktenstücke zur Geschichte der Österreichischen Niederlande gehörig. Wien. 407-411: Joseph II. an die Stände von Brabant. 1787 Juli 3.

²⁶⁶ Zitiert nach Fred Hennings: Das josephinische Wien. Wien. München. 1966, S. 70-71.

²⁶⁷ Zedinger: Migration und Karriere, S. 36.

Berlin wegen den Plänen des Kaisers bestand, die niederländischen Provinzen an den Kurfürsten Karl Theodor von Pfalz-Bayern abzutreten und sie gegen Bayern einzutauschen.²⁶⁸

Die beiden Gruppierungen der Vonckisten und Statisten schlossen sie sich im Herbst 1789 zusammen, obwohl ihre Vorstellungen so weit auseinander ragten. Dieser Zusammenschluss wurde als Patriotenbewegung bezeichnet. Diese Bewegung wollte sich von den Josephinischen Reformen abgrenzen und propagierte öffentlich gegen den Kaiser.²⁶⁹ Schon einige Zeit vorher hatten sie Geld gesammelt und begonnen Rekruten auszubilden. Dies wusste die niederländische Regierung und hatte es geduldet. Es gelang ihnen schließlich, innerhalb weniger Wochen, trotz eines schlecht ausgebildeten und mangelhaft ausgerüsteten Patriotenheeres, die Armee der Habsburger und die österreichischen Verwaltung aus den belgischen Provinzen zu vertreiben. Nur Luxemburg blieb unter habsburgischer Herrschaft. Dies konnte die habsburgische Armee nutzen. Dort konnten sie sich verschanzen und auf einen geeigneten Zeitpunkt warten, um die belgischen Provinzen zurückzuerobern.²⁷⁰ Joseph II. stand zu dieser Zeit unter einer Doppelbelastung, da auch die Türken Österreich angriffen und er an zwei Fronten gleichzeitig die Stellung halten musste. Aus diesem Grunde war es ihm nicht möglich, unverzüglich auf die Armee der Provinzen zu reagieren.²⁷¹

Vor Ort setzte sich Trauttmansdorff-Weinsberg für eine Übereinkunft mit den Ständen ein. So kam es, dass im November 1789, ohne die Zustimmung aus Wien, das Verbot wieder aufgehoben und die Verfassung wieder eingesetzt wurde. Zu diesem Zeitpunkt konnte man die kommenden Schritte aber nicht mehr aufhalten. Der Sturz der Regierung in den südlichen Niederlanden zeichnete sich bereits ab.²⁷² Die Statthalterfamilie musste schließlich im November 1789 aus Den Haag nach Gelderland fliehen. Im Dezember 1789 verließ schließlich die gesamte österreichische Regierung Brüssel und zog sich zurück.

Durch die Situation in Frankreich, die Französische Revolution, wurden die Leute der belgischen Provinzen in ihrem Handeln zusätzlich angetrieben. Ihr Kampfgeist wurde gestärkt.²⁷³ Am 7. Jänner 1790 wurde von Kardinal von Franckenberg eine Generalversammlung aller niederländischer Provinzen einberufen, die nach nur vier Tagen ihre Unabhängigkeit verkündete.²⁷⁴ Am 11. Jänner 1790 versammelten sich alle Abgeordneten der Provinzialstände, außer Luxemburg, und schlossen sich zur „République des Etats belgiques unis“ zusam-

²⁶⁸ Erbe: Belgien. Niederlande. Luxemburg, S. 176.

²⁶⁹ Minke: Habsburg in Limburg, S. 56ff.

²⁷⁰ Koll: Die belgische Nation, S. 114f.

²⁷¹ Zentner: Chronik, S. 154.

²⁷² Zedinger: Migration und Karriere, S. 36ff.

²⁷³ Zentner: Chronik, S. 154.

²⁷⁴ Minke: Habsburg in Limburg, S. 56ff.

men.²⁷⁵ Anschließend richteten sie einen „Souveränen Kongress“ ein. Nur ein paar Tage später erkannten England, Holland und Preußen Belgien als einen eigenen Staat an.²⁷⁶

Diese Konstruktion konnte allerdings zu dieser Zeit keinen besonders festen Halt von innen heraus vorweisen. Die Stände wollten der Föderation nur in Bezug auf die Verteidigung und die Außenpolitik zustimmen. In allen anderen Bereichen vertraten sie den Partikularismus und den Provinzialismus. Diese wurden nun auch wiederhergestellt.²⁷⁷ Die „Patrioten“, eine Splittergruppe, hatten inzwischen Forderungen in Richtung einer Demokratie entwickelt. Sie forderten nun nicht mehr nur größere Einflussnahme der Bürger, sondern auch das freie Wahlrecht. In Utrecht gelang es der Bewegung, die Macht an sich zu reißen und auch Holland stand kurz davor von ihnen eingenommen zu werden.²⁷⁸ Und auch die Statisten und Vonckisten konnten sich nicht über die Struktur der zukünftigen Einrichtungen einig werden. Nur die Kerngebiete Flandern und Brabant waren sich einig, Lüttich jedoch zögerte, schloss sich aber schließlich doch an. Die Provinzen taten sich schwer wieder ein gemeinsames Nationalgefühl zu empfinden.

Unter anderem war die Bevölkerung zu sehr mit diesen inneren Streitigkeiten beschäftigt, als dass sie sich noch gegen österreichische Angreifer hätten wehren können. So kam es, dass am 2. Dezember 1790 Brüssel erneut an Österreich fiel, am 4. Dezember Mecheln, am 6. Dezember Antwerpen und schließlich am 7. Dezember auch Gent.²⁷⁹

5.4 Leopold II.

Nach dem Tod des Kaiser Joseph II. am 20. Februar 1790, hoffte man, dass in den belgischen Provinzen die Aufstände nun auch ein Ende finden würden und sich wieder zum legitimen Herrscher, Leopold II. bekennen würden.

Leopold II. war anders als sein Bruder dem zentralistischen Absolutismus abgeneigt. Er war der Großherzog der Toskana und dort war seine Reformtätigkeit gemäßigt und den Gegebenheiten angepasst. Dies versuchte er nun auch auf die belgischen Provinzen anzuwenden

²⁷⁵ Zedinger: Migration und Karriere, S. 36ff.

²⁷⁶ Zentner: Chronik, S. 154.

²⁷⁷ Ruys: Die Flamen, S.37f.

²⁷⁸ <http://www.uni-muenster.de/NiederlandeNet/nl-wissen/geschichte/vertiefung/anfaenge/revolution.html> (download: 05.06.2013).

²⁷⁹ Minke: Habsburg in Limburg, S. 59ff.

und ließ sich regelmäßig über die Lage durch den damaligen Staatsrat Cornet de Grez berichten.²⁸⁰

Während Joseph II. noch lebte, konnte Leopold II. den Österreichischen Niederlanden kein Angebot zur gegenseitigen Einigung vorschlagen. Die Zeit bis zum Tod seines Bruders nutzte er aber so, dass die niederländische Bevölkerung Vertrauen zu ihm aufbaute und ihn nicht mit der verhassten Politik, die sein Bruder geführt hatte, in Verbindung brachte. Doch sowohl von den Gegnern der österreichischen Herrschaft als auch von ihren Anhängern wurde immer wieder auf die Übereinstimmung der politischen Ansichten der beiden Brüder aufmerksam gemacht. Ein Argument Leopolds II. war seine Kirchenpolitik, die er in der Toskana eingeführt hatte, diese war dort allerdings in einigen Punkten gescheitert, doch er versuchte dadurch die niederländischen Provinzen, die mit der Kirchenpolitik Josephs II., wie bereits erwähnt, keinesfalls einverstanden waren, für sich zu gewinnen. Leopold II. nutzte, um sich beim Volk beliebter und vertrauenswürdiger zu machen die sogenannte Flüsterpropaganda. Diese musste er besonders vor seinem Bruder und dessen Vertrauensleuten geheimhalten. Aber dadurch war es ihm möglich seinen Standpunkt der Dinge unter die Bevölkerung zu bringen und ihnen mitzuteilen, dass er schon seit langer Zeit besonders in den niederländischen Angelegenheiten weder um Rat bei Joseph II. gebeten hatte noch darüber informiert worden sei und dass er seit jeher die Politik seines Bruders in den Österreichischen Niederlanden missbilligte. Für Außenstehende wirkten diese Äußerungen jedoch eher unglaubwürdig, obwohl sie objektiv gesehen der Wahrheit entsprachen.²⁸¹ Außerdem wandte er sich an die geflohene Statthalterin der Österreichischen Niederlande Marie Christine und bat sie, die zu dieser Zeit in Bonn verweilte, um ihre Mitarbeit in der Vermittlung zwischen ihm und den Aufständischen. So entstand Leopolds bekanntes Glaubensbekenntnis, das er in dem Schreiben vom 25. Jänner 1790 aufsetzte an seine Schwester Marie Christine. Dabei handelt es sich um eine programmatische Erklärung, die von den Generalstaaten möglichst vielen einflussreichen Personen und Gruppen in den niederländischen Provinzen bekanntgemacht werden sollte, zugleich aber vor Joseph II. und der Wiener Regierung geheimgehalten werden musste. Das Programm hatte den Zweck für Leopold II. zu werben und die niederländische Bevölkerung zu einer Rückkehr unter österreichische Herrschaft zu überreden. Die Geheimhaltung der Schriften konnte mit Hilfe von Zitronensäure durchgeführt werden. Ein kurzer Auszug aus seinem Glaubensbekenntnis die Kirchen- und Religionspolitik betreffend:

„Mein Glaubensbekenntnis ist, daß ich die katholische, apostolische und römische Religion aufrechterhalten, in ihr leben und sterben will; daß ich Personen

²⁸⁰ Zedinger: Migration und Karriere, S. 37.

²⁸¹ Wanderuszka, Adam: Leopold II. Erzherzog von Österreich. Großherzog von Toskana. König von Ungarn und Böhmen. Römischer Kaiser. Band 2. 1780-1792. Verlag Herold. Wien. München. 1965, S. 214ff.

keineswegs verfolgen, aber auch nicht befördern und auszeichnen will, die keine Religion haben oder das vorgeben, daß ich die Bischöfe unterstützen will, denen die Aufsicht über die disziplinären Angelegenheiten der Kirche zusteht.“²⁸²

Später wendet er sich in dem Schreiben seinen politischen Auffassungen zu, diese waren sehr viel überzeugender und klarer, als die Äußerungen die Religionspolitik betreffend:

„Ich glaube, daß der Souverän, selbst der erbliche, nur der Delegierte des Volkes ist, für das er bestellt ist und daß er diesem alle seine Sorgen, Mühen und Nachtwachen widmen soll; daß jedes Volk ein Grundgesetz oder einen Vertrag zwischen dem Volk und dem Souverän haben soll, welches die Autorität und die Macht des letzteren beschränkt; daß wenn der Souverän dieses Gesetz nicht hält, er tatsächlich auf seine Stellung verzichtet, welche ihm nur unter dieser Bedingung verliehen wurde, und daß man nicht mehr verpflichtet ist, ihm zu gehorchen; daß die ausübende Gewalt dem Souverän, die gesetzgebende aber dem Volk und seinen Vertretern zusteht und daß dieses bei jedem Thronwechsel neue Bedingungen stellen kann [...]“²⁸³

Die Bevölkerung war sich bei diesem Glaubensbekenntnis uneinig, wie weit man auf diese Worte vertrauen konnte. In Bezug auf die Religionspolitik verteidigte Leopold II. Maßnahmen, die er früher durchgeführt hatte und beschönigte, verharmloste oder bestritt sie sogar. Dennoch ging es hierbei um die Zukunft und nicht um die Vergangenheit. Es besteht kein Anlass an dem Regierungsprogramm, das Leopold II. vorschwebte, auch in Bezug auf die Kirchenpolitik, zu zweifeln. Dennoch erklären diese Umstände es, dass die Politik Leopolds II., trotz ihrer Aufrichtigkeit und Großzügigkeit gegenüber der niederländischen Bevölkerung, bei seinem Regierungsantritt zunächst nicht erfolgreich war. In den Niederlanden entstanden über Leopold II. verschiedene Gerüchte, die die Bevölkerung davon abhielt, sich für seine Herrschaft stark zu machen. Diese ließen verlauten, dass sie zu einer Rückkehr unter österreichische Herrschaft zu verschiedenen Bedingungen bereit wären. Auf der einen Seite war dies eine Chance den Konflikt zu lösen, auf der anderen Seite sah Leopold II. darin jedoch eine Gefahr zu viele Zugeständnisse zu machen, da ein solches Handeln die Aufständischen zur Aufstellung weiterer Forderungen ermuntern könnte. Er war der Meinung, dass nur freiwillige Zugeständnisse dazu geeignet seien das gestörte Vertrauensverhältnis zwischen Regierung und Volk wiederherzustellen. Denn jedes Entgegenkommen von seiner Seite würde als Erfolg für die Revolution gedeutet werden.²⁸⁴

²⁸² Zitiert nach Wanderuszka: Leopold II. Erzherzog von Österreich, S. 216.

²⁸³ Zitiert nach Wanderuszka: Leopold II. Erzherzog von Österreich, S. 217.

²⁸⁴ Wanderuszka: Leopold II. Erzherzog von Österreich, S. 213ff.

Er bat die Statthalterin, Erzherzogin Maria Christine, darum, dass sie sehr nachgiebig sein solle mit den Provinzen, außerdem nahm er eine gewisse Anzahl der durchgeführten Reformen seines Bruders zurück.²⁸⁵

Er schlug einen Vergleich vor, bei dem die südlichen Provinzen eine gewisse Autonomie erhalten sollten. Dieser Vorschlag wurde allerdings von der Mehrzahl der Statisten zurückgewiesen.²⁸⁶ Trotzdem gab es inzwischen große Teile der Bevölkerung, die gerne wieder in geordneten Verhältnissen gelebt hätten und Leopold II. ihre Anerkennung entgegenbrachten. Auch am Wiener Hof arbeitete man daran, die Österreichischen Niederlande wieder zurückzugewinnen. Kurze Zeit später ging die belgische Föderation ruhmlos unter, dies geschah sowohl durch die Unfähigkeit des erkonservativen Van der Noot, als auch durch die Rückkehr der österreichischen Soldaten. Vor allem lag dies aber an der Uneinigkeit der politischen Interessensgruppen und an den Unzulänglichkeiten des Verfassungsmodells vom 11. Jänner 1790. Es stellte sich nämlich heraus, dass die beiden Gruppierungen der Statisten und Vonckisten nur dann gemeinsam an einem Strang zogen, wenn es darum ging, Widerstand gegen die Maßnahmen des Kaisers zu leisten, nicht aber wenn sie selbstständiges politisches Engagement beweisen mussten. Als nun im November 1790 die österreichischen Truppen in Belgien einmarschierten, räumten die Aufständischen kampfflos das Feld, die Anführer flüchteten. Die einzige Autorität, die bestehen blieb, waren die Stände von Brabant. Sie nahmen die Kapitulationsaufforderungen würdig entgegen. Am 2. Dezember 1790 marschierten die Österreicher schließlich in Brüssel ein und begannen mit der ersten habsburgischen Restauration. Leopolds II. Handeln zielte nun darauf ab, die politische Situation, wie sie unter Maria Theresia bestanden hatte, wiederherzustellen. Aber nicht alle Berater am Wiener Hof standen dieser Entwicklung positiv gegenüber. Philipp Cobenzl, der es nicht geschafft hatte, den Frieden in den belgischen Provinzen im Herbst 1789 wiederherzustellen, kritisierte nun die Vorgehensweise Leopolds II.:²⁸⁷

„[...] Des députés des Pays-Bas, des émissaires des princes français, des agents envoyés par différentes cours, des émigrés français, des aventuriers de toute espèce, tous obsédoient Leopold tour à tour, chaque individu sans distinction ayant la liberté d'aller lui parler quand il vouloit [...] et l'empereur causoit avec ces gens avec la même confiance et avec tout aussi peu de précaution qu'avec ses ministres les plus affidés [...]. De cette façon il étoit impossible et à moi et au Prince Kaunitz de bien conduire les affaires, elles alloient comme elles pouvoient; tâcher

²⁸⁵ Zedinger: Migration und Karriere, S. 37

²⁸⁶ Ruys: Die Flamen, S.38.

²⁸⁷ Zedinger: Migration und Karriere, S. 39ff.

de réparer le mieux qu'on pouvoit des fautes de toute espèce étoit tout ce que nous pouvions faire.“²⁸⁸

Leopold II. wollte weitere Umstrukturierungen in den Österreichischen Niederlanden vornehmen. Nachdem die Regierung in Brüssel wiederhergestellt und die Statthalterschaft neu organisiert worden war, sollten in die Behörden in Wien wieder belgische Beamte eingezogen werden. Dies war vorher bis 1757 im Höchsten Rat der Niederlande üblich gewesen.

Die Entwicklungen in Frankreich verfolgte man in den belgischen Provinzen bisher nur als neutraler Beobachter. Nur durch die Versöhnung mit Preußen, war es möglich Frankreich auf Augenhöhe entgegenzutreten. So wurde am 25. Juli 1791 ein preußisch-österreichischer Vorvertrag abgeschlossen. Durch die Defensivallianz vom 7. Februar 1792 wurde dann die Achse Berlin-Wien besiegelt. Graf Kaunitz sprach sich offen gegen diese Entwicklungen aus. Er sah dadurch sein politisches Konzept boykottiert.

Am 20. April 1792 erfolgte die Kriegserklärung der Franzosen an den König von Böhmen und Ungarn und den Kaiser von Österreich. Die Kriegserklärung bekam Kaiser Leopold II. nicht mehr mit, da er unerwartet am 1. März 1792 verstarb. Alle Hoffnungen in ihn waren nun mit einem Mal zerstört. Sein Nachfolger Franz II. war viel zu unerfahren, um die Situation zu regeln. Auch seine Berater am Hofe konnten ihm nicht wirklich helfen. Kaunitz bat um Enthebung von seinen Amtsgeschäften, da er enttäuscht war von den Entwicklungen und dies nicht mit seinen politischen Vorstellungen verbinden konnte. Am 19. August 1792 wurde sein Rücktritt schließlich offiziell.²⁸⁹

Allerdings sollte auch die kaiserliche Herrschaft über die Niederlande nicht mehr von langer Dauer sein, da in Paris eine Nation ganz Europa den Krieg erklärt hatte. Im November 1792 fielen französische Truppen auch in den österreichischen Niederlanden ein. Den Truppen des Kaisers gelang es schließlich, erneut die Herrschaft der Niederlande an sich zu reißen, jedoch nur für kurze Zeit. Am 26. Juni 1794 schon zählten die Gebiete Flandern, Brabant und die übrigen Provinzen zum französischen Reichsgebiet.²⁹⁰ Danach stellte sich nicht mehr die Frage nach der Wiedergewinnung der Österreichischen Niederlande, da im Frieden von Campo Formio 1797 schriftlich festgehalten wurde, dass die belgischen Provinzen der Französischen Republik einverleibt wurden. Die Stadt Brügge appellierte an den österreichischen Kaiser, dass er sich doch wieder zum Souverän der Österreichischen Niederlande erklären sollte, doch diese Bitte blieb unberücksichtigt. Die österreichische Politik hatte nun wieder andere Prioritäten, wie beispielsweise ihre Präsenz in Ober- und Mittelitalien. Die bisherigen

²⁸⁸ Zitiert nach Renate Zedinger: Migration und Karriere, S. 41. Aus: HHStA. Handschriften. HS weiß 978: Philippe comte de Cobenzl. 101-102.

²⁸⁹ Zedinger: Migration und Karriere, S.42ff.

²⁹⁰ Ruys: Die Flamen, S.38.

Österreichischen Niederlande wurden schließlich mit Holland zum Königreich der Niederlande vereinigt.²⁹¹

5.5 Auswirkungen der Brabanter Revolution auf die Provinz Limburg

In der Provinz Limburg brachen die Unruhen im Jahre 1789 aus einem anderen Grund aus. In erster Linie ging es dort darum, dass eine ständig andauernde Getreideknappheit bestand und es dadurch zu immer weiter ansteigenden Lebensmittelpreisen kam. Die Bevölkerung war zu dieser Zeit zusätzlich beeinflusst durch die Ereignisse der Revolution in Paris. Allerdings kann man die Ausschreitungen in den Österreichischen Niederlanden keinesfalls mit denen in Frankreich vergleichen. In der Provinz Limburg wurde ein stabiler Brotpreis gefordert. Außerdem wollten sie eine Abschaffung der Ständeversammlung und der Privilegien des Adels und der Geistlichen und eine Einführung eines demokratischen Systems und Gerichtswesens.

Dennoch wurde von der Bevölkerung der Provinz Limburg immer wieder betont, dass sie dem österreichischen Herrscher treu ergeben waren und sich immer noch zu ihnen zugehörig fühlten. Auch dadurch unterschieden sie sich von den anderen Teilen der Österreichischen Niederlande. Als schließlich im Jänner 1790 die „Patrioten“ in der Provinz eindrangten, stießen sie bei der Bevölkerung meist auf feindselige Gleichgültigkeit. Sie protestierten sogar gegen den Anschluss an die Vereinigten belgischen Staaten. So wurde dieser Anschluss in manchen Orten mit Waffengewalt durchgesetzt. Zahlreiche Freiwillige traten gemeinsam als „Kaiserliche“ gegen die „Patrioten“ an. In wenigen Tagen hatten sich über 800 Freiwillige aus den umliegenden Städten zusammengetan. Im August 1790 kam es dann zu heftigen Kampfhandlungen zwischen den beiden Gruppen. Die „Patrioten“ versuchten bis nach Eupen vorzurücken, doch dies gelang ihnen nicht und am 13. August mussten sie schließlich auch Herve räumen und den kaiserlichen Verbänden überlassen.²⁹²

²⁹¹ Zedinger: Migration und Karriere, S. 47- 48.

²⁹² Minke: Habsburg in Limburg, S. 56ff.

6. Abtretung Belgiens an Frankreich

Nach dem Tod von Kaiser Leopold II. übernahm sein Sohn Franz II. die Herrschaft über Österreich und das gesamte eroberte Gebiet. Am 20. April 1792 erklärte Ludwig XVI. Franz II. den Krieg. Zunächst sah es aus, als würde es Franz II., gemeinsam mit seinem Verbündeten Preußen gelingen, Frankreich einzunehmen. Im August marschierten sie in Frankreich ein und stießen bis Paris vor. Dort wurde das Königtum abgeschafft und eine Republik ausgerufen. Doch schon wenig später gelang es dem französischen Revolutionsheer die feindlichen Truppen aus Frankreich zu vertreiben.²⁹³ Die Franzosen marschierten in Belgien ein und lösten das alte Herzogtum Limburg auf. Das gesamte linksrheinische Gebiet wurde an Frankreich angeschlossen.²⁹⁴

Es kam im Jahre 1793 kurz zu einer Rückeroberung der Niederlande durch Österreich, doch in der Schlacht von Fleurus, am 26. Juni 1794, mussten sich erneut geschlagen geben. Am 17. Oktober 1797 schließlich musste Österreich im Frieden von Campo Formio das linke Rheinufer und die Niederlande endgültig an Frankreich abtreten.²⁹⁵

„Und wir waren zuerst als Nachbarn lebhaft entzündet.

Darauf begann der Krieg, und die Züge bewaffneter Franken

Rückten näher: allein sie schienen nur Freundschaft zu bringen

[...] Sie pflanzten mit Lust die munteren Bäume der Freiheit,

Jedem das Seine versprechend und jedem die eigne Regierung.

[...] Aber der Himmel trübte sich bald.“²⁹⁶

Dieses Zitat Goethes beschreibt die damalige Situation der Österreichischen Niederlande unter den Franzosen sehr treffend. Zunächst bei der ersten französischen Besatzung sprachen sie sich noch für eine unabhängige belgische Republik aus. Doch später wollten sie, dass auch die Niederlande Teil ihres modernen Nationalstaats werden sollten. Eine Zeit lang hatte dieser sogar die Formen eines totalitären Regimes. Dabei sollten die Beteiligten bereit sein, alles für den Staat zu opfern. Die Einwohner Belgiens waren darüber wenig erfreut und sträubten sich gegen diese Forderungen. Ein Vorteil der französischen Herrschaft über Bel-

²⁹³ Minke: Habsburg in Limburg, S. 59ff.

²⁹⁴ Gielen: Das Eupener Land im Wandel der Zeit, S. 34f.

²⁹⁵ Minke: Habsburg in Limburg, S. 59ff.

²⁹⁶ Zitiert nach Renate Zedinger: Migration und Karriere, S. 41. Aus: Goethe; Johann Wolfgang: Hermann und Dorothea. Klio. Das Zeitalter. Goethes sämtliche Werke. Vollständige Ausgabe in 44 Bänden. Leipzig. Hier Band 5. Cotta'sche Buchhandlung. 1910, S. 253.

gien war allerdings, dass dieser einen wirtschaftlichen Aufschwung mit sich geführt hatte. Dennoch waren die Menschen den ständigen Krieg leid. Viele Einwohner Belgiens waren im Krieg ums Leben gekommen. Entweder hatten sie in Spanien oder in Russland gekämpft.²⁹⁷ Außerdem war Frankreich nicht in der Lage, seine Armeen in den eroberten Gebieten finanziell zu unterstützen. Aus diesem Grunde begannen die Truppen zu plündern oder sie forderten von der Bevölkerung Kontributionen ein oder stahlen die Gemeindekassen.

Gegen die Franzosen kam es in den Österreichischen Niederlande aber nicht zu einem Aufstand, wie noch gegen Joseph II. Die Bevölkerung schaffte es nicht sich noch einmal zu einer Opposition zusammenzuschließen und ihr Traum von einer eigenständigen Republik musste zunächst auf Eis gelegt werden. Die Franzosen wollten die ehemaligen Österreichischen Niederlande ihrem Land angliedern, da sie unter dem militärischen Aspekt nützlich waren, da sie eine natürliche Grenze zu den Nachbarstaaten darstellten und außerdem wiesen die Provinzen einige Gemeinsamkeiten mit Frankreich auf, wie beispielsweise die linguistische und kulturellen Besonderheiten.

Als Frankreich 1794 wieder an die Macht über die Österreichischen Niederlande kam, griffen sie zu härteren Maßnahmen, bestimmten Belgien als erobertes Gebiet und forderten dazu auf Konfiskationen durchzuführen. Das bedeutet, dass die kulturellen Werte geraubt wurden und nach Paris gebracht werden mussten, wie unter anderem zahlreiche Bilder von bekannten flämischen Malern, wie Rubens oder Van Dyck. Die meisten geraubten Gegenstände wurden aufbewahrt und später im „Musée de Bruxelles“ ausgestellt.

Da die belgischen Provinzen immer noch sehr wohlhabend waren, forderten die Franzosen ihre finanzielle Unterstützung und auch wirtschaftliche Ressourcen.

Die bekannten Freiheitsparolen der Franzosen wurden dagegen nie in die Realität umgesetzt. Die belgischen Provinzen wurden, wie dargelegt, stattdessen Opfer von Plünderungen, Geiselnahmen, Versorgungsengpässen und Geldentwertungen.

In der Verwaltung gab es auch einige Veränderungen. In Brüssel wurde ein Regierungsrat gegründet, der aus zehn Mitgliedern bestand.

Die Bevölkerung ließ sich alles ohne Widerspruch gefallen, denn sie hofften, dass in ihrem Land endlich wieder Ruhe und Ordnung einkehren würde. Aus diesem Grunde verzichteten sie auch auf ihre zunächst geforderte Unabhängigkeit.

Napoleon Bonaparte reiste im Jahr 1803 durch die belgischen Provinzen und ließ kurz darauf die Strukturen der bestehenden Verwaltung neu regeln. Die belgischen Provinzen wur-

²⁹⁷ Gielen: Das Eupener Land im Wandel der Zeit, S. 34f.

den nun in neun Bezirke unterteilt, ganz nach französischem Muster. Brüssel und das Umland wurden umgetauft auf den Namen „Dyle“, so hieß der Fluss, der durch Löwen und Mecheln verlief. Französisch wurde ab sofort als Amtssprache eingeführt und das Justiz- und Bildungswesen wurden reformiert. Es kam sogar zu zahlreichen Bezeichnungsänderungen, unter anderem die üblichen Wochentage und Monate wurden umbenannt.

Eine der Hauptaufgaben des neuen Regierungsrates war es, sich um die Emigranten aus Belgien zu kümmern. Es sollten Listen angefertigt werden über alle Auswanderer und ihre finanziellen Mittel. Denn bereits im Jahr 1792 hatte es aufgrund der Aufstände eine große Flüchtlingswelle gegeben.

Wegen diesen noch schlimmeren Zuständen, als unter der habsburgischen Herrschaft, hofften viele immer noch auf eine Rückeroberung durch die Habsburger. Diese Hoffnung wurde allerdings am 17. Oktober 1797 vollends zerschlagen, als es zum Friedensvertrag von Campo Formio kam. Darin unterzeichnete der Kaiser, dass er auf alle Ansprüche und Rechte in Bezug auf die Österreichischen Niederlande verzichte.²⁹⁸

Eine besonders wichtige Rolle in der Geschichte spielt die Schlacht bei Waterloo. Diese fand am 18. Juni 1815 statt und war Napoleons letzte Schlacht. Waterloo ist ein belgischer Ort in der Nähe von Brüssel. Dort verloren die Franzosen gegen die alliierten Truppen, die von General Wellington angeführt wurden.

Im Zweiten Pariser Frieden wurden für Frankreich verschärfte Friedensbedingungen festgelegt und Napoleon wurde als Kriegsgefangener der Briten auf die Atlantikinsel St. Helena verbannt, auf der er am 5. Mai 1821 verstarb.²⁹⁹

7. Unter preußischer Herrschaft

Nach dem Sieg über Napoleon kam es unter den alliierten Truppen zu Streitigkeiten über die eroberten Gebiete.

Ein kleines Gebiet des heutigen Belgiens, darunter auch Eupen wurde Preußen zugesprochen. Preußen war ein Militärstaat und bekannt für seine eiserne Disziplin, Ordnung und Arbeitsamkeit.

²⁹⁸ Zedinger: Migration und Karriere, S. 50ff.

²⁹⁹ Gielen: Das Eupener Land im Wandel der Zeit, S. 34f.

Seit der Schlacht von Worringen im Jahre 1288 orientierte sich das Eupener Land politisch nach Brabant. Nun folgte eine politische Umstellung und Verbindung zu Aachen, die vorher nur wirtschaftlich und kulturell bestanden hatte.³⁰⁰

Ein bekannter Diplomat Alfred von Reumont fasste seine Erinnerungen an diese Zeit folgendermaßen zusammen:

„Faßt man die gesamte Lage und das ganze gegenseitige Verhältnis zusammen, so waren beide auskömmlich, aber weiter nichts. Die deutsche Gesinnung, zu keiner Zeit unterdrückt, erwachte mit Macht, für Preußen hatte man kein Gefühl. Die Gesinnung war recht eigentlich eine kaiserliche... Der Kaiser von Österreich war für die Aachener Bevölkerung noch längere Zeit der eigentliche Vertreter Deutschlands geblieben.“³⁰¹

Dieses Gebiet sollte sich folglich immer noch lieber an Österreich orientieren und nicht, wie entschieden wurde, an Preußen.

Sogar zahlreiche Jahre später, genauer gesagt 1848, wird deutlich, dass die Bevölkerung immer noch für Österreich schwärmte. In einer Mitteilung vom 16.8.1848 des Eupener Landrats von Reiman, die er an die Regierung Aachen verfasst hat, steht folgendes geschrieben:

„Die Idee von der Einheit Deutschlands hat hier noch nicht Wurzel gefaßt. Der hiesige schlichte Bürger- und Bauersmann ist vielmehr im allgemeinen der Meinung, daß durch die Wahl des Erzherzog Johann zum Reichsverweser die hiesigen Lande wieder unter österreichische Herrschaft gekommen seien.“³⁰²

Erst in den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts stellte sich ein Stimmungsumschwung im Rheinland ein. Eine neue Generation war entstanden. Zeitzeugen, die das Herzogtum Limburg noch unter österreichischer Herrschaft gekannt hatten, wurden immer seltener. Die jetzige Generation war durch ihre Schulbildung an das preußische Nationalgefühl gewöhnt.³⁰³

Unterstützt wurde dieser Stimmungswechsel auch durch die militärischen Erfolge, die Preußen für sich beanspruchen konnte. Zu Zeiten Bismarcks gelang es Preußen die Führungsrolle in Deutschland zu ergreifen. Diese war bis dahin von Österreich eingenommen worden.

³⁰⁰ Gielen: Das Eupener Land im Wandel der Zeit, S. 35.

³⁰¹ Hüffer, Hermann: Alfred von Reumont. In: Annalen des Historischen Vereins vom Niederrhein. 1904, S. 55ff.

³⁰² Gielen: Das Eupener Land im Wandel der Zeit, S. 36.

³⁰³ Gielen: Das Eupener Land im Wandel der Zeit, S. 36.

1871 wurde in Versailles der preußische König von den deutschen Fürsten zum deutschen Kaiser ernannt.

Das Eupener Land gehörte nun nicht mehr nur zu Preußen, sondern auch zum Deutschen Reich.³⁰⁴

Der größte Teil des heutigen Belgiens und der Niederlande wurde dagegen im Wiener Kongress 1815 wurden die Südlichen Niederlande und die Nördlichen Niederlande unter König Wilhelm I. zu einem Staat vereinigt. Wilhelm I. setzte sich sehr für das belgische Bürgertum ein, dennoch kamen Proteste gegen die von ihm verordneten Maßnahmen auf. Wilhelm I. war Protestant und so kam es, dass große Teile der katholischen Bevölkerung sich ihm widersetzten. Die Liberalen forderten mehr Freiheit. 1828 setzten die Liberalen und Katholiken einen gemeinsamen Katalog mit Forderungen auf. Dieses Bündnis zwischen Katholiken und Liberalen wurde als „Unionismus“ bezeichnet.

Nach einigen Zwischenfällen und keinen zufriedenstellenden Veränderungen für die Bevölkerung brach im Jahr 1830 die Belgische Revolution aus. Wilhelm I. setzte Truppen ein, die jedoch am 27. September 1830 bereits aus dem Gebiet vertrieben wurden. Die Südliche Niederlande, also das heutige Belgien, riss sich von den nördlichen Provinzen los. Die vorläufige Regierung erklärte am 4. Oktober 1830 ihre Unabhängigkeit und am 3. November 1830 wurde ein Nationalkongress gewählt. An der Wahl durften sich die Bürger beteiligen, die genug Steuern zahlten oder besondere Qualifikationen aufwiesen. Insgesamt beteiligten sich 30.000 Bürger an der Wahl. Am 7. Februar 1831 wurde vom Nationalkongress eine Verfassung verabschiedet, die für damalige Verhältnisse sehr progressiv war.

In London fand am 4. November 1830 eine diplomatische Konferenz über die Zukunft Belgiens statt. Dabei wurde die Trennung zwischen den südlichen und nördlichen Provinzen der Niederlande anerkannt. Leopold I. von Sachsen-Coburg wurde zum ersten König der Belgier. Er regierte von 1831 bis 1865. Sein Nachfolger wurde sein Sohn, Leopold II. Unter ihm konnte sich Belgien zur zweitwichtigsten Industrienation Europas entwickeln.³⁰⁵

³⁰⁴ Gielen: Das Eupener Land im Wandel der Zeit, S. 36.

³⁰⁵ http://www.belgium.be/de/ueber_belgien/land/geschichte/belgien_ab_1830/ (download: 19.02.2014).

8. Schlussfolgerung

Durch diese Arbeit ist klar geworden, dass die Habsburgische Monarchie bei der Entwicklung des heutigen Belgien und der Niederlanden eine entscheidende Rolle gespielt hat. Sowohl wirtschaftlich als auch politisch haben sich diese Gebiete zu der Zeit unter Maria Theresia und ihrem Sohn, Joseph II., enorm weiterentwickelt und sind ihrem Weg zu autonomen Staaten einen großen Schritt näher gekommen.

Unter Maria Theresia wurde das Gebiet so gut es ging aus dem Kriegsgeschehen herausgehalten, so konnte die Bevölkerung am Wiederaufbau ihres Landes und ihrer Wirtschaft arbeiten, sodass es zu einer Blütezeit kam. Jedoch erkannten nicht alle Teile der Bevölkerung sofort, dass es ihnen unter dieser Herrschaft sehr gut erging. Maria Theresia war zwar eine strenge Herrscherin, jedoch legte sie auf das Wohlbefinden ihrer Untertanen großen Wert und nahm auch bei den durchzuführenden Reformen Rücksicht darauf.

Als Joseph II. an die Macht kam, war sein Anliegen, das Gebiet der Österreichischen Niederlande zu modernisieren und zentralisieren. Diesen Eingriff in ihre bisher bestehenden Privilegien wollten sich nicht alle ohne Widerstand gefallen lassen. Im Nachhinein kann man sagen, dass die Ideen Josephs II. zu fortschrittlich für diese Zeit waren. Aus diesem Grunde hätte er besonders vorsichtig und zurückhaltend bei der Durchsetzung seiner Reformen vorgehen sollen, doch aufgrund der großen Distanz zwischen Wien und den Österreichischen Niederlanden, war es nicht immer möglich, sich ein realistisches Bild von der Lage vor Ort machen zu können, da man sich immer auf die Beschreibungen anderer verlassen musste, wie in diesem Fall, den Beschreibungen der StatthalterInnen.

In den Österreichischen Niederlanden herrschte nun der Gedanke eines Aufstandes vor. Die Menschen vor Ort wurden angetrieben durch zwei Gruppierungen, die gegensätzlicher nicht sein konnten. Zusätzlich regten die Ereignisse in Frankreich, während der Französischen Revolution, zum Widerstand und Durchsetzung gegen den Herrscher an. Als die beiden Gruppierungen, die Vonckisten und Statisten, sich jedoch gegen Joseph II. verbündeten, war es klar, dass dies nur zu Auseinandersetzungen innerhalb der Bevölkerung führen konnte. Sie setzten sich zwar letztendlich gegen die habsburgischen Truppen durch, doch kamen sie nicht auf einen Nenner, wie die Weiterentwicklung des Landes nun aussehen sollte.

Erst als sie schließlich von den Franzosen eingenommen wurden, erkannten sie, wie gut es ihnen unter der Habsburgermonarchie ergangen war und sehnten diese Zeit zurück.

Meiner Meinung nach waren die Reformen von Maria Theresia und Joseph II. sinnvoll und notwendig für die Modernisierung und Zentralisierung der Österreichischen Niederlande.

Zuvor konnte man bei den Österreichischen Niederlanden keinesfalls von einem einheitlichen Staat sprechen, weil es nur eine Gruppe von Grafschaften, Herzogtümern und Herrschaften waren, die untereinander aber nichts miteinander zu tun hatten und auch kein Einheitsgefühl besaßen. Die Reformen, die unter der habsburgischen Herrschaft durchgesetzt wurden führten dazu, dass langsam das Gefühl einer Einheit entstand, wie man auch bei der Brabanter Revolution gesehen hat, wenn es notwendig war, dann hielt auch die Bevölkerung zusammen. Dennoch war der Weg zu einem einheitlichen Staat noch nicht so weit fortgeschritten, dass die Bevölkerung der Österreichischen Niederlande in der Lage gewesen wäre ihr Land eigenständig zu führen, denn als sie den habsburgischen Herrscher aus ihrem Land vertrieben hatten, entflammten die Konflikte unter ihnen erneut auf. Trotzdem waren die Veränderungen dieser Zeit wichtig für die Österreichischen Niederlande, für ihre Wirtschaft, ihre Politik und ihre Gesellschaft. Und wie man in zahlreichen Zitaten lesen kann, haben sich viele Menschen später die habsburgische Herrschaft zurück geseht.

9. Literatur

Sekundärliteratur

- Arneth, Alfred von: Geschichte Maria Theresias. Bd. 5. Wien. 1863.
- Beales, Derek: Joseph II. In the Shadow of Maria Theresia 1741 - 1780. Bd. 1. Cambridge. London. Sydney (u.a.). Cambridge University Press. 1987.
- Beales, Derek: Joseph II. Against the World 1780-1790. Bd. 2. Cambridge. New York. Melbourne (u.a.). Cambridge University Press. 2009.
- Beer, Adolf (Hrsg.): Denkschriften des Fürsten Wenzel Kaunitz-Rittberg. In: Archiv für österreichische Geschichte 48. 1872.
- Bernstorff-Bülow. Berlin 15.02.1831. ZSA Me. 2.4. 1. Abt. I. 8470. BI 9.
- Blaise, Pierre; Desmarests, Alain; u.a. (Hrsg.): Belgien verstehen. 4. Auflage. De Boeck. Ligue des Familles – Bund der Familien. Brüssel. 2009.
- Brauner, Wilhelm: Österreichische Verfassungsgeschichte. 11. Auflage. Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung. Wien. 2009.
- Cipolla, Carlo M.: The Economic Decline of Empires. Taylor & Francis. 2011.
- Dries, Joseph: Schule als Spiegel Politisch-Gesellschaftlicher Entwicklungen. Anmerkungen zum Unterrichtswesen in Belgien. In: Begeat-Neuschäfer, Anne (Hrsg.): Belgien im Fokus. Geschichte. Sprachen. Kulturen. Belgien im Blick: Interkulturelle Bestandsaufnahmen. Band 1. Europäischer Verlag der Wissenschaften. Frankfurt am Main. 2007.
- Erbe, Michael: Belgien. Niederlande. Luxemburg. Geschichte des niederländischen Raumes. Kohlhammer. Stuttgart. 1993.
- Fejtö, François: Joseph II. Porträt eines aufgeklärten Despoten. München. 1987.
- Gielen, Viktor: Das Eupener Land im Wandel der Zeit. Grenz-Echo-Verlag. Eupen. 1992.
- Goethe; Johann Wolfgang: Hermann und Dorothea. Klio. Das Zeitalter. Goethes sämtliche Werke. Vollständige Ausgabe in 44 Bänden. Leipzig. Hier Band 5. Cotta'sche Buchhandlung. 1910.
- Heindl, Waltraud: Beamte, Staatsdienst und Universitätsreform. Zur Ausbildung der höheren Bürokratie in Österreich, 1740–1848. In: Das achtzehnte Jahrhundert und Österreich 4. 1987, S. 35-53.
- Hennings; Fred: Das josephinische Wien. Wien. München. 1966.
- Heuser, Wolfgang: Kein Krieg in Europa. Die Rolle Preußens im Kreis der europäischen Mächte bei der Entstehung des belgischen Staates (1830-1839). Band 30. Centaurus-Verlagsgesellschaft. Pfaffenweiler. 1992.

- Hüffer, Hermann: Alfred von Reumont. In: Annalen des Historischen Vereins vom Niederrhein. 1904.
- Juste, Theodore: Histoire de la Révolution belge de 1790. Brüssel. 1846.
- Koll, Johannes: Die belgische Nation. Patriotismus und Nationalbewusstsein in den Südlichen Niederlanden im späten 18. Jahrhundert. Waxmann Verlag. Münster. 2003.
- Kovács, Elisabeth (Hrsg.): Instruktionen und Patente Karls (III.) VI. und Maria Theresias für die Statthalter, Interimsstatthalter, Bevollmächtigten Minister und Oberhofmeister der Österreichischen Niederlande (1703-1744) (Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte Österreichs 20). Wien. 1993.
- Lamberts, Emiel; Roegiers, Jan: Leuven University (1425-1985). University Press. Löwen. 1990.
- Lenders, Piet: Vienne et Bruxelles. Une tutelle qui n'exclut pas une large autonomie. In: La Belgique autrichienne. Brüssel. 1987.
- Mályusz, Elemér: Kaunitz über die Kulturpolitik der Habsburgermonarchie. In: Südostforschungen 2. 1937.
- Mathes, Mathes: Löwen und Rom. Zur Gründung der Katholischen Universität Löwen unter besonderer Berücksichtigung der Kirchen- und Bildungspolitik Papst Gregors XVI. Ludgerus. Essen. 1975.
- Minke, Alfred: Habsburg in Limburg. Grenz-Echo Verlag. Eupen. 2006.
- Pabst, K.: Politische Geschichte des deutschen Sprachgebiets in Ostbelgien bis 1944. In: Nelde, P. (ed): Deutsch als Muttersprache in Belgien. Wiesbaden. Steiner-Verlag. 1979.
- Ruwet, Joseph: Die Reform der Universität Löwen (1740-1780). Sonderdruck aus: Österreich im Europa der Aufklärung. Kontinuität und Zäsur in Europa zur Zeit Maria Theresias und Josephs II. Internationales Symposium in Wien. 20.-23. Oktober 1980. (GB 507). Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften. Wien. 1985.
- Ruys, Manu: Die Flamen. Ein Volk in Bewegung. Eine werdende Nation. Lanoo-Verlag. Utrecht. 1974.
- Szabo, Franz A. J.: Wenzel Anton Kaunitz-Rietberg und seine Zeit: Bemerkungen zum 200. Todestag des Staatskanzlers. In: Klingenstein, Grete; Szabo, Franz A. J. (Hrsg.): Staatskanzler Wenzel Anton von Kaunitz-Rietberg 1711-1794. Neue Perspektiven zu Politik und Kultur der europäischen Aufklärung. Andreas Schnider Verlagsatelier. Graz. Esztergom. Paris. New York. 1996.
- Valentin, Denis: Die Katholische Universität zu Löwen (1425–1958). Löwen. 1958.
- Wandruszka, Adam: Das Haus Habsburg. Die Geschichte einer europäischen Dynastie. 7. Auflage. Herder Verlag. Wien. Freiburg. Basel. 1989.

- Wanderuszka, Adam: Leopold II. Erzherzog von Österreich. Großherzog von Toskana. König von Ungarn und Böhmen. Römischer Kaiser. Band 2. 1780-1792. Verlag Herold. Wien. München. 1965.
- Willemyns, Roland: Het verhaal het vlaams. De geschiedenis van het Nederlands in de Zuidelijke Nederlanden. Antwerpen: Standaard Uitgeverij. Utrecht: Spectrum. 2003.
- Willemyns, Roland: 175 Jahre Sprachplanung und Sprachpolitik in Belgien. In: Be-genat-Neuschäfer, Anne (Hrsg.): Belgien im Fokus. Geschichte. Sprachen. Kulturen. Belgien im Blick: Interkulturelle Bestandsaufnahmen. Band 1. Europäischer Verlag der Wissenschaften. Frankfurt am Main. 2007.
- Zedinger, Renate: Kaunitz und Johann Karl Cobenzl. Zu den Zentralisierungstendenzen des Staatskanzlers im Wiener Verwaltungsapparat der Österreichischen Niederlande. 1753-1757. In: Klingenstein, Grete; Szabo, Franz. A.J. (Hrsg.): Staatskanzler Wenzel Anton von Kaunitz-Rietberg 1711-1794. Neue Perspektiven zu Politik und Kultur der europäischen Aufklärung. Andreas Schnider Verlagsatelier. Graz. Esztergom. Paris. New York. 1996.
- Zedinger, Renate: Die Verwaltung der Österreichischen Niederlande in Wien (1714-1795). Studien zu den Zentralisierungstendenzen des Wiener Hofes im Staatswerdungsprozess der Habsburgermonarchie. Böhlau Verlag. Wien. Köln. Weimar. 2000.
- Zedinger, Renate: Migration und Karriere. Habsburgische Beamte in Brüssel und Wien im 18. Jahrhundert. Böhlau Verlag. Wien. Köln. Weimar. 2004.
- Zentner, Christian (Hrsg.): Chronik. Österreich von den Anfängen bis heute. Otus verlag. St. Gallen. 2008.
- Zöllner, Erich: Geschichte Österreichs. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. 6. Auflage. Verlag für Geschichte und Politik. Wien. 1979.

Quellen

- Staatsarchiv Eupen. Stadt Eupen. C.1.8.I-III, 296, 398.
- Staatsarchiv Eupen. Gemeinde Eupen. B. 2.3.I.-II., 24, 29.
- Staatsarchiv Eupen. Evangelische Kirchengemeinde Eupen. A.3.1., 77.

Internet

- <http://www.uni-muenster.de/NiederlandeNet/nl-wissen/geschichte/vertiefung/anfaenge/revolution.html>
- http://www.dglive.be/DesktopDefault.aspx/tabid-84/186_read-448/
- http://www.bmukk.gv.at/schulen/bw/ueberblick/sw_oest.xml
- <http://www.hansbolte.net/antisemitischezitate.php>
- <http://www.archive.org/stream/preussenunddiek06grangoog#page/n23/mode/2up>
- http://www.zeit.de/2005/21/P-G_9fnzel
- <http://gutenberg.spiegel.de/buch/5327/23>
- WDR 5 Zeitzeichen: 20. Oktober 1740: Die Regierung Maria Theresias.
- http://www.muenzeoesterreich.at/var/ezflow_site/storage/images/produkte/maria-theresien-taler/17720-1-ger-DE/muenze_produkt_maria-theresien-taler.png
- <http://www.theresianum.ac.at/gymnasium/ueber-uns/geschichte/>

Bildquellen

- Brauner, Wilhelm: Österreichische Verfassungsgeschichte. 11. Auflage. Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung. Wien. 2009, S. 78-84.
- Herrebout, E.: Die Geschichte der Eupener Tuchindustrie im Vergleich zu anderen Wollstädten Europas. In: Geschichtliches Eupen. Bd. Tome XXXVIII. 2004, S. 45-83.
- Ruwet, J.: L'agriculture et les classes rurales au pays de Herve sous l'Ancien régime. Lüttich-Paris. Luik-Parijs, 1943.
- http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/f/f9/1617_Leo_Belgicus_Kaerius.jpg
- http://www.muenzeoesterreich.at/var/ezflow_site/storage/images/produkte/maria-theresien-taler/17720-1-ger-DE/muenze_produkt_maria-theresien-taler.png
- http://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Maps_showing_18th-century_history
- http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Habsburg_Monarchy_1789.svg
- http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Austrian_Netherlands_1789.svg
- http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Carte_montrant_les_Pays-Bas_autrichiens_et_leurs_provinces,_tels_qu%27en_1789_de.svg

10. Anhang

BILDDOKUMENTE

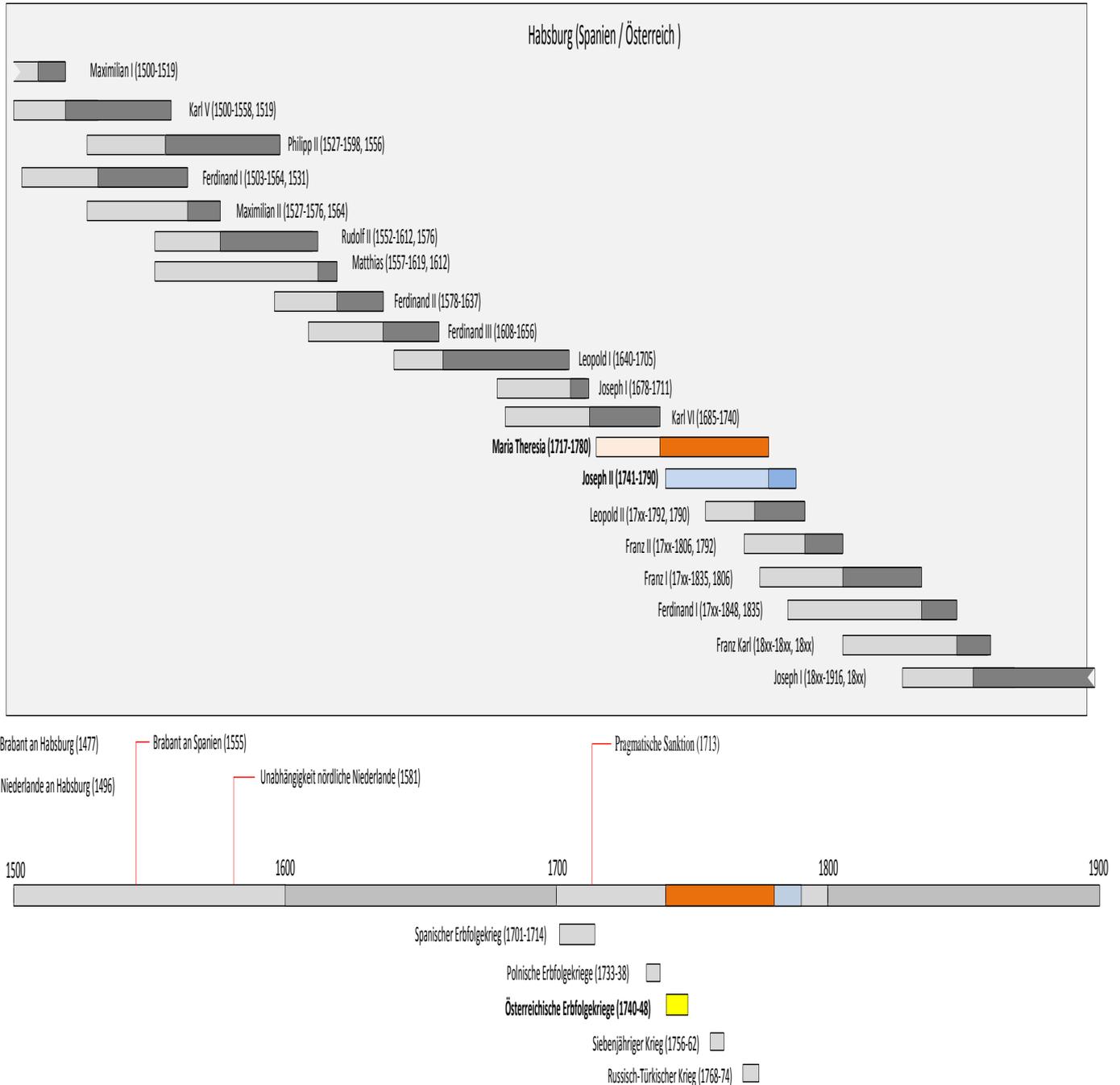


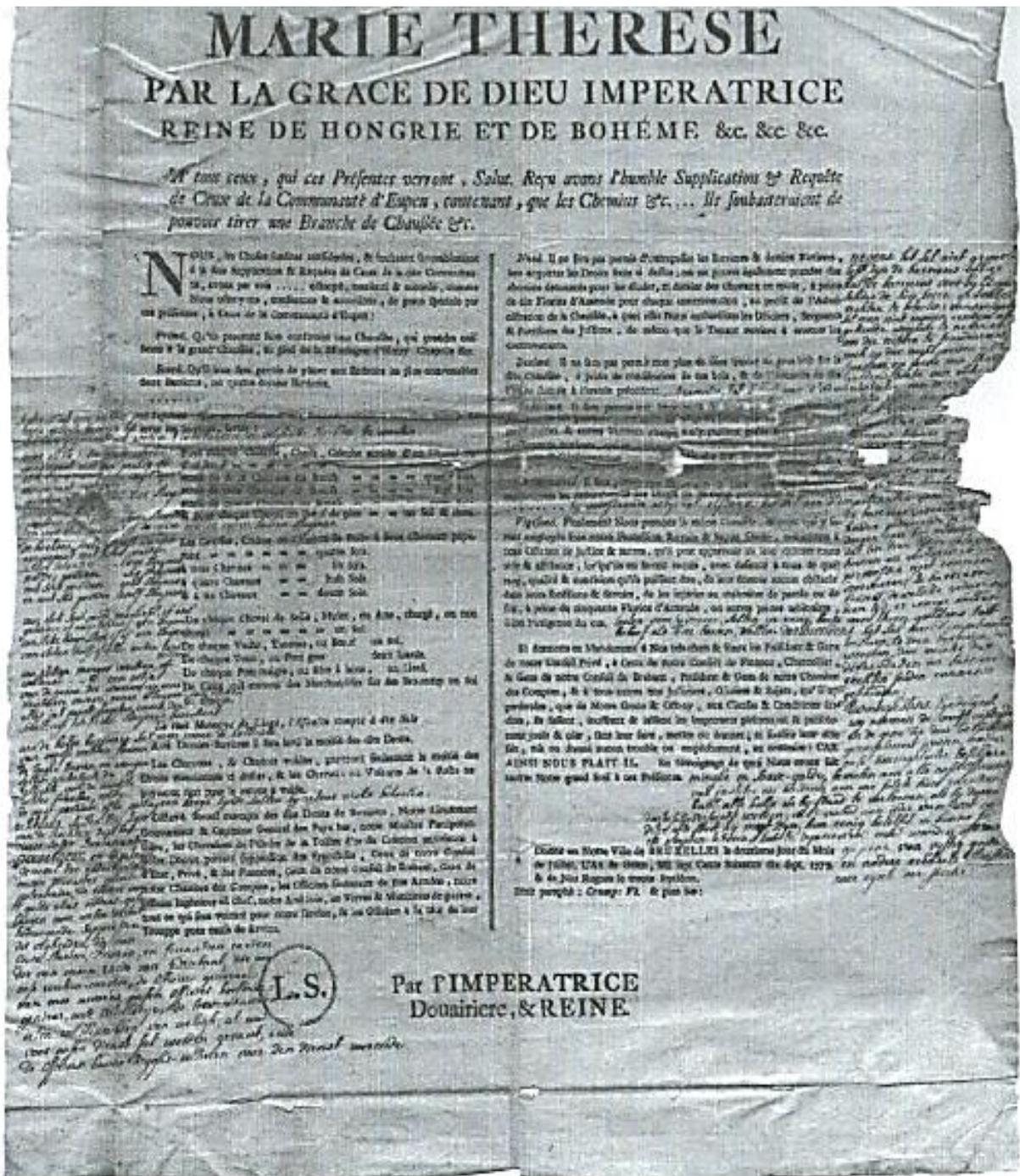
Abbildung 14 - Chronologie der Habsburger (1500-1900) – eigener Entwurf

	Äcker, champs, velden	Wiesen, prairies, wolden	Wälder, forêts, bossen	Gärten, jardins, tuinen	Brachland, terres incultes, braakianden
Bank (ban de) Walhorn	10%	37%	34%	2%	17%
Herrschaft (seigneurie de, heerlijkheid) Lontzen	20%	70,5%	5%	1,5%	3%
Bank (ban de) Baelen	13%	76%	8%	1%	2%
Bank (ban de) Montzen	27%	52%	16%	1,5%	3,5%
Bank (ban de) Herve	0,9%	96%	0,6%	1,1%	1,4%
Stadt (ville de, stad) Limburg	4,5%	54,5%	9,8%	1,5%	29,7%

*Bodennutzung im Herzogtum Limburg, 1787 – Répartition des terres au duché de
Limbourg – Bodengebruik in het hertogdom Limburg*

*(Nach, d'après, uit: J. RUWET, L'agriculture et les classes rurales au pays de Herve sous
l'Ancien régime, Lüttich-Paris, Liège-Paris, Luik-Parijs, 1943)*

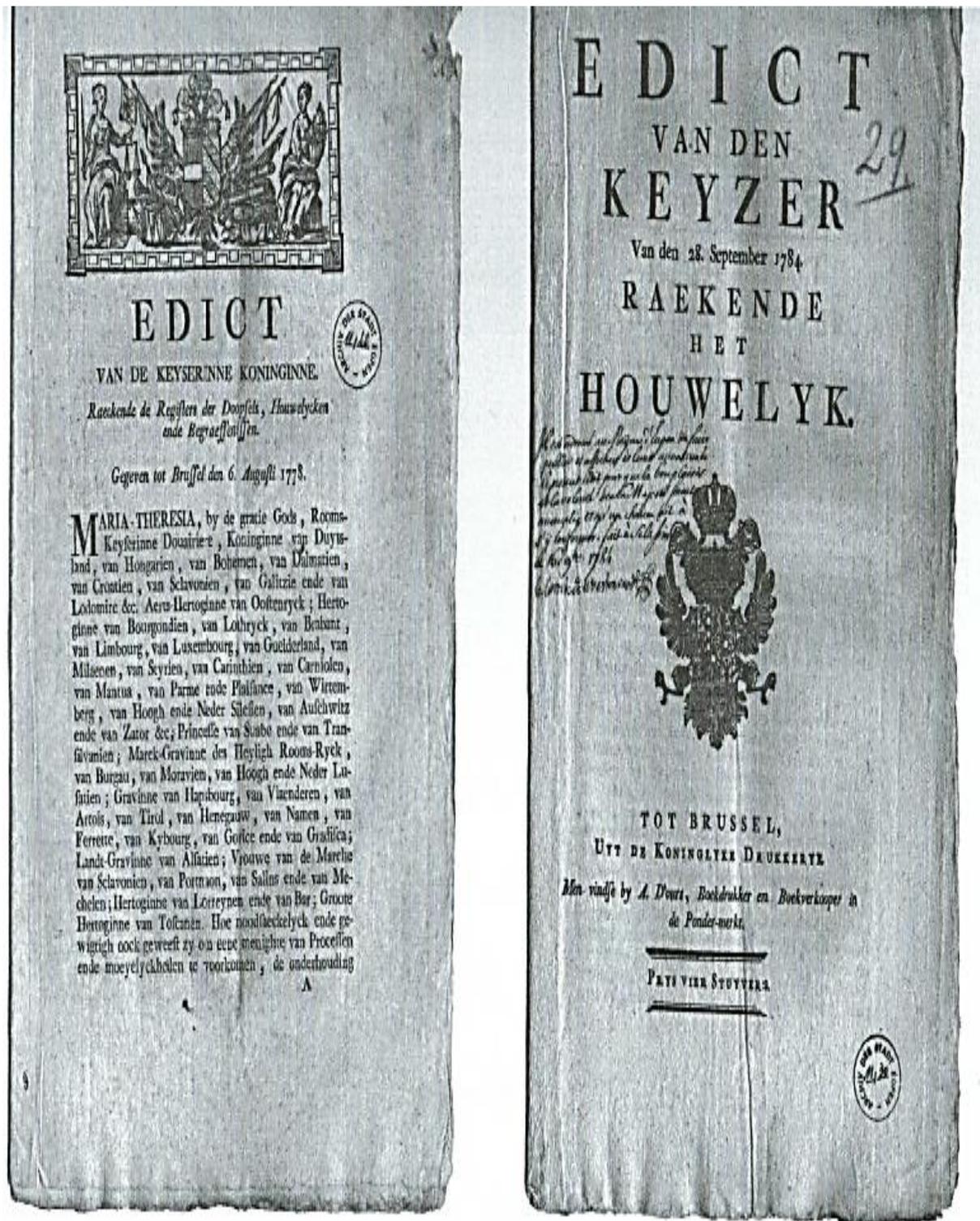
Abbildung 15 - Bodennutzung im Herzogtum Limburg (1787)



Genehmigung zum Bau einer Straße von Eupen zum „Fuße des Berges von Henry-Chapelle“ durch Kaiserin Maria Theresia, 1777
 Autorisation par l'impératrice Marie-Thérèse de la construction d'une route d'Eupen au "pied de la montagne d'Henry-Chapelle", 1777
 Goedkeuring door Maria Theresia van een straat van Eupen naar "de voet van de berg van Henry-Chapelle", 1777

Abbildung 16 - Straßenbaugenehmigung (1777) ³⁰⁶

³⁰⁶ Genehmigung zum Bau einer Straße von Eupen zum „Fuße des Berges Henry-Chapelle“ durch Kaiserin Maria Theresia, 1777. Staatsarchiv Eupen. Stadt Eupen. C. 1. 8. I – III, 296, 398.



Edikte Maria Theresias und Joseph II. in Religionsangelegenheiten, 1778, 1784 – Edits de Marie-Thérèse et de Joseph II en matière de religion –
 Edicten van Maria Theresia en Jozef II in religieuse aangelegenheden
 (Staatsarchiv Eupen, Gemeinde Eupen, B. 2.3.1.-II., 24, 29)

Abbildung 17 - Edikte in Religionsangelegenheiten (1778-1784)³⁰⁷

³⁰⁷ Staatsarchiv Eupen, Gemeinde Eupen, B. 2.3.1.–II., 24, 29.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1 - Maria-Theresien-Taler	6
Abbildung 2 - Österreich unter Maria Theresia und Joseph II. (1740-1800)	11
Abbildung 3 – Österreich und Österreichische Niederlande (1789)	16
Abbildung 4 - Verwaltung der Habsburgermonarchie von 1749 – 1848	19
Abbildung 5 - Behörden ab 1749	21
Abbildung 6 - Behörden ab 1782	23
Abbildung 7 - Österreichische Niederlande (1789)	31
Abbildung 8 - Die Karte der 17 niederländischen Provinzen. Privatsammlung	34
Abbildung 9 - Die Ausprägung der Österreichischen Niederlande im 18. Jahrhundert	35
Abbildung 10 – Chronologie der Österreichischen Niederlande (1500-1900).....	36
Abbildung 11 – Grafschaften, Herzogtümer und Herrschaften der Österreichischen Niederlande (1789)	40
Abbildung 12 - Toleranzpatent Josephs II. (1781)	86
Abbildung 13 - Universität Löwen im Vergleich.....	97
Abbildung 14 - Chronologie der Habsburger (1500-1900)	123
Abbildung 15 - Bodennutzung im Herzogtum Limburg (1787).....	124
Abbildung 16 - Straßenbaugenehmigung (1777)	125
Abbildung 17 - Edikte in Religionsangelegenheiten (1778-1784).....	126

N.B.: Bei den Grafiken, die nicht durch eine Fußnote gekennzeichnet sind, handelt es sich um selbsterstellte Grafiken.

INDEX

1356	42	1767	29
1477	36	1772	10
1496	37	1773	24
1515	37	1777	8
1543	12, 38	1778	24
1555	36	1780	5, 10
1559	37	1782	22, 24, 28
1579	37, 42, 50	1784	25
1598	37, 46	1790	10, 11, 22
1599	38	1792	25
1609	38	1818	32
1621	38	1820	32
1633	38	1830	34
1648	38	Aachen	15
1661	38	Absolutismus	18
1666	39	Albrecht und Isabella	37
1697	39	Albrecht, Erzherzog von Österreich	38
1700	39, 41	Allgemeine Gesetze	25
1706	39	Allgemeines Krankenhaus	25
1711	17, 39, 45	Antoine François de Kurtz	45
1713	39	Antwerpen	31
1714	36, 41	Aufgeklärter Absolutismus	9, 10, 18
1715	46	Augustus	33
1716	17, 43, 45, 46, 47	Barcelona	16
1717	5, 43, 44	Barrière-Vertrag (1715)	46
1718	52	Bayern	13
1721	44	Behörde	
1722	12	Appellationsgerichte	25
1723	49	Außenministerium	25
1724	43, 49	Brüsseler Staatsrat, Conseil d'Etat	48
1725	17, 43, 50, 51	Conseil d'Etat	52
1726	53	Conseil d'Etat (16.Jhdt)	42
1727	51	Conseil de Brabant (16.Jhdt)	42
1732	51	Conseil Privé	52
1733	52	Consejo Supremo de Flanders y de	
1737	49, 50	Borgoña (16.Jhdt)	42
1740	13	Diplomatischer Dienst	25
1741	13, 43	Directorium in publicis et cameralibus	22
1742	20	Direktorium	22
1743	14	Feudale Institutionen (Niederlande,	
1744	14	Ungarn)	22
1745	8, 9, 14, 18	Finanzrat, Conseil des Finances	53
1746	15, 20	Finanzrat, Conseil des finances	
1748	15	(16.Jhdt)	42
1749	18, 28	Geheime Konferenz	28
1753	28	Geheimer Rat, Conseil privé (16.Jhdt)	42
1754	34	Generalkriegskommissariat (1746)	20
1756	28	Große Rat von Mecheln	47
1757	43	Großer Rat von Mecheln	52
1758	29	Höchste Rat der Niederlande, Conseil	
1760	22, 29	Suprême des Pays-Bas (1717)	43
1761	23	Höchster Spanischer Rat	18
1763	10	Hof- und Staatskanzlei (1742)	20
1765	10, 29		

Hofdeputation in Banaticis, Transsylvanicis et Illyricis	20	de Grouff.....	47
Hofkammer	20	Dekret	
Hofkanzlei.....	20	11. Dezember 1724.....	50
Jointe de Cabinet.....	52	12. Mai 1716	17
Katalanisches Sekretariat	16	Den Haag	47
Kollateralräte.....	47	Dettingen am Main.....	14
Kollateralräte (16.Jhdt).....	42	Deutschland.....	32
Kreisämter	22, 24	Don Fray Antonio Folch de Cardona	18
Landesstellen (Gubemien).....	23	Don Philipp von Spanien.....	15
Ministerrat.....	29	Don Ramón de Vilana Perlas Marqués de Rial, Mittler	17
Mittel- und Unterbehörden in den Gouvernements.....	24	Dreißigjähriger Krieg.....	33
Oberste Justizstelle.....	22, 25	Dresdner Frieden.....	9
Obersthofmeister (18. Jhdt)	43	Elisabeth Christine von Braunschweig- Wolfenbüttel	5
Provinzräte	47	Elisabeth Christine, Statthalterin	16
Ratskollegium	47	England	13, 14, 15, 32, 51
Ratsversammlung in Brabant (16.Jhdt)	42	Lord Carteret.....	14
regionale.....	16	Prinz Charles, Stuartprätendent	15
Repräsentation und Kammer	22, 24	Robert Walpole.....	14
Secretaria de Estado y de Despacho por la Monarquia de España	16	Eugen, Prinz von Savoyen.....	44, 46, 49
Spanische Staatssekretariat	17	Eugen, Prinz von Savoyen und Statthalter der Niederlande (1716-24)	43
Staats- und Kriegssekretär, Secrétaire d'Etat et de Guerre (17. Jhdt).....	42	Ferdinand I.....	12
Staatsrat	29	Flandern	17, 33, 39, 40, 43, 49
Staatsrat (16.Jhdt)	42	Frankreich....	12, 13, 14, 15, 27, 32, 39, 41
Staatsrat (1761)	23	Expansionsbestrebungen.....	32
Vereinigte Hofstelle (1782-1790).....	23	Franz Stephan	
Vereinigte österreichisch-böhmischen Hofkanzlei (1760)	22	Kaiser.....	14
Zentrales Haus-, Hof- und Staatsarchiv (1749).....	20	von Lothringen	5
Belgien	32, 40	Wirtschaft	5
Begriff	32	Französische Revolution.....	7
Gallia Belgica (1. Jhdt v. Chr.)	33	Frieden von Aachen (1748).....	15, 22
Revolution von 1830	34	Frieden von Berlin.....	14
Siebzehn Provinzen (15./16.Jhdt)	33	Frieden von Dresden	15
Bevollmächtigter Minister (Amt).....	46, 51	Frieden von Hubertusburg	26
Böhmen.....	12, 13, 14	Frieden von Rastatt.....	41
Bourbonen.....	7, 27	Friedensvertrag von Füssen	14
Brabant	36, 38, 39, 40, 41, 43, 49	Friedrich II.....	6, 12, 26
Brigitte Hamann.....	8	Religion	8
Brüssel	41, 46	G.A. de Wynants.....	47
Bündnissystem.....	5	Gallien	33
Bürgerliches Zeitalter.....	7	Geheimvertrag von Kleinschnellendorf...	13
Caesar, Gaius Iulius	33	Geldern.....	40, 43, 49
Camposanto am Panaro.....	14	Gerard van Swieten	24
Chotusitz	13	Gesellschaft Jesu.....	38
Conseil Suprême des Pays-Bas autrichiens	44	Giulio Marchese Visconti.....	51
Conseiller d'Etat (Amt)	49	Gooch, G.P.	31
Convention de forteresses.....	32	Goswin Arnould de Wynants.....	45
Culloden	15	Gouverneur général.....	42
Dahlem, Grafschaft	38	Graf Daun, stellvertretender Statthalter..	50
		Graf Friedrich Wilhelm von Haugwitz	22
		Graf Harrach, Oberhofmeister.....	51
		Reformversuche	53
		Graf Khevenhüller	6
		Graf Königsegg.....	47

Großherzogtum Toskana.....	5	Katharina II, Zarin	28
Guastalla.....	15	Kaunitz.....	43
Gubernien	23	Kaunitz-Rietberg, Fürst Wenzel Anton von	25
Habsburger	3	Premierminister	29
Erbfolge	12	Statthalter.....	22
Habsburgische Monarchie		Kesseldorf.....	15
Staatswerdung.....	40	König Rudolf	5
Verfassung	18	Königgrätz.....	13
Verwaltung.....	3, 16	Konzil von Trient (1545-1563).....	38
Hennegau.....	40, 43, 49	Krain	22
Hercules Joseph Louis Turinetti	46	Kriege	3, 31
Höchste Rat der Niederlande		Österreichischer Erbfolgekrieg (1740-1748)	12, 15
Aufgabe	44	Kriegs- und Staatssekretär (Amt).....	52
Organisation	44	Leopold.....	11
Höchsten Rat von Flandern.....	44	Kaiser	11
Hohenfriedberg.....	14	Leopold I, Kaiser.....	41
Hohenzollern	12	Leopold von Dessau	15
Inauguration	47, 48	Limburg.....	40, 43, 49
Isabella, Erzherzogin	37	Herzogtum.....	3
Italien	13, 14, 15, 40	Linz.....	13
Jägernhof, Herzogtum	14	Lothringen.....	5
Jean Baptiste le Rond d’Alembert	10	Löwen, Universität	38
Jean Baptiste Nothomb	31	Ludwig XIV.....	39
Jean Remacle de Thisquen.....	45	Lüttich, Fürstenbistum.....	32
Johann Christoph Pentenrieder.....	45	Luxemburg.....	40, 43, 49
Johanna	37	Maastricht	38
Joseph I	12, 39	Madrid.....	42
Joseph II.....	3, 10, 30	Mähren	13
Ausbildung.....	7	Mailand	17, 40, 41
Charaktereigenschaften.....	7	Mantua.....	40
Deutscher König	10	Maria Amalie von Bayern.....	12
Justiz	25	Maria Elisabeth, Erzherzogin und	
König von Böhmen und Ungarn	10	Statthalterin	50
Mitregent.....	10	Maria Elisabeth, Erzherzogin und	
Reformen.....	25	Statthalterin der Niederlande (1725-41)	43
Religion und Kirche.....	10	Maria Theresia	3
Joseph Lothar Graf von Königsegg	46	Armee	9, 19, 52
Joyeuse Entrée	42, 47	Ausbildung	5
Kaisertum Österreich.....	24	Berater	7
Kanzler von Brabant (Amt)	52	Bevölkerung	34
Kardinal Fleury	12	Charaktereigenschaften	6
Karl Albert von Bayern		Ehe.....	8
Kurfürst.....	12	Erzherzogin von Österreich	10
Römisch-deutscher Kaiser.....	13	Finanzen	22
Karl Emanuel III. von Sardinien	14	Finanzverwaltung	22
Karl II.....	39, 41	Folter.....	9
Karl V	3, 33, 37, 52	Hobbies (Glückspiel)	8
Karl VI	5, 12, 39, 41, 48, 50	Justiz.....	22
Kaiser	17	Justiz.....	20
Spanischer König Karl III	17	Justiz.....	24
Karl VII	14	Kinder.....	7
Karl von Lothringen	13, 14	Königin von Ungarn und Böhmen.....	10
Karl von Lothringen, Statthalter der		Militärverwaltung	20
Niederlande (1744).....	44		
Karl, Erzherzog von Österreich.....	39		
Kärnten	22		

Reformen.....	28	Philipp II.....	37
Reformen.....	18	Philipp von Anjou.....	41
Religion.....	24	Philippe IV, König.....	38
Religion.....	8	Piacenza.....	15
Schule.....	9	Picardie.....	33
Steuern.....	9, 19	Polnische Teilung	
Verwaltung.....	9	Erste (1772).....	10, 27
Volkszählung.....	34	Polnischer Erbfolgekrieg.....	5
Maria von Burgund.....	37	Pragmatische Armee.....	14
Maria-Theresien-Taler.....	6	Pragmatische Sanktion.....	5, 12, 14, 49
Marie Antoinette.....	7	Preußen.....	7, 26
Marqués de Prié.....	43	Armee.....	12
Marqués de Rialp.....	49	Prinz Albert V von Bayern.....	12
Marquis de Prié.....	46, 47	Provence.....	15
Maximilian I.....	42	Ramillies.....	39
Maximilian I, Kaiser.....	37	Räte.....	16
Maximilian Joseph.....	14	Reformen	
Mecheln.....	40, 43, 49	Justiz.....	25
Merkantilismus.....	42	Reformen.....	3, 9, 10
Mirandola.....	40	Behörden-/Staatsreform (1745 und	
Mollwitz.....	13	1749).....	18
Namur.....	40, 43, 49	Finanzverwaltung.....	22
Neapel.....	17, 40, 41	Oberste Justizstelle.....	22
Niederdeutschland.....	33	Sabotageversuche.....	22
Niederlande.....	33, 37	Staatsreform (Einheitsstaat).....	9
Nordischer Krieg.....	12	Universitätsreform.....	24
Oberösterreich.....	13	Reformen	
Obersthofmeister (Amt).....	51	Auswirkungen.....	25
Offiziale.....	18	Reichsverfassung.....	15
Oranien.....	34	Rolduc, Herrschaft.....	38
Österreichische Niederlande		Russisch-türkischer Krieg (1768-1774) ..	27
Spanische Niederlande.....	37	Russland.....	15, 27
Österreichische Niederlande.....	13, 22, 25	Expansionspolitik.....	28
Belgien.....	9, 28, 31	Sachsen.....	12, 13, 14, 15
Belgium austriacum, Belgia Regia.....	34	Sardinien.....	14, 17, 40, 41
Belgium confoederatum, Provinciae		Scheldensperre.....	46
foederatae Belgiae.....	34	Schlesien.....	6, 7, 12, 14, 15, 22, 26
französische Herrschaft.....	4	Festung Neiße.....	13
Nordprovinzen.....	37	Niederschlesien.....	13
Republik der Vereinigten Niederlande	33	Schlesische Kriege	
Verwaltung.....	3	Erster (1740-42).....	14
Österreichische Niederlande.....	40	Zweiter (1744-1745).....	15
Österreichische Niederlande.....	41	Schloss Schönbrunn.....	10
Österreichische Niederlande		Seemächte.....	46
Spanischer Einfluss.....	50	Siebenbürgern.....	25
Österreichische Niederlande		Siebenjähriger Krieg (1756-1763).....	26
Wirtschaft.....	50	Siebenjähriger Krieg (1756-63).....	22
Österreichischen Niederlande		Sizilien.....	37
Verwaltung.....	41	Soor.....	14
ÖsterreichischeNiederlande		Spanien.....	13, 14, 16, 27
Südliche Niederlande.....	32	Don Philipp von Spanien.....	15
Overmaaslande, limburgische.....	38	Spanische Niederlande.....	40, 41
Pardubitz.....	13	Spanischer Erbfolgekrieg.....	12, 16, 39
Parma.....	15	Spanischer Staatssekretär (Amt).....	49
Pedro Vicente Graf von Oropesa.....	45	Staatsgewalt.....	18
Philipp.....	37	Straßburg.....	14

Sylva Tarouca	43	Valkenburg, Herrschaft	38
Teschen, Herzogtum	14	Van der Haghen.....	47
Tirol	13	Vertrag von Arras (1579).....	42, 50
Toskanische Präsidien	40	Visconti, Oberhofmeister.....	51, 52
Tournai.....	43	Vorlande	13
Tournai-Tournaisis	43	Ward, A.W.	31
Tournay	40, 49	Westfälischer Friede (1648).....	38
Tournay-Tournaisis	40, 49	Westfälischer Frieden	33
Troppau, Herzogtum	22	Wiener Hof	
Troppau, Herzogtum	14	Spanischer Einfluss.....	17
Ungarn	6, 22, 25	Wiener Kongress	32
Manufakturen.....	6	Wiener Zentralregierung	17
Reichstag.....	13	Wilhelm I.....	34
Stände	20	Wormser Vertrag (1743)	14
Südungarn, Serben.....	20	Zarin Anna von Russland.....	12
Verfassung	13	Zeeland.....	38
Utrechter Union (1579).....	37		

ABSTRACT

Die politischen, geographischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der Österreichischen Niederlande werden beschrieben. Im Zentrum steht dabei die Reformpolitik Maria Theresias und Josephs II.

Anhand einer chronologischen Darstellung der Abläufe des 17. und 18. Jahrhunderts sollen die Vor- und Nachteile der Habsburgischen Herrschaft über die sogenannten Österreichischen Niederlande dargestellt werden. Es soll außerdem ein Überblick gegeben werden über die Situation vor der Herrschaft der Habsburgermonarchie und danach, um die Herrschaftsperiode unter Maria Theresia und Joseph II. nicht aus dem Kontext zu reißen. Durch eine kurze Darstellung der Biographien Maria Theresias und Josephs II. sollen ihre unterschiedlichen Charaktere, aber auch ihre Gemeinsamkeiten und Differenzen bezüglich Politik aufgezeigt werden.

Wirtschaftlich gesehen erlebten die Österreichischen Niederlande ab der Herrschaft Maria Theresias einen enormen Aufschwung, da es seit langer Zeit zum ersten Mal wieder eine andauernde Friedensperiode miterleben konnte. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen die Reformen und ihr Wandel. Dieser soll durch einen Vergleich zwischen den unterschiedlichen Reformen Maria Theresias und ihrem Sohn Joseph II. gezeigt werden. Unter Joseph II. lehnte sich die Bevölkerung der Österreichischen Niederlande schließlich gegen ihren Herrscher auf, da er sehr viel fortschrittlicher und aggressiver bei der Durchsetzung seiner Reformen vorging. Den Höhepunkt der Unruhen stellte die Brabanter Revolution dar. Bei der sich zwei Gruppierungen, die sich in der Bevölkerung herausgebildet hatten, gegen die Herrschaft Josephs II. verbündeten. Da diese beiden Gruppierungen jedoch von ihren Absichten grundsätzlich verschieden waren, war ihr Bündnis nur von kurzer Dauer.

Eine solche Abwehrhaltung war unter Maria Theresia nie der Fall gewesen, da sie sehr viel nachsichtiger war, bei der Durchbringung ihrer Reformen und Rücksicht auf ihr Volk nahm. Schließlich kamen die Österreichischen Niederlande unter die Herrschaft von Frankreich, auch dieser Vorgang und die spätere Machtübernahme durch Preußen sollen kurz dargestellt werden.

Parallel dazu wird auf die politischen Verhältnisse in Österreich eingegangen, um die Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Verwaltung und bei den Reformen darzustellen. Einige Reformen wurden lediglich in Österreich vorgenommen, während andere speziell an die Österreichischen Niederlande angepasst wurden. Die Arbeit soll einen Blick sowohl über die

österreichischen Verhältnisse zu dieser Zeit als auch die Verhältnisse in den Österreichischen Niederlanden widerspiegeln.

Mit Hilfe zahlreicher historischer Primär- und Sekundärliteratur werden die verschiedenen Eindrücke und Perspektiven dieser Zeit miteinander verglichen und ausgewertet.

LEBENS LAUF

PERSÖNLICHE DATEN

Name Nina Gehlen

STUDIUM

WS 2006/07 Deutsch und Katholische Theologie (LA) an der Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule (RWTH) Aachen

Seit WS 2008/09 Deutsch und Geschichte auf Lehramt an der Universität Wien

Wahlfächer: Französisch

TÄTIGKEITEN

Seit April 2014 Lehrerin an der FH Campus Wien für Deutsch als Fremdsprache (DaF)

Seit September 2013 Lehrerin für Deutsch als Fremdsprache (DaF) an der TU Wien

2012 Praktikum während des Semesters an der Neulandschule Wien

September 2010 – Juli 2011 Hospitation und Unterrichten am De La Salle Gymnasium in Strebersdorf

WS 2010/11 Hospitation und Unterrichten am Laaerberg Gymnasium in Wien

2007 Vierwöchiges Praktikum am Pius-Gymnasium in Aachen

SCHULISCHER WERDEGANG

2000-2006 Gymnasium Pater-Damian in Eupen, Belgien

1998-2000 Volksschule Pater-Damian in Eupen, Belgien

1998 Gymnasium in Frechen, Deutschland

1995–1998 Volksschule in Frechen, Deutschland

1994–1995 Volksschule Hersel (Bornheim), Deutschland

QUALIFIKATIONEN

Sprachkenntnisse	Deutsch (Muttersprache), Französisch (B1), Englisch (B1), Latein (bestandenes Latinum)
EDV-Kenntnisse	sehr gute Word-, Excel-, Power Point- und Outlookkenntnisse